

**Gerechtigkeit kommt wieder.
Regierungsprogramm der SPD Niedersachsen**

**Besser für Niedersachsen,
gerechter für die Menschen:
Niedersachsendgerechter**

Inhaltsverzeichnis

A Niedersachsengerechter mit der SPD

B Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit

- I. Wirtschaftspolitischer Kurswechsel für das Land
- II. Handlungsfelder aktiver Wirtschaftspolitik in Niedersachsen
 1. Forschung und Entwicklung
 2. Stärken stärken – Wachstumsmärkte erschließen
 3. Energiepolitik für eine starke Wirtschaft
 4. Politik für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)
 5. Wissen und Qualifikation: Grundlage für Innovationen
 6. Infrastruktur ausbauen – Potenziale nutzen
 7. Das Land als Nachfrager und Investor
 8. Aktive Tourismusförderung als Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor
- III. Aktive Arbeitsmarktpolitik für die Menschen
 1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen verbessern – Arbeit für alle schaffen
 2. Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt für alle älteren Arbeitnehmer
 3. Öffentliche Beschäftigung fördern
 4. Erwerbspotenzial von Frauen steigern
 5. Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt: Mindestlohn statt Lohndumping
 6. Recht auf Ausbildung
 7. Existenzgründungen fördern – Unternehmensnachfolge sichern

C Chancen für alle – Innovation für das Land

- I. Hochschulen: Kraftwerke für Ideen und Innovation
 1. Die Hochschulen stärken und Bildungsgerechtigkeit fördern
 2. Die Ausbildung der Lehrkräfte modernisieren
- II. Kein Kind zurückgelassen – optimale Bildungschancen für alle
 1. Frühkindliche Förderung: Was Hänschen nicht lernt,...
 2. Die individuelle Förderung in den Mittelpunkt der Schule stellen
 3. Ein neuer Weg: Die „Gemeinsame Schule“
 4. Qualifizierte berufliche Bildung: Schlüssel zu persönlicher Selbstständigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe
- III. Erwachsenen- und Weiterbildung kreativ entwickeln
- IV. Seniorinnen- und Seniorenbildung
- V. Dialog mit der Kultur

VI. Medienkompetenz: Schlüsselqualifikation in der digitalen Welt

D Sozialpolitik: Herz sozialdemokratischen Handelns

1. Familienpolitik ist Zukunftsgestaltung
2. Kinder schützen – Kinder fördern
3. Der Jugendpolitik wieder mehr Gewicht geben
4. Armut nicht verstecken, sondern thematisieren
5. Soziale Politik für Senioren und Seniorinnen
6. Lebensrisiko Pflege würdig gestalten
7. Wohnungsbau und Stadtsanierung
8. Die Gleichberechtigung von Frauen wieder ernst nehmen
9. Homosexuelle, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Bisexuelle und Transgender
10. Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen
11. Gesundheit ist das höchste Gut

E Umweltpolitik – Innovation und Gerechtigkeit

1. Arbeit und Lebensqualität in Niedersachsen
2. Ausstieg aus der Atomenergie
3. Neue Energien und Energieeffizienz für Niedersachsen
4. Klimaschutzpakt Niedersachsen – wir können mehr
5. Mobilität und Lebensqualität – unterwegs in Niedersachsen
6. Schutz der biologischen Vielfalt – Verantwortung für künftige Generationen

F Politik für den ländlichen Raum

1. Rechtzeitig auf den demografischen Wandel reagieren
2. Chancen für Arbeit und Wertschöpfung nutzen
3. Landwirtschaft und Verbraucherschutz stärken

G Leben in einer demokratischen Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger

1. Innenpolitik: Sicher leben in Niedersachsen
2. Katastrophenschutz ist Ländersache
3. Moderne Justizpolitik für die Bürgerinnen und Bürger
4. Lebenswerte Kommunen, starke Regionen, moderne Verwaltung
5. Ehrenamtliches Engagement – Kitt der Gesellschaft
6. Sportland Niedersachsen

H Rechtsextremismus konsequent bekämpfen

I Integration ist keine Einbahnstraße

J Niedersachsen in der Mitte Europas

K Finanzpolitik: Konsolidieren und Investieren

Gerechtigkeit kommt wieder Regierungsprogramm der SPD Niedersachsen

Besser für Niedersachsen,
gerechter für die Menschen:
Niedersachsendgerechter

A. Niedersachsendgerechter mit der SPD

Niedersachsen mit seinen vielfältigen Landschaften und seiner wirtschaftlichen Kraft bietet den Menschen alle Möglichkeiten, um sich hier zu Hause zu fühlen.

Es ist ein schönes Land. Mit seinen Mittelgebirgen und der Küste, mit Marsch und Geest, Moor und Heide, großen Städten und liebenswerten kleinen Orten, ist es ein reizvolles Land, um hier zu leben.

Es hat alle Voraussetzungen dafür, auch ein starkes Land zu werden. Die vielen handwerklichen Betriebe in den Regionen, seine mittelständischen Betriebe und die großen Unternehmen können den Menschen die Grundlage dafür bieten, das Leben lebenswert zu gestalten.

Die CDU/FDP-Landesregierung wird diesem Land nicht gerecht. Sie macht zu wenig aus den Potenzialen. Ihre Politik ist dafür nicht tauglich. Nichtstun und Stillstand in der Wirtschaftspolitik, schneller Rückwärtsgang in der Bildungspolitik, Barmherzigkeit statt Teilhaberechte in der Sozialpolitik, das bringt das Land nicht voran. Die Folgen sind heute schon spürbar. Mitten im wirtschaftlichen Aufschwung haben wir die geringste wirtschaftliche Wachstumsrate im Bund, unterdurchschnittliche Gewerbe- und Patentanmeldungen sowie die niedrigsten Löhne.

Die SPD Niedersachsen will, dass sich dies ändert. Sie wird die Stärken des Landes pflegen und weiterentwickeln. Im Gegensatz zur bisherigen Landesregierung werden wir jedoch nicht nur das Bestehende verwalten, sondern die notwendigen Impulse geben, um das Land weiterzuentwickeln und fit zu machen für die Bewältigung zukünftiger Probleme.

Die demografische Entwicklung wird zu einer Herausforderung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes. Die Niedersachsen werden älter, die Bevölkerung des Landes wird abnehmen, aber sie wird auch bunter. Die Regionen des Landes entwickeln sich auseinander. Zukünftig wird es große Unterschiede in der Bevölkerungsstruktur und der Wirtschaftsentwicklung geben. Wir werden Landstriche haben, in denen Orte verwaisen, und andere, deren Bevölkerung wächst. Wir werden Regionen mit einer prosperierenden Wirtschaft haben und andere, die wirtschaftlich stagnieren. Zukünftige Landesregierungen müssen darauf reagieren und in den kommenden Jahren und Jahrzehnten den Anspruch aller Bürgerinnen und Bürger auf gleichwertige Le-

bensverhältnisse einlösen. Sie müssen die wirtschaftlichen Stärken aller Regionen ausbauen. Sie müssen dafür sorgen, dass für die Menschen in allen Teilen unseres Landes die bezahlbare Versorgung mit den Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge erhalten bleibt. Krankenhäuser, Spielplätze, Schulen, Schwimmbäder und Bibliotheken, Wasserversorgung und Abwasserentsorgung dürfen nicht zur Disposition gestellt werden. Sie sind für Menschen in Regionen mit abnehmender Bevölkerung genauso wichtig wie für die boomenden Regionen unseres Landes. Eine blühende Wirtschaft und ein hoher Lebensstandard sind die Grundlage für eine lebenswerte Zukunft und für soziale Teilhabechancen aller Menschen in Niedersachsen.

Die jetzige Landesregierung hat dafür noch keine Konzepte vorgelegt. Sie setzt lediglich auf ein „Weiter-so-wie-bisher“. Das hat das Land aber bisher nicht richtig vorangebracht und wird es in Zukunft noch weniger. Die SPD Niedersachsen ist der festen Überzeugung, dass so die Probleme nicht zu lösen sind.

Sie wird als Regierungspartei für gleichwertige Lebensverhältnisse aller Bürgerinnen und Bürger sorgen. Mit unserem Bildungsprogramm, unseren wirtschaftspolitischen Zielen und unserem Einsatz für die soziale Teilhabe werden wir dies für die Menschen in Regionen mit abnehmender und älter werdender Bevölkerung genauso gewährleisten wie in prosperierenden Regionen. Dafür garantieren wir.

Unsere Konzepte werden den besonderen Bedingungen Niedersachsens gerecht und sie schaffen mehr Gerechtigkeit für die Menschen – die Konzepte der SPD sind niedersachsendgerechter.

Gemeinsam für Wirtschaftswachstum und soziale Sicherheit

Die Zukunft Niedersachsens wird maßgeblich von seiner wirtschaftlichen Entwicklung und seiner Konkurrenzfähigkeit im sich schnell vollziehenden Strukturwandel bestimmt. Um darin zu bestehen, hat die Regierung Schröder nach 1990 eine dramatische Aufholjagd bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung begonnen. Dieses Ziel hat die jetzige Regierung aufgegeben. Die über Jahre sinkende Investitionsquote tat ein Übriges, um die Chancen des Landes zu verspielen.

Das Land hat aber alle ökonomischen Potenziale, um im Wettbewerb bestehen zu können. Wir haben in unseren Regionen große Kompetenzen in der Mobilitätswirtschaft, in der Luft- und Raumfahrt, im agrarindustriellen Sektor, in der maritimen Wirtschaft, in der Gesundheitswirtschaft und im Tourismus. Wir haben die besten Voraussetzungen mit unseren handwerklichen Betrieben, mit unseren mittelständischen Unternehmen und unserer Großindustrie. Gleichwohl ist aber festzustellen: Es gibt noch viel zu tun. Um unsere Stärken besser entfalten zu können, müssen wir mehr in die Infrastruktur investieren, die bestehende Innovationsschwäche bekämpfen und auf neue Technologien setzen. Das Feld der Erneuerbaren Energien steht für uns dabei im Mittelpunkt. Hier lassen sich Wirtschaftsförderung, der dringend notwendige Klimaschutz und der Erhalt unserer schönen Landschaften ideal verbinden.

Die niedersächsische SPD steht deshalb für eine aktive und gezielt auf Innovation setzende Wirtschaftspolitik. Wir werden die vorhandenen wirtschaftlichen Potenziale in unserem Land fördern und Antworten auf die Herausforderungen unseres mannigfaltigen Flächenlandes geben. Wir setzen auf die Leistungsbereitschaft der Menschen in

Niedersachsen und gewährleisten die gesellschaftliche Teilhabe und den gesellschaftlichen Wohlstand für alle.

Dabei setzen wir auf den Dialog und die Kooperation mit Arbeitgebern, Handwerkskammern, der Industrie- und Handelskammer und anderen Verbänden. Wichtig ist uns auch die Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Betriebsräten. Sie sind verlässliche Partner für die Sicherung von Arbeitsplätzen und Standorten in Niedersachsen. Gemeinsam wollen wir es anpacken:

Die SPD steht für eine aktive und innovative Wirtschaftspolitik in allen Regionen des Landes und für alle Zweige der Wirtschaft. Das ist niedersachsendgerechter.

Gemeinsam für eine bessere Bildung und Ausbildung

Niedersachsens Kinder und Jugendliche brauchen eine gute Schulbildung und eine zukunftsfeste Berufsausbildung. Nur so können sie sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten und eine gesicherte Zukunft aufbauen. Niedersachsens Wirtschaft braucht qualifizierte Fachkräfte und Ingenieure, um sich mit hochwertigen Produkten auf den Weltmärkten zu behaupten.

Nicht nur die gesamte Bundesrepublik, auch das Land Niedersachsen hat hier große Defizite. Unsere Schülerinnen und Schüler hinken im internationalen Vergleich hinterher. Auch der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und den Bildungschancen der Kinder besteht weiter. Kurz: Unsere Schulen scheitern bei der Förderung der Schwachen und bleiben in der Spitze unter dem Mittelmaß.

Die Schulpolitik der CDU/FDP-Landesregierung wird dieses Problem nicht lösen. Es gibt zu wenige Lehrkräfte, zu viel Unterrichtsausfall und häufig zu große Klassen. So ist die dringend notwendige Förderung der Entwicklungspotenziale aller Kinder nicht möglich. Zusätzlich verbaut das gegliederte Schulsystem vielen Kindern und Jugendlichen durch frühes Sortieren die Chancen auf einen höheren Schulabschluss. So werden nicht alle Fähigkeiten in den Köpfen unserer Kinder geweckt, sondern nur für viele schulische Misserfolgserlebnisse produziert. Es führt auch zum Ausbluten der Hauptschule zur Restschule und verhindert, dass in vielen der kleineren Gemeinden alle Schulangebote vorgehalten werden können.

Die SPD Niedersachsen wird damit Schluss machen. Die jetzige Landesregierung errichtet Bildungsbarrieren, wir werden sie abbauen. Wir werden dafür sorgen, dass in Niedersachsen ein zentrales Prinzip gilt: die intensive individuelle Förderung für alle Kinder. Diese muss schon in der frühkindlichen Bildung beginnen und sich über die Errichtung von Kinder- und Familienzentren, die „Flexible Eingangsphase“ an den Grundschulen und die Ganztagschule hinziehen bis zum Übergang von der Schule in den Beruf. Dazu werden wir schrittweise die Unterrichtsversorgung verbessern und dafür sorgen, dass die Klassen nicht zu groß werden. Dies alles reicht aber nach unserer Ansicht nicht aus, um alle Bildungsreserven zu fördern. Deshalb wollen wir zusammen mit Eltern und Kommunen für die Einführung der „Gemeinsamen Schule“ eintreten.

In unserem ländlich und industriell geprägten Flächenland steht die SPD für das Angebot aller Schulformen auch in den kleineren Gemeinden und für eine gute Förderung aller unserer Kinder. Das ist niedersachsendgerechter.

Unser Augenmerk gilt auch dem Übergang von der Schule zum Beruf. Wir werden uns dafür einsetzen, dass alle Jugendlichen eine Ausbildung bekommen. Da, wo dies nicht sofort möglich ist, werden wir die bestehenden schulischen Warteschleifen umbauen, damit jeder Jugendliche ohne Ausbildungsplatz einen Berufsabschluss erwerben kann. Wir bauen dabei auf die Unterstützung durch die Betriebe in unseren Regionen. Diese Garantie auf einen Lehrabschluss sichert den Jugendlichen den Weg ins Berufsleben und sorgt für gut ausgebildete Facharbeiterinnen und Facharbeiter gerade auch für die mittelständischen Betriebe. Das ist niedersachsendgerechter.

Die niedersächsischen Hochschulen wurden unter der CDU/FDP-Landesregierung geschwächt. Zunächst mit dem sogenannten Hochschuloptimierungskonzept und dann mussten sie aufgrund weiterer Kürzungen Studienplätze abbauen und ganze Sparten schließen. Dadurch wurde die Zahl der Absolventinnen und Absolventen weit zurückgefahren. Zusätzlich haben die eingeführten Studiengebühren soziale Zugangsschranken errichtet. Damit werden nicht nur die Studienmöglichkeiten unserer jungen Menschen beeinträchtigt, es wird auch dem Bedarf der Wirtschaft nicht gerecht. Niedersachsen hat nicht nur einen Mangel an Facharbeiterinnen und Facharbeitern, wir haben auch zu wenig wissenschaftlich ausgebildeten Nachwuchs für die Betriebe. Und wir haben zu wenig Forschungsvorhaben, deren Ergebnisse unmittelbar den Betrieben zugutekommen.

Die Forschung an unseren Hochschulen muss schneller gerade für kleine Betriebe nutzbar gemacht werden. Dabei kommt dem Ausbau von Fachhochschulen eine besondere Bedeutung zu. In einem Flächenland wie dem unseren – mit vielen kleinen Betrieben und einem starken Handwerk – ist dies der richtige Weg.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb dafür sorgen, dass an unseren Hochschulen – vor allem auch an Fachhochschulen – zusätzliche Studienplätze geschaffen werden und der Technologietransfer besser organisiert wird. Das ist niedersachsendgerechter.

Sozialpolitik ist das Herz der Gesellschaft

Nicht nur niedersachsendgerechter, sondern auch menschengerechter ist es, die Politik der sozialen Kälte in Niedersachsen zu beenden und dem sozialen Zusammenhalt und Zusammenleben wieder eine Chance zu geben.

Die CDU/FDP-Landesregierung richtet hier großen Schaden an. Sie ist dabei, die politische Kultur in unserem Land zu verändern. Ministerpräsident Wulff redet bei öffentlichen Auftritten gerne von christlichen Werten, vom Bürgersinn und vom Ehrenamt. Gleichzeitig verweigert seine Regierung mit ihrer realen Politik jedoch die Integration von behinderten und pflegebedürftigen Menschen. Die Zuschüsse für ehrenamtliches Engagement nicht nur im Sport, sondern in allen Bereichen werden gekürzt. Die CDU/FDP-Landesregierung tut nichts für die Integration – weder für das Drittel unserer Gesellschaft, das durch wirtschaftliche Not oder soziale Ausgrenzung zu Fremden in unserer Gesellschaft wird, noch für die ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Wir werden dies verändern. Wir werden unseren Älteren einen menschenwürdigen Platz für ihren Lebensabend und in unserer Gesellschaft schaffen. Wir werden dies auch für alle Menschen mit einem Handicap tun. Und wir beenden durch unvoreingenommene Integrationspolitik die Ausgrenzung der bei uns lebenden Einwanderinnen

und Einwanderer. Wir stehen ein und wir arbeiten für ein solidarisches und soziales Zusammenleben aller Menschen in Niedersachsen.

Die Tradition Niedersachsens und die seiner Menschen ist sozial und demokratisch, deshalb wollen die Bürger, dass es gerecht zugeht in unserem Land – gerecht für alle, auch für diejenigen, die unverschuldet in Not geraten sind. Der Einsatz für ein soziales Niedersachsen ist deshalb niedersachsengerechter.

Die SPD Niedersachsen setzt sich dafür ein, dass unser Land auch in Zukunft für alle hier lebenden Menschen eine attraktive Heimat bleibt. Wir werden deshalb das Land stark machen für den schnellen Wandel dieses Jahrhunderts. Und wir werden unsere Vorstellungen von Gerechtigkeit für alle Menschen und von Solidarität zwischen allen Menschen einfallsreich und angemessen auf die Probleme der niedersächsischen Gesellschaft anwenden.

Gerechtigkeit kommt wieder.

Unsere Vorstellungen dazu haben wir für alle gesellschaftlichen Bereiche in unserem Landeswahlprogramm niedergelegt.

B. Wirtschaftswachstum und soziale Gerechtigkeit

I. Wirtschaftspolitische Kurswechsel für das Land

Unsere Ziele

Soziale Gerechtigkeit ist das Markenzeichen der SPD. Mit einer aktiven Wirtschaftspolitik werden wir die Kräfte unseres Landes mobilisieren, um Arbeit, Wohlstand und soziale Gerechtigkeit für alle zu schaffen. Wir werden die Rahmenbedingungen für ein nachhaltiges Wachstum in Niedersachsen verbessern und einen Sozialstaat schaffen, der den Menschen zugleich die soziale Sicherheit eines Arbeitsplatzes und Aufstiegschancen ermöglicht – beides ist für uns untrennbar verbunden. Damit entwickeln wir die soziale Marktwirtschaft auf einem hohen Niveau. Eine aktive Wirtschaftspolitik ist auch eine wirksame Arbeitsmarktpolitik.

Niedersachsen liegt im Zentrum der Europäischen Union. Diesen Vorteil müssen wir für den wirtschaftlichen Aufschwung unseres Landes nutzen. Wir werden die Regionen entwickeln und „Stärken stärken“. Die Menschen sollen auch künftig in ihrer Heimat Arbeit finden. Das Land muss als Wirtschaftsstandort für Investitionen und Innovationen attraktiver werden.

Die CDU/FDP-Regierung hat die Chancen verschlafen

Die CDU/FDP-Regierung hat in der entscheidenden Phase des wachsenden europäischen und globalen Wettbewerbs ihre Aufgabe als wichtiger Impulsgeber verschlafen. Während andere Länder öffentliche Mittel gezielt für Aufträge, Arbeit und Ausbildungsplätze in der Industrie, im Mittelstand und im Handwerk eingesetzt haben, ist im Landeshaushalt die Investitionsquote über Jahre auf einen historischen Tiefstand gesunken. Während in den kommunalen Haushalten die Kassenkredite auf Rekordhöhe stiegen, hat die CDU/FDP-Regierung durch Kürzung des Finanzausgleichs den Kommunen Hunderte von Millionen Euro für notwendige Investitionen vorenthalten.

Gemessen am Bundesdurchschnitt hatte Niedersachsen in den letzten fünf Jahren die niedrigste Wachstumsrate aller westdeutschen Bundesländer, unterdurchschnittliche Gewerbeanmeldungen, Wirtschaftskraft und Arbeitsproduktivität. Gleichzeitig gibt es aber ein bedauerlich hohes Niveau bei der Arbeitslosigkeit.

Starkes Land mit großen Chancen

In einer globalisierten Welt mit beschleunigtem Strukturwandel, technologischem Fortschritt und der Konkurrenz auf den internationalen Märkten steht Niedersachsen vor neuen Herausforderungen. Die Innovationsfähigkeit, die Vernetzung von Know-how, der Ausbau von Forschung und Entwicklung, die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte und die Qualität der Infrastruktur werden über den künftigen wirtschaftlichen Erfolg unseres Bundeslandes entscheiden. Der demografische Wandel verschärft den Wettbewerb um junge, hoch qualifizierte Arbeitskräfte. Die Anforderungen an unternehmerisches Handeln steigen ständig, vor allem im Bereich der mittelständischen Unternehmen und Handwerksbetriebe. Diese Herausforderungen sehen wir als Chancen. Wir werden ihnen mit einer aktiven und gestaltenden Wirtschaftspolitik begegnen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen schaffen, um die Innovationsfähigkeit niedersächsischer Unternehmen und Handwerksbetriebe zu erhalten und auszubauen.
- die infrastrukturellen Voraussetzungen schaffen, die es den Akteuren erleichtern, Spitzenstellungen in Leitmärkten und Leittechnologien zu erobern.
- die immense Kaufkraft des Staates auf innovative Produkte und Dienstleistungen lenken.
- zu einer wirtschafts- und strukturpolitischen Mitverantwortung durch öffentliche Beteiligungen und kommunale Steuerungsfähigkeit von Unternehmen der Daseinsvorsorge stehen.
- durch abgestimmte Politik mit den Kommunen und gezielte Investitionen dem Sanierungsstau und dem schleichenden Vermögensverzehr bei öffentlichen Einrichtungen entgegenwirken. Gerade hier können faire Konzepte der Öffentlich-Privaten Partnerschaft (ÖPP) eingesetzt werden.
- durch Verknüpfung der 2,5 Milliarden Euro EU-Fördermittel mit Kofinanzierungen durch Landes-, kommunale und private Mittel die einmalige Chance nutzen, mit einem Programm das Land und seine Region für den künftigen Wettbewerb fit zu machen.
- bei allen Maßnahmen im Auge haben, dass damit Arbeitsplätze für die Menschen in unserem Land erhalten und neue geschaffen werden.

II. Handlungsfelder aktiver Wirtschaftspolitik in Niedersachsen

1. Forschung und Entwicklung stärken

Niedersachsen ist geprägt von forschungsintensiven Wirtschaftszweigen. Alle Analysen zeigen: Gerade dort werden in Zukunft viele Arbeitsplätze entstehen. Das werden wir nutzen, für die Menschen und für die Wirtschaft unseres Landes.

Forschung und Entwicklung sind unter der jetzigen CDU/FDP-Landesregierung Stiefkinder der Politik. Den Universitäten und Hochschulen wurden durch das sogenannte „Hochschuloptimierungskonzept (HOK)“ insgesamt 260 Millionen Euro gestrichen. Die Technologieförderung wurde gekürzt. Die Eigenmittel von Forschungseinrichtungen sind teilweise unzureichend, das reduziert die Chancen zum Einwerben von Drittmitteln. Der in den 90er Jahren gegenüber den anderen Bundesländern eingeleitete Aufholprozess in Forschung und Entwicklung ist ins Stocken geraten. Die Folge: weniger Innovationen, weniger neue Erfindungen und weniger Ausgründungen.

Gerade die Innovationsmöglichkeiten der kleinen und mittleren Unternehmen müssen verbessert werden. Dauerhaften Erfolg kann die niedersächsische Wirtschaft nur haben, wenn sie das Prinzip „besser statt billiger“ zur Maxime ihres Handelns macht.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- eine strategische Innovationspolitik entwickeln und mit einer maßgeschneiderten Finanz-, Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik sowie einer passgenauen Forschungs- und Verbraucherpolitik bessere Rahmenbedingungen schaffen.
- die positiven Ansätze des Innovationszentrums Niedersachsen und des Innovationsnetzwerks ausbauen und in eine umfassende Innovationsstrategie einbetten.
- die Zusammenarbeit von Forschungseinrichtungen mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) stärken und so deren abnehmender Beteiligung an Forschung und Entwicklung entgegenwirken. Ein verbesserter Wissenstransfer wird ihre Innovationsfähigkeit verbessern.
- mit gezielten und höheren Investitionen in unsere leistungsfähigen Universitäten und Fachhochschulen die Bedingungen für die Forschung verbessern. Nur wer mehr Geld für Forschung gibt, kann auch mehr Forschung für das Geld erwarten.

2. Stärken stärken – Wachstumsmärkte erschließen

Wirtschaftliche Räume können durch eine gelungene Regionalpolitik gestärkt und in ihrer Eigendynamik unterstützt werden. In Zukunft sollen die regionalen Branchenschwerpunkte und die Potenziale in Wissenschaft und Forschung zum Ausgangspunkt einer konsequenten Clusterpolitik werden.

Niedersachsen verfügt in nahezu allen Regionen über wirtschaftliche Kompetenzfelder, die durch eine gezielte Förderung zu mehr Wachstum und Beschäftigung beitragen können.

- Die niedersächsische Industrie ist ein Zentrum der deutschen Automobil- und Mobilitätswirtschaft.
- Fahrzeugbau- und Luftfahrzeugindustrie sind entscheidende Impulsgeber für das verarbeitende Gewerbe und für viele Dienstleistungsbetriebe.
- Die maritime Wirtschaft an der niedersächsischen Küste verfügt aufgrund der wirtschaftlichen Globalisierung über herausragende Wachstumsperspektiven.
- Die niedersächsische Ernährungsindustrie mit ihren vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen zählt bundesweit zu den wettbewerbsfähigsten Branchen.
- Auf innovativen Technologiefeldern, wie der Produktions- und Verfahrenstechnik, der Informations- und Kommunikationstechnik oder der Biotechnologie verfügt das Land über erhebliche Innovationspotenziale. Das gilt auch für den Bereich Umwelt und Energie, z. B. für neue, ressourcenschonende Energien wie Windkraft und Biomasse und andere Bereiche der Umweltschutztechnik.
- Die Tourismuswirtschaft ist mit ihren 280.000 standortsicheren Arbeitsplätzen innovativ und einer der stärksten Arbeitgeber im Land.

Niedersachsen ist stark durch seine Regionen. In keinem anderen Bundesland gibt es eine solche Vielfalt. Die Regionen sind Chance und Herausforderung zugleich. Das Land muss deshalb das Spannungsfeld zwischen ländlichem Raum und Metropolregionen

besonders beachten. Den Regionen kommt bei der Überwindung der Wachstums- und Beschäftigungsprobleme eine hohe Bedeutung zu.

Die Regionalisierung der Wirtschafts- und Strukturpolitik bleibt in Niedersachsen bisher bruchstückhaft. Das Land braucht regionale Entwicklungskonzepte für eine zielgenaue Standortpolitik. Mit einer konsequenten Clusterpolitik werden wir eine qualitative Wachstumsstrategie verfolgen, die sich ganz bewusst abgrenzt von einer neoliberalen Wirtschaftspolitik mit einer einseitigen Fixierung auf Kosten- und Lohnsenkungen und den Abbau von Regelungen.

Öffentlicher Service und öffentliche Daseinsvorsorge werden künftig immer stärker nach Effizienz, Kosten, Qualität und Zeit gemessen. Deshalb werden optimale Koordination und Kooperation zu Vorteilen im Standortwettbewerb. Unnötige Reibungsverluste werden zu Standortnachteilen. Wir stehen zur kommunalen Daseinsvorsorge mit qualifiziertem Service, aber auch zu leistungsfähigen Unternehmen der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- den Mitteleinsatz der niedersächsischen Wirtschafts- und Strukturpolitik und der europäischen Fördermittel (EFRE) wesentlich zielgerichteter auf die wirtschaftlichen Stärken der Regionen konzentrieren.
- gemeinsam mit den Regionen für die niedersächsischen Schlüsselbranchen zusammenhängende Clusterkonzepte entwickeln und umsetzen. Entlang dieser Schwerpunkte sollen Gründungen gezielt gefördert und der Technologietransfer zwischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen (u. a. mithilfe einer Technologiestiftung Niedersachsen) gefördert werden. Überdies sollen weitere Branchenplattformen und -initiativen etabliert werden, um den Anteil niedersächsischer Zulieferer und Dienstleister für die großen Unternehmen im Lande zu erhöhen.
- nach dem Prinzip „ein Anliegen – eine Stelle“ (One-Stop-Agency) regionale Anlaufstellen mit Bündelungskompetenz schaffen, die Investoren bei ihren Vorhaben effektiv unterstützen.
- zur Verbesserung regionaler Strukturen von unten aufwachsende Zusammenschlüsse unterstützen und fördern. Eine Überprüfung der Landesgesetzgebung soll gewährleisten, dass Steuergesetzgebung und Vergabegesetze sowie versorgungsrechtliche Regelungen interkommunale Projekte nicht behindern, sondern regionale Kooperation stärken.

3. Energiepolitik für eine starke Wirtschaft

Eine ausreichende und sichere Energieversorgung zu erschwinglichen Preisen ist für den Wirtschaftsstandort Deutschland eine der zentralen Schlüsselfragen des 21. Jahrhunderts. Vor dem Hintergrund der Gefahren eines sich fortsetzenden Klimawandels ist es dringender denn je notwendig, den Verbrauch fossiler Energieträger zu senken. Wir Sozialdemokraten wollen eine Energiepolitik, die diesen Gefahren Rechnung trägt,

aber auch die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie stärkt und die Versorgungssicherheit gewährleistet. Wir wollen einen ausgewogenen, auf neue Technologien ausgelegten Energieträger-Mix. Diese Aufgabe ist lösbar.

Vor dem Jahr 2003 gelang es der damaligen SPD-Landesregierung, Niedersachsen beim Ausbau der Erneuerbaren Energien im bundesweiten Vergleich in eine Spitzenstellung zu bringen. CDU und FDP knüpften hier jedoch nicht an. Im Gegenteil: Sie wollen den Ausbau der regenerativen Energien bremsen und die Laufzeit der Atomkraftwerke verlängern. Gleichzeitig tun sie nichts, um die Nachfrage nach Energie zu reduzieren.

Dies ist jedoch unabdingbar, um die Abhängigkeit von Energieimporten zu begrenzen und Preissteigerungen in Grenzen zu halten. Eine Steigerung der Energieeffizienz ist erreichbar, indem der Wirkungsgrad von Kraftwerken verbessert, die Kraft-Wärme-Kopplung gestärkt, der energetischen Sanierung öffentlicher Gebäude größere Bedeutung beigemessen, der Energieeinsatz bei Industrieprozessen effizienter gestaltet wird und verbrauchsarme Kraftfahrzeuge entwickelt werden.

Erneuerbare Energien sind für die SPD Niedersachsen im Wesentlichen heimische Energieträger. Niedersachsen ist durch seine natürlichen Potenziale hervorragend am Markt aufgestellt. Die SPD wird die Nutzung Erneuerbarer Energien voranbringen und die Wirtschaftsmärkte von morgen zukunftssicher ausbauen. So hat das Land viel dazu beigetragen, dass Windkraftanlagen ein deutscher Exportschlager werden. Insbesondere in den ländlich geprägten Regionen sind Windenergieanlagen installiert worden. Viele Gemeinden profitieren davon. Wenn durch die Bundesregierung die entsprechenden Voraussetzungen dafür geschaffen werden, können wir bis zum Jahr 2020 den Einsatz der Erneuerbaren Energien um 50 Prozent steigern.

Für die SPD ist es auch eine soziale Verpflichtung, Erneuerbare Energien zu fördern. Nur regenerative Energien sind für die Menschen und für die Wirtschaft zukünftig dauerhaft verfügbar. Zusammen mit einer optimalen Energieeffizienz werden sie dazu beitragen, die Energieversorgung für die Verbraucher gerecht und bezahlbar zu halten. Bei der Nutzung neuer Energien und deren Transport zum Verbraucher werden wir Beeinträchtigungen der Umwelt und der Lebensqualität der Menschen vermeiden. Dies gilt besonders auch für die oberirdische Trassenführung von Höchstspannungsleitungen.

Mit neuen Energien und Energieeffizienz wird für Niedersachsen die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wie Öl oder Gas überwunden. Hierdurch erreichen wir Preisstabilität und Versorgungssicherheit. Der Energiestrukturwandel ist deshalb Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik und Sozialpolitik zugleich.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- eine Kennzeichnungspflicht von Produkten über ihre Wirtschaftlichkeit anstreben. Sie wird eine Aufklärungs- und Beratungskampagne zur Steigerung der Energieeffizienz ins Leben rufen.
- den Ausbau Erneuerbarer Energien gezielt fördern und die Rahmenbedingungen der Förderung so definieren, dass sie schnell zur Marktreife gelangen und wettbewerbsfähig angeboten werden können.

- die Einsetzung von „Leuchtturmprojekten“, z. B. die Einführung von aussagekräftigen Energieausweisen für Gebäude, befürworten.
- die Windenergie als zentraler Schlüsselfaktor für die Steigerung des Anteils der Erneuerbaren Energien intensiv fördern. Wir werden Standorte effektiver nutzen, Repowering fördern und umweltverträgliche Offshore-Windparks weiterentwickeln.
- Niedersachsen zum Energieforschungsstandort Nr. 1 entwickeln. Forschung und Entwicklung sind für Energie- und Umwelttechnologien unabdingbar. Das Land hat alle Potenziale hier Spitzenreiter zu werden. Mit einer Forschungsoffensive „Neue Energien“ werden wir die Voraussetzungen für eine CO₂-arme Energieversorgung weiter verbessern. Alle „Neuen Energien“ sind hierbei einzubeziehen z. B. Solarenergie, Geothermie, Wasserkraft, Gezeitenkraftwerke etc.
- den Ausbau von Leitungsnetzen befürworten, um die Integration Erneuerbarer Energien in das Stromnetz zu verbessern,
- und dabei alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um eine Erdverkabelung durchzusetzen.
- mit einem „Klimaschutzpakt Niedersachsen“ im Dialog mit Gewerkschaften, Unternehmen und weiteren Gruppen Projekte im Bereich der Energieerzeugung, Energieeinsparung und Energieeffizienz fördern. Damit wird sowohl den Gefahren des Klimawandels begegnet als auch der Schaffung zukunftssicherer Arbeitsplätze gedient. Im Landeshaushalt werden hierfür Fördermittel bereitgestellt.
- mehr Wettbewerb auf dem Markt der Energieerzeugung sicherstellen und deshalb die Trennung von Stromproduzenten und Netzbetreibern unterstützen. Die Konzentration in einer Hand behindert einen funktionierenden Wettbewerb, von dem Verbraucher und Industrie profitieren. Dabei ist für uns klar: Die ortsnahe Energieversorgung bietet große Effizienzpotenziale, Preisstabilität und wirtschaftliche Chancen für mehr Wettbewerb auf dem Strom- und Wärme- markt. Den Stadtwerken kommt als Garant der Daseinsvorsorge eine herausragende Rolle zu. Die SPD wird dafür die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen und für eine eigene Landesregulierung Sorge tragen.
- die Forschung und Entwicklung im Bereich der Energie- und Rohstoffintelligenz unterstützen, um so weiterhin Innovationen in diesem Wirtschaftszweig zu erreichen.

4. Politik für kleine und mittlere Unternehmen (KMU)

Zu den spezifischen Problemen der KMU gehören vielfach eine niedrige Eigenkapitalquote sowie zu geringes Risikokapital. Beides führt zu einer schwachen und weiter abnehmenden Beteiligung der KMU an Forschungs- und Entwicklungsprozessen. Gerade in den wichtigen forschungsintensiven und technologieorientierten Branchen, die sich mit einer hohen Dynamik entwickeln, bleibt Niedersachsen hinter den anderen Bundesländern zurück. Gerade vom Bereich dieser kleinen und mittleren Unternehmen wird es jedoch in Zukunft auch abhängen, ob für die Menschen in unserem Land ausreichend Arbeitsplätze geschaffen werden können.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- mit der Einführung einer Forschungsprämie als Zuschuss für Forschungs- und Entwicklungsaufträge die Kooperation zwischen KMU und den Fachhochschulen stärken und zur Netzworkebildung beitragen.
- durch Personalkostenzuschüsse für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in KMU die Forschungsbereitschaft der Unternehmen stärken und gleichzeitig neue Beschäftigungschancen für junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler eröffnen.
- eine „Niedersächsische Technologiestiftung“ zur Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft etablieren. Die Aufgabe der Stiftung wird es sein, als Impulsgeber innovative Entwicklungen und deren Markteinführung zu fördern.
- die Investitions- und Förderbank Niedersachsen GmbH (NBank) mit dem Ziel ausbauen, die Kapitalversorgung der KMU weiter zu verbessern. Die von der letzten SPD-Landesregierung initiierte NBank bündelt die Wirtschaftsförderung. Mit der Weiterentwicklung passgenauer, regionaler und integrierter Konzepte wollen wir der Eigenkapitalschwäche der KMU entgegenwirken.
- im Rahmen der Neuauflage eines ganzheitlichen Mittelstandskonzepts „Allianz für Niedersachsen“ den Dialog zwischen Mittelstand und Landesregierung intensivieren. Wir knüpfen hiermit an den bis 2003 existierenden erfolgreichen Dialog an.
- bürokratische Hemmnisse beseitigen, die die Wirtschaftskraft der mittelständischen Unternehmen bremsen. Gleichzeitig wissen wir aber: Verlässlichkeit und Rechtsstaatlichkeit, Neutralität und Unbestechlichkeit der Verwaltungen sind unverzichtbare Standortvorteile. Im Dialog mit Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Verbänden werden wir deshalb die Rechtsvorschriften auf das notwendige Maß reduzieren. Der Entstehungsprozess von Rechtsvorschriften soll zudem für Bürgerinnen und Bürger transparenter und öffentlich zugänglicher gemacht werden.
- die soziale Gesetzesfolgenabschätzung als integralen Bestandteil unserer Politik gewährleisten. Künftig soll dargelegt werden, welche Kosten auf die Bürgerinnen und Bürger, die Unternehmen und die Verwaltung zukommen. Zudem sind die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu bewerten.
- die Planungsprozesse der KMU unterstützend begleiten. Um gerichtsfeste Genehmigungen zu erlangen, unterhalten Großkonzerne eigene Rechtsabteilungen.

gen und beauftragen häufig spezialisierte Anwaltskanzleien. Für kleine und mittlere Unternehmen ist dieser Aufwand oft nicht finanzierbar. Damit auch KMU den Anforderungen gerecht werden können, wird eine SPD-Landesregierung „Scouts“ einsetzen, die sie bei Behördenprozessen begleiten und sie bei komplizierten Antragsverfahren unterstützen. Diese „Behörden-Scouts“ sind eine Soforthilfe im Kampf gegen Bürokratie. Unser eigentliches Ziel bleibt es, die Bürokratie eindeutiger und effektiver zu gestalten.

5. Wissen und Qualifikation: Grundlage für Innovationen

Eine leistungsfähige Wirtschaft in Niedersachsen muss auf die fachliche Qualifikation ihrer Arbeitskräfte setzen. Niedersachsens wichtigste Produktivkräfte sind das Wissen und die Kompetenz seiner arbeitenden Menschen.

Die zunehmende Entwicklungsdynamik in vielen Bereichen des Arbeitslebens fordert eine verstärkte Fort- und Weiterbildung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gerade in den mittelständischen Unternehmen. Lediglich in der Hälfte der Unternehmen werden Weiterbildungsangebote wahrgenommen. Geringer qualifizierte Arbeitskräfte sowie vor allem Frauen mit Kindern im Haushalt nehmen an diesen Angeboten am wenigsten teil. Aufgrund des ansteigenden Durchschnittsalters der Erwerbstätigen müssen die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten insbesondere für die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausgebaut werden. Das „lebenslange Lernen“ muss in Niedersachsen endlich Realität werden.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die Qualifikations- und Weiterbildungsmöglichkeiten der Beschäftigten weiter ausbauen. Dabei sollen vor allem jenen Beschäftigtengruppen Programme unterbreitet werden, die bisher kaum Weiterbildungsangebote wahrnehmen.
- gemeinsam mit den Betrieben, den Gewerkschaften und anderen Partnern dafür sorgen, dass das lebenslange Lernen als selbstverständlich angesehen wird und entsprechende Angebote vorhanden sind. Die öffentlich geförderte und die private Erwachsenenbildung sollen dafür ausgebaut werden. Durch Freistellungsansprüche und finanzielle Förderung werden wir Anreize für die Fort- und Weiterbildungsbereitschaft der Beschäftigten setzen.
- eine engere Zusammenarbeit zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft im Rahmen der Weiterbildung anstreben.
- Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die neue Förderperiode (2007–2013) zur Finanzierung von Weiterbildung und Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nutzen.
- die NBank zu einer zentralen Säule für Innovationen und Qualifikation in Niedersachsen machen. Hierfür wollen wir EU-Strukturfördermittel konsequent nutzen, um Strukturen zu schaffen, die auch nach Auslaufen der Förderperiode Bestand haben.

6. Infrastruktur ausbauen – Potenziale nutzen

Um als Wirtschaftsstandort attraktiv zu sein, benötigt das Flächenland Niedersachsen eine ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Als Transitland kreuzen sich hier die wichtigsten Verkehrsadern Deutschlands und Europas auf Schiene, Straße und zu Wasser. Niedersachsen ist durch seine Mobilitätswirtschaft, aber auch durch seine Lage ein Logistikstandort ersten Ranges. Diese Position wollen wir stärken und weiter ausbauen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- mit dem JadeWeserPort die maritime Wirtschaft in Niedersachsen solide stärken. Durch den modernsten Hafen Europas verbessert das Land seine Chance, am boomenden Welthandel teilzuhaben. Wir werden dafür sorgen, dass der JadeWeserPort planmäßig im Jahr 2010 in Betrieb gehen kann und optimal an das Hinterland angeschlossen wird. Dazu gehören insbesondere die Elektrifizierung und die Zweispurigkeit der Bahnstrecke sowie die Optimierung der Ortsumgehungen Sande und Delmenhorst und lärmindernde Maßnahmen in Oldenburg. Durch die zeitgleiche Inbetriebnahme der Gewerbeflächen am Hafen Groden werden wir sicherstellen, dass die Güter hier nicht nur umgeschlagen, sondern auch weiterverarbeitet werden. Damit schaffen wir mehrere Tausend Arbeitsplätze in der Region.
- auf eine schnellstmögliche Realisierung der Küstenautobahn A 22 zur besseren Küstenerschließung setzen. Ein weiterer wichtiger Lückenschluss für die Küste ist mit der A 26 die Verbindung zwischen Stade und Hamburg. Außerdem setzen wir uns für den zügigen Baubeginn der A 39 ein, um den wirtschaftlichen Raum Wolfsburg-Braunschweig an die Ostsee anzuschließen.
- das volle Potenzial unseres Bahnnetzes flächendeckend ausschöpfen. Dazu bietet der noch unter der SPD-geführten Landesregierung abgeschlossene Nahverkehrsvertrag alle Möglichkeiten. Durch die Förderung des Wettbewerbs kann bei gleichbleibenden Zuschüssen in Höhe von mehr als einer halben Milliarde Euro das Angebot und die Qualität der Strecken und der Infrastruktur deutlich verbessert werden.
- die von der CDU/FDP-Landesregierung vorgenommene Kürzung der Regionalisierungsmittel für den Schienenverkehr rückgängig machen. Auch die von CDU und FDP zweckentfremdeten Regionalisierungsmittel in Millionenhöhe werden wir dem Schienenverkehr wieder zuführen. Unser Ziel ist es, das Angebot des Nahverkehrs zu verbessern und so mehr Kunden für die Bahn zu gewinnen.
- für leistungsfähige Schnellfahrtstrecken zwischen den großen Verkehrsknotenpunkten eintreten. Wir werden uns daher beim Bund und der DB AG für den Ausbau der Knotenpunkte Bremen und Oldenburg einsetzen.
- Mehr Güter auf die Schiene bringen und gleichzeitig den Personennah und Fernverkehr zielgerichtet verbessern. Dafür sind milliardenschwere Großinvestitionen im norddeutschen Raum für Neubau, Ausbau und Erhalt bestehender Schienentrassen zwingend erforderlich. Die rasante Entwicklung der Seehäfen in den letzten 15 Jahren mit einer Verfünffachung des Containerumschlages und der Bau des JadeWeserPorts erfordert rasches politisches Handeln. Gleichzeitig

muss verhindert werden, dass durch die Zunahme der Güterverkehre Abstriche beim klimafreundlichen Personenverkehr auf der Schiene gemacht werden. Beim Bund und der DB AG werden wir uns deshalb für die Entwicklung und Umsetzung eines qualifizierten Gesamtkonzepts zum Infrastrukturausbau im norddeutschen Schienennetz einsetzen, das beiden Zielen Rechnung trägt und nachhaltig zukunftsorientierte Lösungen für die akute Überlastung der Hauptverkehrsstrassen sowie Raum für zukünftige Entwicklungen bieten kann. Priorität genießen für uns der Ausbau der überlasteten Knotenpunkte Bremen, Hamburg und Oldenburg sowie Kapazitätserweiterungen auf den Verbindungskorridoren Hamburg-Bremen, Hamburg-Hannover und Bremen-Hannover, den Strecken ins Ruhrgebiet sowie der Heidebahn und der Amerika-Linie. Wir brauchen intelligente Neu- und Ausbaulösungen für Güter- und Personenverkehr auf Höhe der Zeit. Die SPD wird dafür Sorge tragen, dass die Y-Trasse diesen Kriterien entspricht.

- das niedersächsische Binnenwasserstraßennetz kontinuierlich ausbauen. Unser Ziel ist es, die Nutzung der Binnenwasserstraßen auf den mindestens zweilagigen Containerverkehr kontinuierlich marktgerecht zu optimieren. Hierzu gehört für den Bereich des Elbe-Seiten-Kanals der Bau eines zusätzlichen Schiffshebewerkes in Scharnebeck in den Abmessungen der Schleuse Uelzen.
- das Straßensystem kontinuierlich verbessern und ausbauen. Hierzu wollen wir bis 2013 den Investitionsstau auf den Landesstraßen auflösen. Um Investitionen bei Autobahnen und Bundesstraßen zu erreichen, werden wir mit dem Bund verhandeln. Dabei prüfen wir auch die Möglichkeit, auf eine öffentlich-private Finanzierung beim Bau von Neustrecken zu setzen.

7. Das Land als Nachfrager und Investor

Bund, Länder und Kommunen nehmen in einer modernen Volkswirtschaft als Nachfrager von Produkten und Dienstleistungen eine bedeutende Rolle ein. Eine SPD-Landesregierung wird diese nutzen. Wir wollen das öffentliche Beschaffungswesen optimieren und effizienter gestalten. Die Anforderungen an öffentliche Auftraggeber steigen damit nachhaltig. Dazu zählen die Einhaltung von Tariflöhnen, die Geltung deutscher Arbeitsschutzbestimmungen, die Einhaltung von deutschen Umweltvorschriften und die Schaffung eines ökologischen Ausgleichs bei nicht zu vermeidenden Umwelteingriffen.

Es gilt: Wer einen Auftrag für eine Leistung vergibt, muss diese auch angemessen und rechtzeitig bezahlen. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist eine verbesserte Zahlungsmoral unabdingbar.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- eine landesweite Initiative starten, die die Beschaffung von innovativen Produkten und Dienstleistungen sowie innovative Konzepte zur Steigerung der Effizienz im Beschaffungswesen durch die öffentliche Hand zum Ziel hat.

- das Landesvergabegesetz erneuern und verstärkt soziale Normen zur Bedingung für die Vergabe öffentlicher Aufträge machen.
- Mechanismen weiterentwickeln, die die zeitnahe Begleichung ausstehender Rechnungen durch öffentliche Verwaltungen und öffentliche Unternehmen sicherstellen.

8. Aktive Tourismusförderung als Wirtschafts- und Arbeitsmarktfaktor

Niedersachsen ist ein Reiseland. Die Vielfalt der touristischen Angebote seiner Regionen ist die Grundlage dafür, dass wir jedes Jahr Millionen von Gästen bei uns begrüßen können. Damit ist der Tourismus ein bedeutender Wirtschaftsfaktor für das Land und mit mehr als 280.000 Beschäftigten auch ein wichtiger Faktor für den Arbeitsmarkt. Er muss gepflegt und ausgebaut werden. Die in diesem Sektor tätigen Betriebe müssen sich ständig den neuen Entwicklungen stellen, um gegen die starke Konkurrenz bestehen zu können. Das gilt auch für die Tourismuspolitik des Landes.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die Federführung für die Tourismusförderung beim Niedersächsischen Wirtschaftsministerium zusammenführen und die bisherige Parallelorganisation auch im Umweltministerium und im Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz beenden.
- eine Gesamtstrategie auf der Grundlage der Masterpläne für die vier niedersächsischen Tourismusregionen Nordsee, Lüneburger Heide, Harz und Weserbergland erarbeiten.
- die Fördermittel für die im Tourismusbereich arbeitenden Organisationen ausreichend gestalten.
- auf Bundesebene dafür eintreten, eine Saisonarbeiterregelung im SGB II zu schaffen, damit qualifizierte Fachkräfte nicht in saisonunabhängigere Regionen abwandern.

III. Aktive Arbeitsmarktpolitik für die Menschen

Menschen in Arbeit zu bringen und zu halten, ist und bleibt für Sozialdemokraten eine herausragende politische Aufgabe. Erwerbsarbeit ist nicht nur die Grundlage wirtschaftlicher Selbstständigkeit. Sie begründet auch gesellschaftliche Anerkennung und bestimmt das Selbstwertgefühl der Menschen in unserem Land. Arbeitsmarktpolitik erschöpft sich deshalb nicht in der Förderung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen, sie hat einen darüber weit hinausgehenden sozial- und gesellschaftspolitischen Auftrag. Die Arbeitslosigkeit ist derzeit auch in Niedersachsen rückläufig. Dies ist kein landespo-

litisches Verdienst, sondern eine Folge der Reformen der ehemaligen rot-grünen Bundesregierung und der jetzigen Großen Koalition in Berlin.

Auch die günstigen weltweiten konjunkturellen Rahmenbedingungen tragen dazu bei. Die CDU/FDP-Landesregierung hat seit ihrer Regierungsübernahme keine eigenen wirksamen arbeitsmarktpolitischen Akzente gesetzt: Die Arbeitslosigkeit befindet sich noch immer auf hohem Niveau. Ausbildungsplätze fehlen. Mit ihrem Niedersachsen-Kombi ist die Regierung Wulff gescheitert. In der Gruppe der unter 25-Jährigen hat Niedersachsen eine im Bundesvergleich nach wie vor verheerend hohe Zahl an Arbeitslosen.

Bei einer SPD-Landesregierung wird die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit zentrales Handlungsfeld der Landespolitik sein. Die niedersächsische SPD wird sich nicht auf die Bemühungen der Bundesregierung und die wechselhafte konjunkturelle Entwicklung verlassen. Wir werden mit eigenen Anstrengungen und Instrumenten unsere Hausaufgaben im Bereich der Arbeitsmarktpolitik machen. Eine von uns geführte Landesregierung wird sich für Mindestlöhne einsetzen und Lohndumping bekämpfen. Die Leistungen der Menschen müssen anerkannt werden.

1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen verbessern – Arbeit für alle schaffen

Mit einer Wirtschaftspolitik des Nichtstuns hat die CDU/FDP-Landesregierung sich von einer aktiven Beschäftigungspolitik verabschiedet. Eine SPD-Landesregierung wird auf eine Politik setzen, die neue Wachstumsmärkte aufbaut und stärkt, die Binnennachfrage stimuliert und in die Qualifizierung der Menschen investiert. Hiermit werden wir neue Impulse für mehr Beschäftigung in Niedersachsen geben. Entscheidende Bedeutung für eine beschäftigungsfördernde Arbeitsmarktpolitik haben für uns die Herausbildung von regionalen Wachstumskernen, die Unterstützung von KMU, der Dialog im Rahmen eines ganzheitlichen Mittelstandskonzepts, ein verstärkter Technologietransfer und eine nachhaltige Energiepolitik. Gleichzeitig setzt die SPD Niedersachsen auf eine aktive und aktivierende Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik. Die Politik darf sich nicht aus der Verantwortung stehlen und die Zukunft der Menschen den freien Kräften des Marktes überlassen. Die Arbeitswelt hat sich in den letzten Jahren rapide gewandelt. Wir werden darauf reagieren und eigene Impulse für mehr Beschäftigung in Niedersachsen setzen. Politik muss die Initiative ergreifen, um die Menschen fit zu machen für den Arbeitsmarkt.

Eine SPD-Landesregierung wird die Förder- und Steuerungsmöglichkeiten der einzelnen Ressorts, die arbeitsmarktpolitisch wirken, besser aufeinander abstimmen. Mittel können so effektiver eingesetzt werden.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- mit verstärkten Förderprogrammen die Existenzgründung erleichtern und unterstützen.

- Fachhochschulen stärken. Sie sind Impulsgeber für die regionale Entwicklung. Mit Technologieclustern und Mittelstandsförderprogrammen werden wir hier gezielt vorgehen.
- mit dem Abbau bürokratischer Hemmnisse, schnelleren Genehmigungsverfahren sowie dem Aufbau von Netzwerken mit Forschungseinrichtungen einen Beitrag zu einer positiven Beschäftigungsentwicklung leisten.
- mit der Steigerung der öffentlichen Nachfrage durch das Land und verstärkten Investitionen in den Ausbau und den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur Impulse für mehr Beschäftigung geben.
- verstärkt auf Qualifizierung, die verbesserte Ausbildungsfähigkeit, die Organisation des lebenslangen Lernens und den Ausbau der gezielten Fort- und Weiterbildung für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer setzen. Gemeinsam mit den Tarifparteien werden wir Wege finden, das betriebliche Bildungswesen zu intensivieren.

2. Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt für alle älteren Arbeitnehmer

Die Menschen fit zu machen für den Arbeitsmarkt und ihnen dort Perspektiven zu bieten, ist Aufgabe der Politik. Darauf werden wir ein hohes Augenmerk legen. Auch älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muss eine gute Perspektive auf dem Arbeitsmarkt eröffnet werden. Sie besitzen vielfach eine hohe Fachkompetenz und sind mit ihrem Wissen Eckpfeiler einer erfolgreichen Unternehmenspolitik. Um einen langen Verbleib auf dem Arbeitsmarkt zu garantieren, werden wir für verbesserte betriebliche Gesundheitsdienste sorgen. Um fließende Übergänge in den Ruhestand zu gewährleisten, werden wir uns für die Weiterentwicklung und den Fortbestand der geförderten Altersteilzeit einsetzen.

Der Handlungsbedarf in der Arbeitsmarktpolitik aufgrund des demografischen Wandels gehört zu den größten Herausforderungen der nächsten Jahre. Um die Beschäftigungsfähigkeit älterer Arbeitnehmer langfristig zu sichern, bedarf es eines Bündels von Maßnahmen. Ältere Menschen haben durch ihre Erfahrung und ihr Wissen enorme Potenziale für den Arbeitsmarkt und für die Wirtschaft, die unter Fachkräftemangel leidet.

Eine SPD-Landesregierung wird daher das Thema Weiterbildung und betriebliche Gesundheitsförderung in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerkschaften im Rahmen eines Aktionsplanes „Beschäftigungssicherung für ältere Arbeitnehmer“ in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen. Eine auf Branchen bezogene, betriebsübergreifende Weiterbildung wird dabei eine besondere Rolle spielen, um Weiterbildung auch in kleineren Unternehmen während des gesamten Berufslebens sicherzustellen und stärker zu verbreiten.

Im Rahmen dieses Aktionsplanes wird sich eine SPD-Landesregierung auch für neue Modelle altersgerechter Betriebs- und Arbeitszeitgestaltung und die Umsetzung von

Maßnahmen zur betrieblichen Gesundheitsförderung einsetzen. Ziel ist es, Niedersachsen zum beschäftigungsfreundlichen Arbeitsmarkt für ältere Menschen zu machen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- dafür eintreten, dass dort, wo die körperliche oder psychische Belastung für die Arbeitnehmer sehr hoch ist, schon vor dem 67. Lebensjahr die Arbeitszeit reduziert werden kann oder der Ruhestand möglich ist.
- die Gesundheitsvorsorge und die Prävention am Arbeitsplatz stärken, um die Beschäftigungsquote älterer Arbeitnehmer zu erhöhen.
- wird mit einem Aktionsplan „Beschäftigungssicherung für ältere Arbeitnehmer“ Instrumente und Maßnahmen auf den Weg bringen, um die Potenziale älterer Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt zu stärken.

3. Öffentliche Beschäftigung fördern

In einer Arbeitsmarktpolitik, die die Menschen durch Bildung, Ausbildung, Weiterbildung qualifiziert und auf das Erwerbsleben vorbereitet, sehen wir einen Schwerpunkt unserer Politik. Wir dürfen aber nicht die Augen davor verschließen, dass es heute Menschen gibt, denen diese Qualifizierungsangebote nicht geboten wurden und die wir trotz ihrer geringeren Qualifizierung in Arbeit bringen und halten wollen. An vielen Geringqualifizierten geht der Aufschwung am Arbeitsmarkt bisher vorbei. Das Ziel sozialdemokratischer Arbeitsmarktpolitik ist die Vermittlung von Arbeit im allgemeinen Arbeitsmarkt. Die Kluft zwischen ihrem persönlichen Profil und den bestehenden beruflichen Anforderungen am Arbeitsmarkt kann oftmals nicht über die zur Verfügung stehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente geschlossen werden. Wir werden uns deshalb dafür einsetzen, dass für diejenigen, die über einen längeren Zeitraum auf dem ersten Arbeitsmarkt keine Beschäftigung finden, aber trotzdem erwerbsfähig sind, neue Wege beschritten werden. Wir wollen für diese Menschen über gezielte Initiativen Teilhabe am Erwerbsleben organisieren und ihnen die Möglichkeit geben, sich mit ihren individuellen Kenntnissen und Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt einzubringen. Unser Ansatz ist, ihre Stärken zu betonen. Ziel ist es, Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen in den ersten Arbeitsmarkt zu bringen.

Um die Perspektiven von gering Qualifizierten, älteren Langzeitarbeitslosen und Menschen mit besonderen Vermittlungshemmnissen wie Krankheiten und Behinderungen zu verbessern, bedarf es eines Gesamtkonzeptes für einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor. Zielgruppe für diesen öffentlichen Beschäftigungssektor sind Langzeitarbeitslose, die dauerhaft kaum eine Chance auf Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt haben. Eine SPD-Landesregierung wird sich daher für eine Teilhabe dieser Menschen am Erwerbsleben einsetzen, die durch flankierende Maßnahmen wie Weiterbildung und psychosoziale Leistungen zusätzlich unterstützt werden müssen.

Die SPD wird darauf setzen, die kommunalen Potenziale in der Arbeitsmarktpolitik auszuschöpfen. Jugendhilfe, soziale Dienste, Wirtschaftsförderung, Erwachsenen- und Berufsschulbildung sollen vor Ort enger mit der Arbeitsmarktpolitik verknüpft werden. In

einer Kommunalisierung und Dezentralisierung der Arbeitsmarktpolitik liegt die Chance, Arbeitslose zielgenauer zu fördern und Langzeitarbeitslosigkeit abzubauen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse mit Qualifizierungselementen vor allem im Bereich der öffentlichen Beschäftigung schaffen.
- soziale Betriebe und Integrationsunternehmen, die Beschäftigungsperspektiven für weniger gut qualifizierte Menschen schaffen, staatlich bezuschussen. Der Zusammenarbeit und engen Koordinierung mit den Akteuren vor Ort kommt dabei eine hohe Bedeutung zu.

4. Erwerbspotenzial von Frauen steigern

Die Beteiligung von Frauen an der Erwerbstätigkeit ist in Deutschland noch immer unterdurchschnittlich. Obwohl die Frauenerwerbstätigenquote in Niedersachsen bei 57,7 Prozent liegt, ist ihr Anteil am Arbeitsvolumen – bedingt durch die häufig anzutreffenden Mini- und Midijobs nur bei ca. 40 Prozent. Die geringfügig Beschäftigten sind zu 66 Prozent Frauen. Nahezu jede zweite Frau ist teilzeitbeschäftigt. Frauen sind in Führungspositionen weit weniger häufig anzutreffen als Männer. Nur 4 Prozent der Führungskräfte in der obersten Leitungsebene sind weiblich. Je größer das Unternehmen, desto seltener sind Frauen in der obersten Führungsebene. Dem steht auffällig entgegen, dass Mädchen mit 33 Prozent eines Jahrgangs häufiger die Hochschulreife erwerben als Jungen mit durchschnittlich 28 Prozent.

Wir können es uns nicht leisten, die Hälfte der Bevölkerung trotz überdurchschnittlicher schulischer Qualifikation faktisch von Tätigkeiten als Fach- und Führungskräfte auszuschließen. Eine SPD-Landesregierung wird gezielt das Erwerbspotenzial von Frauen steigern. Hier haben auch der familienfreundliche Ausbau des Arbeitsmarktes mit Betreuungsmöglichkeiten für Kinder aller Altersstufen und der Ausbau von Betriebskindertagesstätten sowie die Vernetzung von bestehenden Kinderbetreuungseinrichtungen im Verbund mit Unternehmen und Betrieben eine große Bedeutung.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- Wirtschaftsfördermaßnahmen, die auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen zielen, verstärken. Die Landesverwaltung muss hier als Vorbild agieren und Frauen stärker Perspektiven auch in Führungsfunktionen eröffnen.
- die Förderung von Frauen in den Ingenieurberufen vorantreiben.
- gezielte Initiativen ergreifen, um an der Arbeitswirklichkeit orientierte, familienfreundliche Kinderbetreuungsmöglichkeiten in Zusammenarbeit mit den Unternehmen zu organisieren.

5. Recht und Ordnung auf dem Arbeitsmarkt: Mindestlohn statt Lohndumping

In Zeiten der Globalisierung befindet sich der Arbeitsmarkt im Wandel. Normalarbeitsverhältnisse brechen auf, Menschen werden zunehmend in prekäre und unsichere Beschäftigungsverhältnisse gedrängt. Viele Menschen haben trotz Vollzeitbeschäftigung kein existenzsicherndes Einkommen. Dies muss sich ändern. Wer arbeitet, muss auch davon leben können. Eine SPD-Landesregierung wird sich für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro nachhaltig einsetzen – auch im Bundesrat. Das Arbeitnehmerentsendegesetz muss auf alle Wirtschaftsbereiche ausgedehnt werden, um branchenbezogene Mindestlöhne zu ermöglichen. Auch in den Bereichen, wo es keine tariffähige Vertretung gibt, muss es Mindestlöhne geben. Hiermit gehen wir einen Weg der ökonomischen und sozialen Vernunft.

Unsicheren Arbeitsverhältnissen muss mit verbindlichen Regeln in der Arbeitswelt begegnet werden. Tarifautonomie, Kündigungsschutz und betriebliche Mitbestimmung sind für uns Sozialdemokraten keine Hindernisse auf dem Arbeitsmarkt, sondern notwendige Garantien einer beschäftigungssichernden und -fördernden Wirtschaftspolitik. Angriffen der Union und der FDP auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erteilen wir Sozialdemokraten eine klare Absage.

Mit der faktischen Abschaffung des Vergabegesetzes hat die aktuelle Landesregierung die fairen Wettbewerbsbedingungen in der niedersächsischen Wirtschaft für kleine und mittlere Unternehmen gefährdet. Sie müssen Billigkonkurrenz fürchten, bei denen unter niedrigen und niedrigsten Sozialstandards Leistungen erbracht werden.

Am Arbeitsmarkt sind die Ausweitung der Zeitarbeit und die Verdrängung von Normalarbeitsverhältnissen zu beobachten, was ebenfalls gesetzliche Maßnahmen erforderlich macht. In vielen Fällen dient dabei die von den Unternehmen eingesetzte Zeitarbeit nicht als Einstieg in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis und der Gewinnung einer größeren Flexibilität am Arbeitsmarkt, sondern der Untergrabung tariflicher Vereinbarungen mit entsprechenden Auswirkungen auf die Arbeitseinkommen der Betroffenen. Dem werden wir entgegenwirken.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- Initiativen für einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 7,50 Euro unterstützen.
- verbindliche Mindeststandards – etwa bei den Tarifverträgen – zum Kriterium für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen machen. Wir werden nicht zulassen, dass Unternehmen, die ihre Mitarbeiter angemessen und ordentlich entlohnen, durch Dumping-Anbieter in den Ruin getrieben werden.
- auf Bundesebene dafür eintreten, das Entsendegesetz auf die Leiharbeit auszuweiten und das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ auch für die Leiharbeit geltend zu machen.
- auf eine Änderung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes drängen, um die maximale Verleihzeit an einen Betrieb wieder zu begrenzen.

6. Recht auf Ausbildung

Jeder Jugendliche hat ein Recht auf Ausbildung. Wir werden dafür Sorge tragen, dass alle Jugendlichen nach der Schulausbildung eine qualifizierte Berufsausbildung erhalten. Ein gelungener Start ins Leben und in den Beruf ist materielle Voraussetzung für die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und prägend für eine intakte Entwicklung der Persönlichkeit. Eine verantwortliche Landesregierung muss deshalb alles dafür tun, dass dieser Start nicht zu einem Fehlstart wird. Eine solche Politik ist zudem im Interesse der Wirtschaft, ihr wird damit der notwendige Nachwuchs an gut ausgebildeten Fachkräften garantiert.

Die unter der CDU/FDP-Regierung auf verschiedene Ministerien verteilte Zuständigkeit für die Jugendarbeitslosigkeit hat sich als nicht sinnvoll erwiesen. Wir werden die Zuständigkeit wieder bündeln.

Die Landesregierung hat es in den letzten Jahren versäumt, der sich abzeichnenden Ausbildungsplatzmisere rechtzeitig zu begegnen. Auch der von ihr als Lösung angekündigte Ausbildungspakt hat sein Ziel verfehlt. Immer mehr Jugendliche werden in sogenannten „Warteschleifen“ an den Berufsbildenden Schulen „geparkt“. Es besteht also dringender Handlungsbedarf.

Die einzige Möglichkeit, diesen Missstand kurzfristig zu beseitigen, ist die Schaffung von vollzeitschulischen Ausbildungsplätzen mit Kammerabschluss. Die Sicherung des dualen Systems der Berufsausbildung und die Verbesserung der Zukunftschancen junger Menschen auf dem Ausbildungsmarkt bleiben aber zentrale Anliegen sozialdemokratischer Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- gemeinsam mit den Gewerkschaften und der Wirtschaft eine Ausbildungsplatzoffensive starten, damit in Zukunft alle Jugendlichen einen zukunftssicheren Ausbildungsplatz erhalten.

Solange dieses Ziel nicht erreicht ist, werden wir:

- für mindestens 10.000 junge Menschen ohne Ausbildungsplatz eine vollzeitschulische Ausbildungsmöglichkeit an den erufsbildenden Schulen schaffen. Dieses Konzept „Recht auf Ausbildung“ beinhaltet auch lange Praktikumsphasen in den Betrieben und eine angemessene finanzielle Unterstützung. Kern des Konzepts ist die befristete vollzeitschulische Ausbildung in Kammerberufen. Damit wollen wir für die große Zahl von Jugendlichen unter 25, die keinen Ausbildungsplatz erhalten haben, eine berufliche Ausbildung ermöglichen. Dies soll in enger Zusammenarbeit mit den Kommunen, den Unternehmen aus der Wirtschaft, den Kammern und der Agentur für Arbeit geleistet werden.

- die qualifizierte Arbeit der Jugendwerkstätten auf einer gesicherten Grundlage für die Träger und Projekte fortführen. Wir werden dafür auch Mittel der Europäischen Union einsetzen.

7. Existenzgründungen fördern – Unternehmensnachfolge sichern

Jährlich suchen 6.000 mittelständische Unternehmen einen Nachfolger. Hiermit wird deutlich, dass politischer Handlungsbedarf in diesem Bereich besteht. Die Existenz der Unternehmen sichert gleichzeitig die dort vorhandenen Arbeitsplätze.

Im Rahmen einer regional abgestimmten Arbeitsmarktpolitik wird die SPD in den kommenden Jahren in Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen und Hochschulen mittelständische Unternehmen bei der Suche nach Unternehmensnachfolgern unterstützen, um den Generationenwechsel erfolgreich bewerkstelligen zu können.

Mit verbesserten Förderprogrammen werden zusätzlich Existenzgründungen unterstützt. Unternehmensgründungen sind essenziell für den Wirtschaftsraum Niedersachsen. Auch hier kommt den Hoch- und Fachhochschulen eine Schlüsselrolle zu, die eine SPD-Landesregierung verstärkt unterstützen wird.

Mit dem Abbau bürokratischer Hemmnisse, schnelleren Genehmigungsverfahren sowie dem Aufbau von Netzwerken mit Forschungseinrichtungen werden wir einen Beitrag für mehr Beschäftigung leisten.

C. Chancen für alle – Innovation für das Land

Ein hohes Bildungs- und Qualifikationsniveau der Menschen unseres Landes ist nicht nur ein Wert an sich. Es ist die Voraussetzung für Wohlstand, wirtschaftlichen Erfolg und sozialen Frieden. Für den einzelnen Menschen ist es die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben und immer mehr die Voraussetzung für eine materielle Absicherung ihrer Zukunft. Für die Wirtschaft ist ein hohes Qualifikationsniveau aller die Grundlage für Innovationen und Voraussetzung, um im globalen Wettbewerb zu bestehen. Die zivile Gesellschaft kann nur existieren und sich weiterentwickeln, wenn die Menschen in der Lage sind, ihre Interessen zu formulieren und in einen demokratischen Entscheidungsprozess einzubringen.

Die Verbesserung der Qualität von Bildung und Erziehung, von Ausbildung und Weiterbildung sind deshalb für die SPD der Schlüssel für die Zukunft Niedersachsens.

I. Hochschulen: Kraftwerke für Ideen und Innovation

1. Die Hochschulen stärken und Bildungsgerechtigkeit fördern

Hochschulen sind nicht nur Orte der Orientierung mit Bildungsauftrag. An den Hochschulen werden die dringend benötigten hoch qualifizierten Arbeitskräfte von morgen ausgebildet. Hochschulen legen die Grundlagen für neue Verfahren und Produkte und sorgen für einen schnellen Transfer neuen Wissens in die Wirtschaft und sie vermitteln uns neue Erkenntnisse. Sie tragen so entscheidend dazu bei, den gesellschaftlichen Fortschritt zu ermöglichen. Hochschulen sind wichtige Einrichtungen für die Bedeutung einer Stadt, einer Region und des gesamten Landes.

Wir wollen in Niedersachsen die Potenziale unserer Hochschulen und Forschungseinrichtungen für Innovation nutzen, die Qualifikation der Beschäftigten verbessern und mehr junge Menschen als bisher motivieren, ein Studium zu beginnen.

Die Hochschulpolitik der CDU/FDP-Landesregierung wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Unser Land liegt bereits heute im internationalen und nationalen Vergleich bei der Zahl der Hochschulabsolventen auf den hinteren Plätzen und droht angesichts der demografischen Entwicklung weiter zurückzufallen. Trotzdem wurden von der jetzigen Landesregierung Tausende von Studienplätzen an Niedersachsens Hochschulen vernichtet und die Forschungs- und Innovationskraft durch massive Kürzungen gefährdet. Seit ihrem Regierungsantritt hat sie 210 Millionen Euro bei den Hochschulen gekürzt und das Land stellt aktuell 15.000 Studienplätze weniger zur Verfügung, als junge Niedersachsen studieren.

Mit der Einführung von allgemeinen Studiengebühren für das Erststudium wurden neue soziale Hürden errichtet.

Wir werden diese perspektivlose und zukunftsgefährdende Hochschulpolitik beenden und die Stärkung der Hochschulen wieder zu einer zentralen Aufgabe der Landespolitik machen.

Niedersachsen hat an seinen Universitäten, Fachhochschulen und Forschungseinrichtungen Herausragendes zu bieten. Auf Fachgebieten wie der Bio- und Umwelttechnologie, der Hirnforschung, den Ingenieurwissenschaften, der Medizintechnik, aber auch in den Geistes- und Sozialwissenschaften belegen Niedersachsens Hochschulen und Forschungseinrichtungen Spitzenplätze. Wir müssen die vorhandenen Stärken ausbauen und Rahmenbedingungen in Forschung und Lehre schaffen, die uns im Wettbewerb um die klügsten Köpfe konkurrenzfähig machen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- den Hochschulpakt umsetzen und bis 2010 zusätzlich 11.200 Studienplätze an den Hochschulen schaffen. Die größte Herausforderung für die Hochschulen kommt nach 2010 auf sie zu, wenn die geburtenstarken Jahrgänge und die doppelten Abiturjahrgänge gleichzeitig die Schulen verlassen. Die erhöhte Studiennachfrage ist zugleich eine Herausforderung und eine große Chance für unser Land. Wir sollten sie nutzen. Wir werden uns für eine Fortschreibung des Hochschulpaktes ab 2011 einsetzen und die Studienplatzkapazitäten bis 2020 weiter ausbauen. Dabei wer-

den wir darauf achten, dass dies nicht zulasten der Qualität der Lehre und der Ausbildung geht.

- den Ausbau der Hochschulen nutzen, um den Anteil der Frauen in Lehre und Forschung zu erhöhen.
- die Studiengebühren für das Erststudium abschaffen, damit auch Kinder aus einkommensschwächeren Familien die Chance zum Studium haben, ohne mit hohen Schulden in den Beruf zu starten.
- für eine Erhöhung des BAFÖG eintreten, damit es ein echtes Instrument für mehr Chancengleichheit bleibt.
- die Hochschulen für Teilnehmer und Absolventen der Berufsausbildung weiter öffnen. Heute schon kann eine Berufsausbildung den Zugang zu Hochschulen öffnen. Trotzdem ist der Anteil derjenigen, die den Übergang schaffen, gering. Wir werden uns dafür einsetzen, dass Ausbildungsleistungen in der beruflichen Bildung auf das Hochschulstudium angerechnet werden. Schon jetzt bietet eine Reihe von Fachhochschulen dafür duale Studiengänge an. Diesen Weg wollen wir ausbauen und die Chancen einer dualen Bachelor-Ausbildung nutzen.
- die Fachhochschulen als Motoren regionaler Entwicklung fördern. Ihre regionale Verankerung, ihre anwendungsorientierte Forschung und die praxisbezogene Lehre machen sie zu wichtigen und anerkannten Partnern für die Wirtschaft, vor allem der kleinen und mittleren Unternehmen. Die SPD wird daher zusätzliche Bachelor- und Masterstudiengänge vor allem an Fachhochschulen einrichten. So sichern wir den Absolventen gute Berufschancen und stärken die Wirtschaftskraft in den Regionen.
- die Autonomie der Hochschulen stärken, damit sie eigene Profile in Lehre und Forschung herausbilden und sich besser im nationalen und internationalen Wettbewerb behaupten können. Dabei werden wir an das Reformgesetz der letzten SPD-Landesregierung anknüpfen und diesen Weg konsequent weitergehen. Dazu gehört auch die Modernisierung des Dienst- und Besoldungsrechts. Die Juniorprofessur als erfolgreichen Weg der Nachwuchsförderung wollen wir wieder stärken.
- für den Bestand der niedersächsischen Studentenwerke eintreten, eine Übertragung ihrer Aufgaben an die Hochschulen ablehnen und für die notwendige Finanzausstattung sorgen. Studentenwerke sind gefordert, rechtzeitig die sozialen Voraussetzungen für eine deutlich höhere Zahl von Studienanfängern, zum Beispiel im Bereich der Wohnraumversorgung, zu schaffen. Dabei werden wir sie unterstützen.

2. Die Ausbildung der Lehrkräfte modernisieren

Ein zukunftsfähiges Bildungssystem erfordert die Veränderung der Ausbildung der Lehrkräfte. Lehrerinnen und Lehrer müssen befähigt werden, die individuelle Förderung jedes Kindes beim gemeinsamen Lernen umzusetzen. Dafür müssen sie über die neuesten pädagogischen Kenntnisse und über differenzierte methodische Konzepte und Vermittlungsformen verfügen. Sie müssen Diagnosefähigkeit und Selbstreflexion

lernen, um auf die Herausforderungen einer heterogenen Schülerinnen- und Schülerschaft reagieren zu können. Und sie sollen die Arbeit im Team gelernt haben. Diese hohen Anforderungen sind nicht mehr in einer überkommenen, auf die verschiedenen Schulformen bezogenen Ausbildung möglich. Die Einrichtung eines gesonderten Studienganges für Realschullehrkräfte durch die CDU/FDP-Landesregierung lehnen wir deshalb ab.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die Lehramtsausbildung modernisieren und die Stufenlehrausbildung für die Grundschule, die Sekundarstufe I und die Sekundarstufe II auf der Basis eines Masterabschlusses einführen.
- mehr junge Menschen für den Lehrerberuf motivieren und vernünftige Einstellungskorridore für die nächsten Jahre schaffen.
- die Ausbildung der Lehrkräfte stärker als bisher auf die spätere Berufspraxis abstellen. Trotz der erfolgten Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge in der Lehrausbildung stehen die theoretischen und praxisorientierten Ausbildungsphasen oftmals noch zu unverbunden nebeneinander. Dies muss aufgehoben werden.
- den Übergang vom Bachelor- zum Masterstudium so gestalten, dass dieser sich nicht nur an Quoten und Notendurchschnitten orientiert, sondern auch die berufspraktischen Kompetenzen der Studierenden einbezieht. Die Leistungen in den Praxisphasen der Ausbildung sind daher ebenso zu berücksichtigen wie die Leistungen im Studium.
- die Studieninhalte so gestalten, dass sie den Praxisanforderungen gerecht werden. Dabei setzen wir Schwerpunkte bei der Stärkung sozialer, pädagogischer und psychologischer, aber auch didaktisch-methodischer Kompetenzen. Wir werden die Lehrkräfte besser für den Umgang mit heterogenen Lerngruppen qualifizieren, ihre Diagnosefähigkeiten stärken sowie auf die stärkere Vermittlung von interkulturellen Kompetenzen und die Vorbereitung auf die Zusammenarbeit mit Eltern setzen.
- als Schwerpunkt für die Ausbildung der Lehrkräfte die Vermittlung und Stärkung von Medienkompetenz fördern.
- die kontinuierliche Fort- und Weiterbildung in staatlicher Verantwortung stärken und an den Inhalten der Stufenlehrausbildung orientieren.

Daneben wird die SPD alles tun, was erforderlich ist, um das gesellschaftliche Bild und die Anerkennung des Lehrerberufs zu verbessern.

II. Kein Kind zurückgelassen – optimale Bildungschancen für alle

Bildungskatastrophe, Bildungsnotstand und PISA-Schock: Seit Jahrzehnten wird in Deutschland über eine Bildungsreform diskutiert. Wirklich passiert ist jedoch zu wenig. Auch die alarmierenden Ergebnisse der PISA-Studien haben daran nicht viel geändert.

Heute schreiben wir das Jahr 7 nach der ersten PISA-Studie, und die Bilanz des bisher Erreichten fällt ernüchternd aus. Zwar hat sich laut den PISA-Folgestudien das Leistungsniveau deutscher Schülerinnen und Schüler verbessert, wir hinken aber im internationalen Vergleich noch immer hinterher. In keinem anderen Land der Welt ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und den Bildungschancen der Kinder so ausgeprägt wie bei uns. Kurz: Unseren Schulen wird bescheinigt, dass sie bei der Förderung der Schwachen scheitern und in der Spitze unter dem Mittelmaß bleiben.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat auf diese Herausforderung mit den Konzepten und Rezepten von vorgestern reagiert. Das gegliederte Schulsystem ist nicht durchlässig genug, um allen Kindern die Chance auf den Erwerb eines ihren Entwicklungspotenzialen gemäßen Schulabschlusses zu garantieren. Spätentwickler und langsamer lernende Kinder werden früh aussortiert und abgehängt. An unseren Schulen gibt es zu viele zu große Klassen. Es fällt zu viel Unterricht aus und die 100-prozentige Erteilung des Unterrichts ist nicht möglich. Eine wirksame individuelle Förderung findet so kaum statt. Immer noch verlassen Jahr für Jahr rund 10 Prozent der Schülerinnen und Schüler die Schule ohne einen Abschluss und die niedersächsische Abiturientenquote liegt unter dem Bundesdurchschnitt.

Dies muss sich im Interesse unserer Kinder und unseres Landes ändern. Kein Kind und kein Jugendlicher darf zurückgelassen werden. Der Zusammenhang zwischen Bildungserfolg und sozialer Herkunft muss aufgebrochen werden. Ein leistungsfähiges und gerechtes Bildungs- und Schulsystem muss alle Menschen mit ihren ganz unterschiedlichen Voraussetzungen, speziellen Fähigkeiten und Neigungen, verschiedenen Kompetenzen und Erfahrungen effektiv fördern. Diese Förderung muss schon früh beginnen. Die SPD wird eine umfassende individuelle Förderung in den Mittelpunkt ihrer Bildungspolitik stellen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- schon die frühkindliche Förderung in den Kindertagesstätten verbessern und Einrichtungen zur Unterstützung der Familienerziehung bereitstellen.
- eine ausreichende Zahl von Lehrkräften für die Schulen einstellen, um eine tatsächliche Unterrichtsversorgung von 100 Prozent zu ermöglichen und flexible Mittel zur Verhinderung von großen Klassen zu entwickeln.
- eine bestmögliche individuelle Förderung jedes Menschen durch das Bildungssystem und damit Chancengleichheit für alle garantieren.
- ein Bildungssystem schaffen, in dem alle sprachlichen, motorischen, sozialen, musisch-künstlerischen, handwerklichen und geistigen Fähigkeiten unserer Kinder entwickelt werden.

1. Frühkindliche Förderung: Was Hänschen nicht lernt, ...

Die Grundlage für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn wird in den ersten Lebensjahren gelegt. Die Aufmerksamkeit und die Anregungen, die ein Kleinkind erhält, entscheiden darüber, ob und wie es seine Potenziale entwickeln kann. Das gilt insbesondere für den

Spracherwerb. In den ersten Jahren kommt es darauf an, Lernerfahrungen zu ermöglichen, die die Lernmotivation des Kindes erhalten und fördern. Sich anbahnende Lernhemmungen können am ehesten in dieser Zeit ausgeglichen werden. Die frühkindliche Förderung ist die Basis einer erfolgreichen Bildungsbiografie. Kindertageseinrichtungen kommt dabei eine große Bedeutung zu. Deshalb sollen möglichst alle Kinder Kindertagesstätten besuchen und ihr Recht auf Bildung einlösen können. Kinder mit Behinderungen gehören selbstverständlich dazu.

Damit die Kindertagesstätten in der Lage sind, jedes Kind individuell zu fördern, muss sich die Qualität der Angebote deutlich verbessern. Hochwertige Bildungs-, Lern- und Bewegungsangebote, die von einem ganzheitlichen Bildungsansatz bestimmt werden, setzen gut aus- und fortgebildetes pädagogisches Personal sowie eine ausreichende Finanzierung voraus.

Viele Eltern müssen in ihrer Erziehungsarbeit und Erziehungsverantwortung gestärkt werden. Dies betrifft gerade auch zugewanderte Eltern. Deren Ansprache setzt oftmals interkulturelle Kenntnis voraus. Deshalb wollen wir den Anteil von jungen qualifizierten Menschen mit einer Zuwanderungsbiografie in den Einrichtungen erhöhen.

Im „Orientierungsplan für Bildung und Erziehung im Elementarbereich niedersächsischer Tageseinrichtungen“ ist ein ganzheitlicher Bildungsbegriff festgelegt. Die jetzige Landesregierung sorgt jedoch nicht für eine hinreichende Umsetzung dieses Plans. Die SPD wird diesen Orientierungsplan für alle Kindertagesstätten verpflichtend machen. Wichtig ist uns die dort beschriebene Verzahnung des letzten Kindertagesstättenjahres mit der Grundschule. Der fachliche und personelle Austausch zwischen Erzieherinnen und Erziehern und Lehrkräften ist die Grundlage einer guten Kooperation, die den Kindern zugute kommt. Dies beinhaltet auch eine enge Zusammenarbeit der Kindertagesstätten mit den Einrichtungen der Frühförderung und der Lebenshilfe.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- alle Beratungs-, Unterstützungs- und Hilfsangebote für Familien im Bereich Bildung, Erziehung, Betreuung und Gesundheit in Kinder- und Familienzentren bündeln. Auch Sprachkurse für Migranten können in ihnen angeboten werden. Die Kinder- und Familienzentren sollen sich aus Kitas oder Mehrgenerationenhäusern heraus entwickeln; ab 2008 sollen in Niedersachsen in einem ersten Schritt 50 solcher Zentren entstehen.
- das Hebammenprojekt, mit dem junge Mütter und Väter in ihrer Erziehungsarbeit gestärkt werden, schrittweise zu einem landesweiten Angebot ausbauen.
- schrittweise ein ausreichendes und flächendeckendes Krippenangebot sicherstellen. Dies soll durch ein qualifiziertes Tagesmütterangebot ergänzt werden.
- ab 2010 den Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz einführen. Langfristiges Ziel ist es, auch die Betreuung der unter Dreijährigen kostenfrei anzubieten.
- das Angebot von Ganztagsplätzen in Krippen und Kindertagesstätten bedarfsgerecht erhöhen.
- die Beitragsfreiheit für die gesamte Zeit des Kindertagesstättenbesuchs in der Wahlperiode durchsetzen.
- die Sprachförderung so ausbauen, dass sie vom ersten Kindertagesstättenjahr an stattfinden kann.

- die Voraussetzungen schaffen, Kinder mit Behinderungen weitestgehend in die regulären Kindertagesstätten aufnehmen zu können.
- die Kooperation zwischen Kindertagesstätte und Grundschule verbindlich machen. Der Übergang von Kindertagesstätte zur Eingangsstufe der Grundschule wird zukünftig in der Regel zweimal im Jahr möglich sein.
- die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher durch ein 2-Säulen-Modell reformieren: Neben der verbesserten schulischen Ausbildung soll als zweite Säule zumindest für Lehr- und Leitungspersonal die Fachhochschulausbildung stehen. Außerdem werden wir die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten ausbauen.
- den Kitas ermöglichen, ihre Qualität durch regelmäßige Evaluation zu sichern.

2. Die individuelle Förderung in den Mittelpunkt der Schule stellen

Alle Kinder haben ein Recht darauf, ihr individuelles Leistungsvermögen optimal entwickeln zu können. Schulen müssen deswegen mehr als bisher in der Lage sein, produktiv mit Leistungs-, Herkunfts- und Geschlechterdifferenz umzugehen. Ziel muss es sein, Schülerinnen und Schüler zu den ihnen höchstmöglichen Leistungen und Schulabschlüssen zu führen. Wir wollen erreichen, dass kein Jugendlicher die Schule ohne Abschluss verlässt, mehr Schülerinnen und Schüler höherwertige Abschlüsse erzielen und die Abiturquote steigt.

Grundvoraussetzung aller Schulpolitik ist dabei zunächst die Sicherung einer ausreichenden Versorgung der Schulen mit Lehrkräften. Dies ist gegenwärtig nicht der Fall. Die SPD wird die Unterrichtsversorgung und die Qualität der Schulen verbessern. Ganztagschulen bieten der individuellen Förderung einen besseren organisatorischen und zeitlichen Rahmen als die traditionelle Halbtagschule. Sie eröffnen mehr Möglichkeiten, um im Schultag Phasen hoher Konzentration mit entspannenden Phasen abwechseln zu können. Sie schafft Raum für selbstständiges Lernen. Die Ganztagschule bietet zudem mehr Möglichkeiten des sozialen Lernens und der Kommunikation zwischen Lehrkräften und Schülerinnen und Schüler sowie der Gruppen untereinander. Schule wird zum Lebensort und ist nicht nur Lernort. Dadurch kann die Förderung und die Integration von Migranten ebenso besser gelingen wie die Förderung besonders begabter Jugendlicher.

Zukunftsfähige Schulen brauchen eine größere Selbstständigkeit bei der Gestaltung des Unterrichts, beim Entwickeln eines pädagogischen Profils und der Auswahl von Personal. Selbstständigkeit schließt ein eigenes Budget mit ein.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb ...

... für alle Schulen:

- ausreichende und flexible Mittel zur Verfügung stellen, um Unterrichtsausfall zu verhindern. Die durch die demografische Entwicklung frei werdenden Kapazitäten werden im System gelassen und mehr Lehrkräfte, besonders für den Zweck des individuellen Förderns, eingestellt.

- dafür sorgen, dass auch in großen Klassen mit schwierigen Lernbedingungen eine sinnvolle Förderung möglich ist. Die aufgrund der demografischen Entwicklung im Schulsystem verbleibenden und neu einzustellenden Lehrkräfte werden dazu eingesetzt. Sie wird dazu das bisher landesweit geltende starre Prinzip des sogenannten Klassenteilers zugunsten flexibler Lösungen für die Einrichtung kleiner Klassen in sozialen Brennpunkten aufheben.
- das Angebot von Ganztagschulen quantitativ und qualitativ ausbauen. Die Schulen werden so mit Lehrkräften, Fachpersonal und eigenem Budget ausgestattet, dass sie ein vollständiges ganztägiges Bildungsangebot an vier Tagen in der Woche organisieren können.
- die von der CDU/FDP-Landesregierung abgeschaffte Lernmittelfreiheit wieder herstellen und ein gerechtes System schaffen, das den Schülerinnen und Schülern die notwendigen Unterrichtsmittel kostenfrei zur Verfügung stellt.

... für die Grundschulen:

- die Einschulung im Alter von 5 Jahren, spätestens mit Vollendung des 6. Lebensjahres fördern.
- die Wohnortnähe sichern.
- bis 2013 die flexible Eingangsstufe einführen. Diese umfasst die beiden ersten Schuljahre, die von den Kindern in ein, zwei oder drei Jahren durchlaufen werden können.
- dafür sorgen, dass für jedes Kind ein Förderplan aufgestellt wird.
- die Elternarbeit neu ausrichten und intensivieren.

... für die Sekundarstufe I:

- auch außerhalb von „Gemeinsamen Schulen“ die Durchlässigkeit und Kooperation zwischen den Schulformen zur Selbstverständlichkeit machen.
- das Wiederholen eines ganzen Schuljahres abschaffen und das Abschulen auf eine andere Schulform unterbinden.
- die enge Zusammenarbeit mit den Berufsbildenden Schulen forcieren.

... für die Sekundarstufe II:

- die Profilierungsmöglichkeiten wieder deutlich verbreitern und ein breit gefächertes Kursangebot ermöglichen.
- das Prinzip des eigenständigen forschenden Lernens umsetzen.
- die enge Zusammenarbeit mit den Berufsbildenden Schulen forcieren.

3. Ein neuer Weg: Die „Gemeinsame Schule“

Aber wir wollen noch mehr. Wir wollen, dass alle Schülerinnen und Schüler wie in den meisten europäischen Ländern noch besser gefördert werden, als dies im gegliederten Schulsystem möglich ist. Das gegliederte Schulsystem in Niedersachsen sortiert Kinder schon nach der 4. Klasse. Dadurch ist der Zeitraum zu kurz, um soziale Leistungsunterschiede ausgleichen zu können. Dies verstärkt den engen Zusammenhang zwischen

sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Ein längeres gemeinsames Lernen hingegen fördert Lernschwache und Lernstarke und erhöht insgesamt das Ergebnisniveau.

Die SPD setzt sich deshalb für die Durchlässigkeit und Kooperation aller Schulformen der Sekundarstufe I ein und wird als neues Angebot die „Gemeinsame Schule“ als Regelschule in das Niedersächsische Schulgesetz aufnehmen.

Kooperation und gemeinsames Lernen machen auch im Hinblick auf die demografische Entwicklung Sinn. Bei sinkenden Schülerzahlen wird es besonders im ländlichen Raum sehr schwierig werden, das gesamte Spektrum von Bildungsabschlüssen im bestehenden gegliederten System wohnortnah vorzuhalten. Mit einer Schule, in der bis zum Ende der Sekundarstufe I alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam unterrichtet und individuell gefördert werden, ist es hingegen möglich, alle Schulabschlüsse des Sekundarbereichs I wohnortnah anzubieten, auch dort, wo dies bisher noch nicht der Fall ist. Mit der „Gemeinsamen Schule“ soll eine sozial gerechte und gleichzeitig leistungsfähige Schule Wirklichkeit werden. Die „Gemeinsame Schule“ wird vorbildhaft die individuelle Förderung umsetzen und setzt deswegen auf eine starke innere Differenzierung. In ihr sollen Lehrkräfte aller Schulformen unterrichten und von Fachpersonal wie Sozialpädagogen und Psychologen unterstützt werden.

Die SPD will eine Schule, in der die Förderung der individuellen Schülerpersönlichkeit im Mittelpunkt steht. Dies ist am besten in einer „Gemeinsamen Schule“ möglich. Wir orientieren uns dabei an den erfolgreichen skandinavischen Vorbildern.

Die „Gemeinsame Schule“:

- beschult alle Kinder von Jahrgang 5 bis 10 und macht so das frühzeitige Trennen und Sortieren von Kindern unnötig.
- ermöglicht ein wohnortnahes und vollständiges Bildungsangebot in der Fläche.
- unterrichtet Kinder mit Behinderungen wie in der Grundschule integrativ, in Kooperationsgruppen oder in angegliederten Förderschulen.
- ermöglicht jedem Kind, in seinem eigenen Tempo zu lernen.
- organisiert den Lernprozess einer Lerngruppe durch ein Pädagogenteam, das begleitet und fördert, Eltern und Kinder berät und für Unterstützung durch andere Fachkräfte sorgt.
- richtet ihre Abschlüsse nach den Richtlinien der KMK.
- ist Ganztagschule.
- kann allein oder zusammen mit anderen „Gemeinsamen Schulen“ eine Oberstufe führen.
- erhält ein zusätzliches Budget für Förderunterricht, Fachpersonal und Fortbildung.

Unser politisches Ziel ist es, bis zum Jahre 2013 im Sekundarbereich I für jedes Kind wohnortnah eine „Gemeinsame Schule“ anbieten zu können. Hierbei kommt den bestehenden Gesamtschulen eine zentrale Rolle zu. Ihre pädagogische Arbeit realisiert heute schon viele Grundprinzipien der „Gemeinsamen Schule“. Sie haben die besten Voraussetzungen, diesen Weg zu beschreiten.

Wir wissen aber, dass noch viel Überzeugungsarbeit auf dem Weg zur „Gemeinsamen Schule“ nötig ist. Diese Überzeugungsarbeit wollen wir leisten. Wir werden deshalb

diese neue Schule nicht „von oben“ verordnen. Eine so grundlegende Umwandlung der Schullandschaft ist nur in Übereinstimmung mit Eltern, Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern und Kommunen möglich. „Gemeinsame Schulen“ werden überall da entstehen, wo Eltern in ausreichender Zahl dies wünschen. Dann muss der Schulträger dem Elternwillen Rechnung tragen.

4. Qualifizierte berufliche Bildung: Schlüssel zu persönlicher Selbstständigkeit und gesellschaftlicher Teilhabe

Berufliche Bildung sorgt für eine Qualifizierung, die junge Menschen berufs- und beschäftigungsfähig und Unternehmen wettbewerbsfähig macht.

Unser Ziel ist es, für alle Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu gewährleisten. Dazu wollen wir alle Berufsbildenden Schulen zu regionalen Kompetenzzentren umgestalten. Dies wird nur dann erfolgreich sein, wenn sichergestellt ist, dass alle Beteiligten daran mitwirken können.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- ein Berufsbildendes Netzwerk („Regionen des Lernens“) schaffen, in dem die Berufsbildenden Schulen und regionale Partner zusammenwirken. Die Berufsbildenden Schulen erhalten dabei eine zentrale Funktion.
- die Vollzeitschulen an Berufsbildenden Schulen sichern und eine enge Zusammenarbeit mit den Allgemeinbildenden Schulen entwickeln.
- das duale System erhalten und im europäischen Kontext ausbauen. Aspekte wie die Europäisierung des Arbeitsmarkts, die Verzahnung von allgemeiner und beruflicher Bildung, die Anpassung an die Arbeits-, Produktions- und Geschäftsprozesse sowie die Förderung von benachteiligten Jugendlichen müssen im dualen System weiterentwickelt werden.
- Angebote für junge Menschen danebenstellen, die im Beruf nicht Tritt fassen konnten, weil Ausbildungsstellen fehlen und der Besuch der Berufsschule ihnen keine berufliche Qualifikation im Sinne einer Berufsausbildung ermöglicht – dies ist das Konzept „Recht auf Ausbildung“.
- die berufliche Bildung nicht nur als Erstausbildung begreifen, sondern darunter auch Fachhochschulausbildung und lebensbegleitendes berufsbezogenes und übergreifendes Lernen verstehen. Mit den anerkannten Trägern der Erwachsenenbildung Niedersachsens, mit den privaten Einrichtungen, den Bildungseinrichtungen der Kammern und den Hochschulen und Fachhochschulen des Landes soll dafür ein Konzept entwickelt werden, das in die „Regionen des Lernens“ eingebracht wird.

III. Erwachsenen- und Weiterbildung kreativ entwickeln

In der modernen Gesellschaft und einer sich rasch entwickelnden Wirtschaft steigt die Bedeutung des lebenslangen Lernens. Dies erfordert Anpassung und Veränderung. Der Prozess muss vom Land befördert und gemeinsam mit den Kommunen, den Einrichtungsträgern sowie den Sozialpartnern gestaltet werden. Oberstes Ziel der SPD ist es, in bewährter Zusammenarbeit mit den anerkannten Trägern der öffentlichen Erwachsenenbildung Niedersachsens weiterhin ein leistungsfähiges, möglichst dezentrales und nachfragegerechtes Netz an Bildungs- und Weiterbildungsangeboten vorzuhalten, das die besonderen Bedürfnisse unterschiedlicher Zielgruppen gezielt aufgreift. Zur kontinuierlichen Qualitätssteigerung im System der öffentlichen Weiterbildung muss ständig geprüft werden, welche Angebote in welcher Form künftig wie vorgehalten und finanziert werden können.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die stärkere inhaltliche Profilbildung einzelner Angebote und Einrichtungen fördern. Dabei haben Angebote mit öffentlicher und gemeinwohlorientierter Bedeutung ein besonderes Gewicht. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl von Nichtwählern und der Entwicklung des Rechtsextremismus wird die Förderung der politischen Bildung ein verstärktes Gewicht erhalten.
- die Schwerpunktsetzung auf zielgruppenbezogene Angebote beispielsweise für Senioren und Menschen mit Migrationshintergrund besonders fördern.
- gemeinsam mit den anerkannten Einrichtungen der Erwachsenenbildung nach Wegen suchen, wie finanziell besonders benachteiligten Zielgruppen der Zugang zur Erwachsenen- und Weiterbildung erleichtert werden kann.
- die Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen, Trägern, Kommunen und Wohlfahrtsverbänden unterstützen. Vor dem Hintergrund des zu entwickelnden europäischen Qualifikationsrahmens gilt dies besonders auch für eine verstärkte Zusammenarbeit mit Einrichtungen der beruflichen Bildung.
- die Sicherung von Angeboten der Erwachsenen- und Weiterbildung insbesondere auch in ländlich-peripheren Regionen mit Bevölkerungsverlusten fördern.
- am bestehenden Bildungsurlaubsgesetz festhalten, aber in diesem Rahmen auch neue Formen des Bildungsurlaubs entwickeln und stärken. Dabei geht es um neue und kürzere Formen, die den aktuellen Bedürfnissen der Menschen entgegenkommen.

IV. Seniorinnen- und Seniorenbildung

Wir leben in einer Gesellschaft, in der der Anteil der älteren Menschen deutlich zunimmt. Sie sind geistig rege, lebens- und wissenshungrig. Die Seniorinnen- und Seniorenbildung erhält in diesem Zusammenhang eine besondere Bedeutung. Die SPD wird daher dazu beitragen, dass Angebote speziell für Seniorinnen und Senioren bereitgestellt werden.

Kommunale Weiterbildungseinrichtungen bieten durch ihre Nähe zu Wohnquartieren dafür die günstigsten Voraussetzungen. Angebote in Seniorenheimen gehören dabei

genauso dazu wie Bildungsmöglichkeiten in Gemeindezentren, Bürgerhäusern und Einrichtungen der Wohlfahrtspflege.

Wir werden eine intensive Zusammenarbeit der Organisationen der Erwachsenenbildung mit den Wohlfahrtsverbänden, kirchlichen Institutionen und Familienbildungsstätten initiieren. Unser oberstes Prinzip ist dabei jedoch die Unterstützung selbst organisierter Lernprozesse durch die Seniorinnen und Senioren.

V. Dialog mit der Kultur

Die SPD versteht sich als „Partei der Kultur“. Wir wollen mit Künstlerinnen und Künstlern, Denkern und Kreativen im Dialog bleiben. Wir verstehen Kultur als ein wichtiges öffentliches Gut, dessen Förderung eine staatliche Verpflichtung ist und bleiben muss. Wir nehmen die öffentliche Verantwortung für Kunst und Kultur an. Das Auseinanderbrechen unserer Gesellschaft in bildungsferne und bildungsnahe Schichten kann nur durch eine gerechtere Politik verhindert werden. Die Öffnung des Zuganges zur kulturellen Bildung und zur musischen Erziehung für alle gehört dazu. Dies sind zentrale Aufgaben unserer Politik, deren Grundüberzeugung Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit ist.

Eine SPD-Landesregierung wird sich deshalb:

- dafür einsetzen, dass Kulturförderung als Staatsziel im Grundgesetz verankert wird.

Wir wollen die Exzellenz in unserem Lande verankern

Wir wollen unser kulturelles Erbe und das Wissen um die Geschichte und die Gestaltung unserer Zukunft bewahren. Das setzt Kompetenz und Fachwissen und Menschen mit Visionen voraus, die Grenzen überschreiten und neue Akzente setzen. Dazu brauchen wir die Zusammenarbeit mit allen Kulturträgern unseres Landes.

Kulturpolitik in Niedersachsen braucht aber auch Qualität, Ideen und Engagement. Kulturförderung ist für uns keine Subvention, sondern Investition in die Zukunft. Um diese Förderung optimal zu gestalten, wollen wir mit den Menschen in unserem Land in den aktiven Dialog über Kulturpolitik und Kulturarbeit, Qualität und Gestaltungsfreiräume treten.

Dazu gehört auch ein kritischer Blick dorthin, wo Kritik nötig ist. Grundlage dafür ist für uns ein Bild, eine Konzeption, eine Idee von Kultur und eine Kommunikationsebene, die geprägt ist von gegenseitigem Respekt und Verständnis.

Impulse für die Kulturwirtschaft

Kultur- und Kreativwirtschaft haben sich zu einem bedeutenden Wirtschaftsfaktor entwickelt. In fast allen Bundesländern hat die Kulturwirtschaft an Bedeutung gewonnen, dies gilt sowohl für die Wirtschaft als auch für den Arbeitsmarkt.

Die vorliegenden Kulturwirtschaftsberichte der anderen Länder verweisen sehr deutlich auf die Wechselwirkung zwischen öffentlich geförderter Kultur und der darauf basierenden Kulturwirtschaft.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- ein Programm zur Stärkung der Kulturwirtschaft entwickeln, das gezielt die Rahmenbedingungen für die Kulturwirtschaft optimieren wird. Von besonderer Bedeutung wird dabei die Entwicklung des Kulturtourismus sein.

Kulturelle Jugendbildung ist ein wichtiges Element unserer Politik

Für die Gestaltung einer zukunftsfähigen, gerechten und vielfältigen Gesellschaft hat die kulturelle Bildung zentrale Bedeutung. Kulturelle Bildung im schulischen und außerschulischen Bereich für Kinder und Jugendliche ist ein entscheidender Schlüssel zur gerechten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Kulturelle Bildung ist Bestandteil der Persönlichkeitsbildung und Grundlage der gesellschaftlichen Teilhabe und kann einen wesentlichen Beitrag zur Integration leisten.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- – auch vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung – eine Politik der demokratischen Teilhabe an Kultur ausbauen. Dies gilt auch und gerade für den ländlichen Raum.

Wir wollen Zukunft für unsere Museen

Museen bewahren die Schätze unserer Kultur und machen Erinnerung lebendig. Diese Aufgabe verdient den besonderen Schutz der Kulturpolitik. Wir haben in Niedersachsen viele Museen, in denen gute, qualitätsvolle Arbeit geleistet wird.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- diese Museen in ihrer Qualitätsarbeit unterstützen und durch besondere Förderung stärken.
- die Umwandlung der Landesmuseen in Landesbetriebe fortsetzen und dabei die Besonderheiten der einzelnen Museen berücksichtigen.

Wir lehnen die Ökonomisierung der Kulturförderung ab

Wir werden Kulturförderung nicht auf kommerzielle Dienstleistung reduzieren lassen. Wir sind stolz auf unsere kulturellen Leuchttürme, wir sind aber auch stolz auf die kulturelle Vielfalt in unserem Land.

Dies gilt für unsere Musiklandschaft und unsere Theater ebenso wie für Literatur und Soziokultur. Wir stehen zum Bewahren unseres kulturellen Erbes und werden weiter Einrichtungen fördern, die wie die Kultureinrichtungen daran arbeiten, dieses Erbe zu pflegen und neue Perspektiven zu öffnen.

Die kulturelle Filmförderung hat in Niedersachsen traditionell einen hohen Stellenwert. Zukunft bedeutet auch eine stärkere Förderung der unabhängigen Produktionen und die Förderung von Nachwuchskünstlern.

Wir wollen die verkrusteten Strukturen der „Angststarre vor Etatkürzungen“ verlassen und gemeinsam mit Kulturschaffenden und Bürgerinnen und Bürgern nach Alternativen suchen.

VI. Medienkompetenz: Schlüsselqualifikation in der digitalen Welt

Medien sind zu einem unverzichtbaren Bestandteil unseres Alltags geworden. In allen Lebensbereichen – Familie, Bildung, Arbeit, Freizeit – eröffnen sie nie dagewesene Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten. Die Politik ist gefordert, diesen Prozess mitzugestalten, die daraus resultierenden Chancen zu ergreifen und mögliche Gefahren zu vermeiden. Deshalb wollen wir die gesellschaftliche Teilhabe und den Zugang zum Wissen für alle erweitern, die davon ausgehenden Gefahren verhindern und einer drohenden Spaltung unserer Gesellschaft in Menschen mit und ohne Medienkompetenz entgegenwirken.

Wir werden die Vermittlung von Medienkompetenz in allen Bereichen der Bildung vorantreiben. Sie wird fester Bestandteil von Bildung und Erziehung in Schulen, Kindertagesstätten und der Weiterbildung. Sie müssen eine Ausstattung erhalten, wie sie mit der „Initiative n21“ bis 2003 vorangetrieben wurde. Nur eine systematische Schulung und eine kontinuierliche Information auch der Eltern garantieren Schutz vor den Gefahren der Neuen Medien und verhelfen zur souveränen Nutzung.

Die CDU-Landesregierung hat dieses Feld bisher vernachlässigt und zum Beispiel die bundesweit vorbildliche „Initiative n21“ finanziell ausgetrocknet. Die SPD hingegen weiß um die Bedeutung von Medienkompetenz. Wir sind der politische Motor dieser Entwicklung, die neue Chancen für eine weitere Demokratisierung, für neue Formen politischer und gesellschaftlicher Teilhabe und für eine aktive Rolle der Nutzer im Markt für Meinungen bringt.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- wieder für eine ausreichende Finanzierung der notwendigen Maßnahmen in allen Bereichen sorgen.
- den „Medienführerschein“ für alle Kinder weiterentwickeln.
- die werbefreien Bürgermedien als eine Säule zur Stärkung der Medienkompetenz erhalten und ihre Weiterentwicklung in der Digitalisierung fördern.
- auch künftig die Arbeit und die Standorte des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Niedersachsen stützen.
- für die Medienwirtschaft eine gezielte und vernetzte Beratung und Förderung über das Engagement der Nordmedia schaffen.

D. Sozialpolitik: Herz sozialdemokratischen Handelns

Das Eintreten für Gerechtigkeit und Solidarität gehört zu den zentralen Grundwerten der SPD. Dafür kämpfen wir seit fast 150 Jahren gemeinsam mit Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Gewerkschaften. Dieser Politik wollen wir auch in Niedersachsen Geltung verschaffen. Wir stehen für ein soziales, menschliches Niedersachsen.

Wir unterscheiden uns damit deutlich von der jetzigen CDU/FDP-Landesregierung. Sie hat zunächst flächendeckend, vor allem in der Jugendhilfe und bei den Behinderten versucht, soziale Sicherungssysteme durch ein Fürsorge- und Almosensystem der fünfziger Jahre zu ersetzen. Diesen beispiellosen Sozialabbau hat sie erst mit Beginn des Landtagswahlkampfes vorübergehend eingestellt.

Diese Politik der sozialen Kälte werden wir beenden. Wir wissen, dass soziale Gerechtigkeit und Solidarität zwischen Starken und Schwachen nicht nur eine moralische Verpflichtung sind, sondern darüber hinaus den sozialen Frieden in unserem Land seit Jahrzehnten maßgeblich geprägt und gesichert haben. Darüber hinaus bildet der Sozial- und Gesundheitsbereich mit rund 450.000 Beschäftigten den größten Arbeitsmarkt in Niedersachsen und damit einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor.

Der gegenwärtige Aufschwung in Deutschland wäre ohne die sogenannte Agenda 2010 nicht möglich gewesen. Jetzt allerdings müssen wir gewährleisten, dass alle Bürgerinnen und Bürger an diesem Aufschwung teilhaben. Dieses gilt vor allem für die Personengruppen, die durch Verzicht auf Lohnerhöhungen, Rentenanpassungen, höhere

Selbstbeteiligungen und reduzierte Unterstützungssätze den Aufschwung maßgeblich ermöglicht haben.

Gemeinsam, vor allem mit den Partnern der Wohlfahrts- und Sozialverbände, Kirchen, Gewerkschaften, Jugendverbänden und Selbsthilfegruppen werden wir das soziale Niedersachsen weiterentwickeln und Niedersachsen gerechter gestalten. Dabei bekennen wir uns zum Subsidiaritätsprinzip und verstehen die Verbände als Anwälte Hilfesuchender und schutzbedürftiger Menschen. Partnerschaftliche Sozialpolitik darf nicht nur eine leere Worthülse sein, sondern muss sich in der tagesaktuellen Auseinandersetzung bewähren.

1. Familienpolitik ist Zukunftsgestaltung

Familie ist für uns da, wo Kinder sind. Familien sind Leistungsträger unserer Gesellschaft. Die meisten Menschen erleben Familie als Ort der Geborgenheit und Sicherheit, viele auch als Ort des privaten Glücks. Über ihr Zusammenleben entscheiden die Menschen selbst. Sozialdemokratische Familienpolitik heißt: Anerkennung und Unterstützung aller Lebensformen, in denen heute Erwachsene mit Kindern zusammenleben. Familienpolitik ist die zentrale Zukunftsaufgabe. Nur wenn wir Kinder und Familien in den Mittelpunkt unserer Politik stellen, werden wir den demografischen Wandel und zugleich den Übergang in die Wissensgesellschaft bewältigen. Wir alle profitieren von den Leistungen der Familien und tragen daher auch gemeinsam Verantwortung für das Wohlergehen von Kindern und Familien. Dieses verpflichtet Land, Kommunen, Verbände und Wirtschaft gleichermaßen dazu, Umwelt-, Arbeits- und Lebensbedingungen familiengerechter zu gestalten.

Dienstleistungen für Familien sind ein Wachstumsmarkt. Bildung, Betreuung und andere Dienstleistungen für Familien beinhalten erhebliche Beschäftigungspotenziale. Auch in Zeiten knapper Kassen muss der Staat hier eine deutliche, finanzielle Mitverantwortung übernehmen.

Sozialdemokratische Familienpolitik heißt: Frauen und Männer haben gleichermaßen das Recht auf Verwirklichung ihrer Lebensentwürfe und auf selbstbestimmte Sicherung ihrer Existenz. Das Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist in der Gesellschaft weitgehend noch ausschließlich auf Frauen fokussiert. Das Bedürfnis vieler Väter nach einer stärkeren Familienorientierung ist gesellschaftlich noch zu wenig verankert. Das seit 2007 bundesweit eingeführte Elterngeld soll auch Zeit für Väter mit ihren Kindern schaffen.

Unser Ziel ist es, Familienfreundlichkeit zu einem Markenzeichen für Niedersachsen zu machen. Dazu brauchen wir eine innovative Familienpolitik, die darauf ausgerichtet ist, dass:

- junge Menschen ihre Entscheidung für Familie im Rahmen ihrer Lebensplanung verwirklichen können.
- Infrastrukturen familiären Bedürfnissen und Wünschen entsprechen.
- das Zusammenleben mehrerer Generationen gefördert wird.
- Arbeitswelt, öffentliche Planung und Verwaltungshandeln familienfreundliche Maßstäbe setzen.
- Erwerbsarbeit und Familienleben sich für Frauen und Männer gut miteinander vereinbaren lassen.
- soziales Engagement anerkannt und gefördert wird.
- soziale Netze den Bedürfnissen der Familien entsprechend geknüpft und gefördert werden.

Dazu ist es notwendig, die vielfältigen familienpolitischen Angebote auch innerhalb der Landesregierung zu bündeln, weiterzuentwickeln und transparent zu machen.

Eine SPD-Landregierung wird deshalb:

- die durch die rot-grüne Bundesregierung entwickelten lokalen Bündnisse in Niedersachsen weiter flächendeckend ausbauen.
- in ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich Vorbildfunktion dahin gehend übernehmen, dass Familienleben mit Kindern und Berufstätigkeit besser vereinbar wird.
- die bereits vorhandenen Beratungs- und Betreuungsangebote in Kinder- und Familienzentren bündeln und bedarfsgerecht erweitern, um Eltern Unterstützung, Beratung und Hilfe aus einer Hand anzubieten. Die Angebote müssen übersichtlich gestaltet werden, damit Rat und Hilfe schnell und unbürokratisch in Anspruch genommen werden können. Wir setzen bei dieser Politik auf den Erfahrungsschatz und die aktive Unterstützung der Familienverbände, Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Familienbildungsstätten.
- Familienerholungen und Familienfreizeiten weiter fördern und so die durch die Gesundheitsreform wieder zu Pflichtleistungen der Krankenkassen gewordenen Mutter-Kind-Kuren bzw. Vater-Kind-Kuren sinnvoll ergänzen.
- ein Konzept zur zukünftigen Entwicklung der Väterarbeit in Niedersachsen vorlegen und entsprechende Initiativen unterstützen. Ergänzend wollen wir junge Männer verstärkt für die Ausbildung in erzieherischen Berufen motivieren.

2. Kinder schützen – Kinder fördern

In den vergangenen Jahren wurde die Öffentlichkeit durch immer neue Fälle von Kindesverwahrlosung, Kindesvernachlässigung oder Kindesmissbrauch schockiert. Die Debatte über den Schutz von Kindern wird emotional, aber wenig koordiniert geführt. Dabei werden die Verantwortlichkeiten zwischen Bund und Ländern ohne wirkliches Ergebnis hin und her geschoben. Das gilt vor allem für die Frage nach verpflichtenden Vorsorgeuntersuchungen und die skandalöse Entscheidung, die Vorsorgeuntersuchungen nicht auf das Erkennen von Vernachlässigungen, Missbrauch und Gewaltanwendungen auszuweiten. Die CDU-Landesregierung begegnet diesem wichtigen Thema nur mit symbolischen Aktionen, die von der eigenen Untätigkeit ablenken sollen.

Die SPD Niedersachsen will, dass endlich jede staatliche Ebene in ihrem Zuständigkeitsbereich eigenverantwortlich alle Möglichkeiten zur Verbesserung des Kindeswohls ausschöpft. Dafür haben wir unser Maßnahmenpaket: „Kinder schützen – Kinder fördern“ entwickelt.

Um Kinder wirksam vor Vernachlässigung und Misshandlung zu schützen, müssen vor allem Eltern in ihren Erziehungsaufgaben gestärkt und gefördert werden. Um das Netz gesundheitlicher und pädagogischer Hilfen dichter zu knüpfen, müssen Früherkennungsuntersuchungen verbindlich gemacht, soziale und gesundheitliche Frühwarnsysteme entwickelt und frühe Hilfen im Lebensumfeld der Familien eingesetzt werden. Die Wirksamkeit der frühen Hilfen und des sozialen Frühwarnsystems hängt entscheidend davon ab, dass die verschiedenen Akteure kontinuierlich, vertrauensvoll und verlässlich miteinander kooperieren. Eine sozialdemokratische Landesregierung wird ein hilfeorientiertes Frühwarnsystem aufbauen, in dem neben Kindertagesstätten, Schulen

und Jugendämtern auch die Sozialdienste, Gesundheitsbehörden, Krankenkassen, der Kinderschutzbund, Familienverbände und Familienbildungsstätten mit eingebunden sind. Kernpunkte des Programms sind die aufsuchende, flächendeckende Kinder- und Familienhilfe, insbesondere durch Familienhebammen und Kinderkrankenschwestern.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- alle bestehenden landes- und bundesrechtlichen Regelungen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in einem Kinderschutzgesetz des Landes bündeln und dadurch der Praxis ein in sich geschlossenes Gesetzeswerk an die Hand geben. Darin werden die Aufgaben aller für den Schutz von Kindern verantwortlichen Institutionen und Personen auf der Landes- und der Kommunalebene beschrieben.
- das bereits von der früheren SPD-Regierung begonnene Modell der Familienhebammen flächendeckend als Instrument der aufsuchenden Familienhilfe umsetzen. Es wird, unabhängig vom sozialen Stand, von Beginn der Schwangerschaft bis mindestens zur Vollendung des zweiten Lebensjahres des Kindes greifen. Anders als die jetzige CDU/FDP-Landesregierung, die zwar die flächendeckende Einführung des Modells verkündet, die gesamte Finanzierung aber den Kommunen aufbürdet und es damit von der Finanzkraft der Kommunen abhängig macht, sehen wir das Land hier direkt in der Pflicht.
- zunächst fünf verpflichtende Vorsorgeuntersuchungen für Kinder im Landesgesundheitsdienstgesetz (ÖGD) vorgeben, und zwar von der Aufnahme in die Kindertagesstätte bis zum Ende der dritten Klasse in der Grundschule. Wir orientieren uns dabei am finnischen Modell, das eine Kooperation mit den Eltern gewährleistet, aber, wenn notwendig, auch die Jugendhilfe einbezieht. Durch diese Untersuchungen sollen rechtzeitig Entwicklungsrückstände, Verwahrlosungstendenzen, Missbrauchs- und Gewaltanwendungen erkannt werden.
- auf die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlenen Schutzimpfungen, insbesondere für Kinder, hinwirken. Die Impfungen sollen nach skandinavischem Vorbild auf freiwilliger Basis und nach Aufklärung und Einbindung der Erziehungsberechtigten im Rahmen der Vorsorgeuntersuchungen in Kindertagesstätten und Schulen erfolgen.
- alle bereits vorhandenen Angebote der Frühförderung, Beratung und Betreuung in Kinder- und Familienzentren bündeln und gegebenenfalls erweitern. Die vorhandene Trägervielfalt ermöglicht eine schnelle und koordinierte Umsetzung dieses Ziel.
- auf Bundesebene im Rahmen einer Bundesratsinitiative nachhaltig dafür eintreten, dass die vorhandenen Früherkennungsuntersuchungen im Rahmen der gesetzlichen Krankenversicherung endlich evaluiert, optimiert und bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres der Kinder häufiger angeboten werden.
- das auf unseren Vorschlag von der jetzigen Landesregierung übernommene „Kindertruftelefon“ in Kooperation mit dem niedersächsischen Kinderschutzbund tatsächlich zu einem 24-Stunden-Notruf für Kinder und Jugendliche ausbauen.
- die im Bundesjugendhilferecht geschaffenen neuen rechtlichen Grundlagen zur Sicherung des Kindeswohls in der Praxis zur vollen Entfaltung bringen. Hieraus ergibt sich ein hoher Qualifizierungsbedarf. Das Land wird durch kontinuierliche Angebote

die Fortbildung der Fachkräfte unterstützen und die Jugendämter und Einrichtungen der Krisenintervention in die Lage versetzen, verlässlich und dauerhaft ihre Aufgaben wahrzunehmen.

- in jeder Legislaturperiode einen Landeskinderschutzbericht vorlegen, um die Öffentlichkeit für den Kinderschutz zu sensibilisieren und Entwicklungsbedarfe für die Verbesserung des Kinderschutzes rechtzeitig zu erkennen.
- in Kooperation mit Kinderkrankenhäusern und niedergelassenen Kinderärzten regionale Kinderschutzzentren schaffen und diese auf Landesebene zu einem Landeskompetenzzentrum Kinderschutz zusammenführen.
- unseren bereits Anfang 2007 in den Landtag eingebrachten Entwurf für die Verankerung der Kinderrechte auf der Grundlage der UNO-Kinderrechtskonvention von 1989 umsetzen, falls die jetzige Landesregierung unsere im Interesse der Kinder umfassendere Regelung bis dahin weiter blockiert. In unserem Grundgesetz werden den Eltern starke Rechte eingeräumt. Kinder haben keine vergleichbaren Rechte. Der Elternwille findet aber für uns dort seine Grenzen, wo das Kindeswohl gefährdet ist. Es ist daher mehr als ein Zeichen, in der Landesverfassung festzuschreiben, dass Kinder und Jugendliche ein Recht auf Entwicklung und Entfaltung ihrer Persönlichkeit, auf gewaltfreie Erziehung und den Schutz vor Gewalt, Vernachlässigung und Ausbeutung haben.

3. Der Jugendpolitik wieder mehr Gewicht geben

Es ist an der Zeit, durch das Land wieder Akzente in der Jugendpolitik zu setzen, Schwerpunkte zu bilden und die Aufgaben innerhalb der Landesregierung zusammenzuführen. Überörtliche Jugendhilfe findet in Niedersachsen nicht mehr statt. Es fehlt an einem ganzheitlichen Konzept für die Jugendpolitik, das die „Einheit der Jugendhilfe“ wiederherstellt und die

- Sicherung der Rechte von Kindern und Jugendlichen,
- Partizipation,
- Integration, Abbau von Benachteiligungen und Förderung von Chancengleichheit,
- Prävention und Schutz vor Gewalt und Diskriminierung

gewährleistet.

Die unter der ehemaligen SPD-Landesregierung begonnene spezielle Förderung von „Lebensweltbezogener Mädchenarbeit“ ist unter der CDU/FDP-Landesregierung nicht fortgesetzt worden. Es bedarf aber nach allen vorliegenden Erkenntnissen auch weiterhin einer gezielten Förderung von Mädchen. Zwischenzeitlich ist auf der Basis der aktuellen PISA-Untersuchung deutlich geworden, dass bedarfsgerechte Angebote zur Qualifizierung und Fachberatung gleichermaßen in der Jungen- und Mädchenarbeit dringend gefördert werden müssen.

Der Niedersächsische Landtag hat das Jahr 2006 einstimmig zum „Jahr der Jugend“ erklärt. Im gleichen Jahr hat die CDU/FDP-Landesregierung jedoch das Landesjugendamt und den Landesjugendhilfeausschuss aufgelöst. An die Stelle des bisher gesetzlich geregelten Landesjugendhilfeausschusses trat ein Beirat, dessen Zusammensetzung, Berufung und Aufgabenstellung vom Wohlwollen der jeweiligen Landesregierung abhängig ist.

Kinder- und Jugendpolitik muss sich sehr viel stärker auf die Sicherung von Bildungserfolgen und Bildungschancen konzentrieren. Dieses geht nur gemeinsam und partnerschaftlich mit den Bereichen Jugendhilfe, Kindertagesstätte und Schule. Ziel unserer Arbeit wird deshalb die Aufwertung und Förderung des bürgerschaftlichen Engagements junger Menschen sein. Jugendverbände und Jugendringe können dabei natürliche Partner sein.

Wer wirkliche Beteiligung und Mitbestimmung von Jugendlichen will, muss sie vor allem eines: Ernst nehmen. In Kommunen, wo erfolgreiche Projekte für mehr Mitbestimmung junger Menschen auf den Weg gebracht wurden, wollen wir diese Projekte finanziell fördern. „Talkrunden“ lehnen wir dabei ab; Jugendparlamente oder -beiräte müssen wirkliche Entscheidungsbefugnisse besitzen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die „Einheit der Jugendhilfe“ wieder gewährleisten. Wir bekennen uns zur Verantwortung des Landes, gleichwertige Lebenschancen für alle Kinder und Jugendlichen in Niedersachsen anzustreben. Daher ist es Aufgabe des Landes, die Sonderstellung der Jugendämter als pädagogische Fachbehörden nach dem geltenden Jugendhilfe-

recht auch auf der Landesebene zu stärken und das Gebot zur partnerschaftlichen Zusammenarbeit konsequent umzusetzen.

- den Landesjugendhilfeausschuss, seine Aufgabenstellung und seine Zusammensetzung wieder auf eine gesetzliche Grundlage stellen.
- den Jugendhilfeträgern und den Jugendverbänden Planungssicherheit geben.
- eine gemeinsame „Fachstelle Mädchen- und Jungenarbeit in Niedersachsen“ auf der Basis der jeweiligen Vorschläge der Landesarbeitsgemeinschaft Mädchenpolitik und der Landesarbeitsgemeinschaft Jungenarbeit einrichten.
- prüfen, in wie weit der rechtliche Rahmen geschaffen werden kann, um neben dem aktiven auch das passive Wahlalter auf 16 Jahre herunter zu setzen.

4. Armut nicht verstecken, sondern thematisieren

Die Armut, vor allem Kinderarmut und verschämte Armut, nehmen in unserem Land deutlich zu. Die CDU/FDP-Landesregierung hat den Armutsbericht der früheren rot-grünen Bundesregierung heftig kritisiert. Sie selber verweigerte aber seit Regierungsantritt die Vorlage eines eigenen Landesarmutsberichtes. Der letzte Armuts- und Reichtumsbericht in Niedersachsen stammt noch von der ehemaligen SPD-Landesregierung. Nach Aussagen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des Deutschen Kinderschutzbundes leben zwischenzeitlich rund ein Viertel aller Kinder bis 15 Jahre in Niedersachsen von Sozialhilfe, Arbeitslosengeld II bzw. Sozialgeld. Armut bedeutet für die betroffenen Familien und deren Kinder eine massive Einschränkung der Lebensqualität. Arm zu sein, heißt nicht nur, wenig Geld zu haben, arm zu sein, heißt auch, von durchschnittlichen Lebens-, Bildungs- und Gesundheitsstandards ausgeschlossen zu sein. Armut führt zu höheren Gesundheitsrisiken, geringeren Bildungschancen, größeren Sozialkonflikten und schlechteren Partizipationschancen in der Gesellschaft. Hier sind Bund und Land gleichermaßen gefordert. In Niedersachsen fehlt es nach Auffassung von Fachleuten und Betroffenen nach wie vor an einer umfassenden, verlässlichen und aktuellen Erhebung zur Lage der Kinder und Familien.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- einen Sozialfond einrichten, aus dem – ähnlich wie im sozialdemokratisch regierten Rheinland-Pfalz – Schulen unbürokratisch Finanzmittel für Arbeitshefte, Schulmaterialien und die Teilnahme am Schulessen abrufen können.
- Voraussetzungen dafür schaffen, dass die Schülerbeförderung bis zum Ende des Bildungsganges finanziert wird und Kinder weiterführende Schulen nicht verlassen müssen, weil die finanziellen Grundlagen dafür fehlen.
- eine Bundesratsinitiative starten, um Sozial- und Transferleistungen armutsfest weiterzuentwickeln.
- einen aktuellen Armuts- und Reichtumsbericht für Niedersachsen vorlegen und diesen regelmäßig fortschreiben. Die Ergebnisse des Berichtes werden wir mit den Partnerinnen und Partnern in der „Niedersächsischen Armutskonferenz“ erörtern und gemeinsame Lösungen erarbeiten, die dem Ziel der Verringerung von Armut

betroffener Bürgerinnen und Bürgern dienen. Schwerpunkte bilden dabei die Altersarmut, aber vor allem die zunehmende Armut von Familien mit Kindern.

5. Soziale Politik für Senioren und Seniorinnen

Der wachsende Anteil älterer Menschen ist eine Chance für die Gesellschaft und nicht nur eine Herausforderung für die sozialen Sicherungssysteme. Die meisten älteren Menschen streben keineswegs einen völligen Rückzug aus den gesellschaftlichen Aktionsfeldern an. Viele Seniorinnen und Senioren sind zu einer Fortsetzung ihres Engagements in Beruf, Wirtschaft und Gesellschaft bereit. Dies ist möglich, weil Gesundheitszustand, Kaufkraft, Zeit, Bildung und Mobilität der älteren Generation erheblich gestiegen sind.

Förderung des bürgerschaftlichen Engagements

Das bürgerschaftliche Engagement älterer Menschen hat einen hohen gesellschaftlichen Nutzen. Die Politik, und hier fällt den Kommunen eine Schlüsselrolle zu, hat für dieses Engagement geeignete Rahmenbedingungen und Infrastrukturen zur Verfügung zu stellen. Wir werden das Spektrum an Angeboten für die Teilhabe und Mitwirkung der älteren Generation weiterentwickeln und auf deren Erfahrungen und Interessen ausrichten.

Die Senioren sind die am stärksten wachsende Bevölkerungsgruppe. Sie verfügen zum Teil über eine bedeutende Kaufkraft. Dieser Wachstumsmarkt hat die Ansprüche und Bedarfe an Produkten und Dienstleistungen für ältere Menschen jedoch nur ungenügend erkannt. Aufgabe der Wirtschaft ist, für altersgerechte Produkte zu sorgen, z. B. in der Kommunikationstechnik.

Altersdiskriminierung ist nicht akzeptabel

Es gibt jedoch auch die andere Seite des Alterns: Die Altersdiskriminierung. Schon die Altersarmut ist mit dem damit verbundenen Verzicht auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben eine Form der Diskriminierung, die die Menschenwürde verletzt. Es gibt jedoch noch weitere Formen der Altersdiskriminierung, so z. B.:

- wenn notwendige, aber kostspielige medizinische Behandlungen, präventive, physio- und psychotherapeutische Leistungen sowie Rehabilitationsmaßnahmen verweigert werden.
- wenn die Einstellungspraxis von Unternehmen altersbedingt den Zugang zur Erwerbstätigkeit erschwert.
- wenn bei betrieblich organisierten Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen ältere Mitarbeiter ausgegrenzt werden.
- wenn Darlehen mit Verweis auf das Alter von Banken abgelehnt werden und die Kreditwürdigkeit von Senioren von Banken auf ein Minimum begrenzt wird.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- in Zeiten knapper finanzieller Ressourcen ein Miteinander der Generationen so fördern, dass alle Altersgruppen vom gegenseitigen Erfahrungsschatz profitieren und einem Generationenkonflikt vorgebeugt wird.
- für eine zielgruppenorientierte Aufklärung und Beratung der älteren Verbraucher sorgen.
- ein Landesprogramm zur Bekämpfung der Diskriminierung im Alter mit den Seniorenvertretungen entwickeln, das insbesondere auch die „Hilfe zur Selbsthilfe“ einbezieht.
- das Antidiskriminierungsgesetz konsequent umsetzen, um bestehende Diskriminierungen und Benachteiligungen aufzudecken und die Interessen älterer Bürgerinnen und Bürger angemessen vertreten zu können.
- vorhandene Beratungsangebote, z. B. von Seniorenvertretungen, Sozialverbänden, Kirchen, für Seniorinnen und Senioren vernetzen und ausbauen, um so ein flächendeckendes Angebot sicherzustellen.
- die Bestrebungen des Landesseniorenrats Niedersachsen e.V. unterstützen, um das politische Mitspracherecht der älteren Generation auf allen Ebenen zu gewährleisten. Dazu werden wir die flächendeckende Einrichtung von Seniorenvertretungen in den Kommunen und Landkreisen unterstützen und auf Landesebene ein jährliches „Forum Altenpolitik“ installieren, auf dem der Landesseniorenrat, die freien Wohlfahrtsverbände, die Kirchen und die Seniorenorganisationen der Gewerkschaften und Parteien ihre Anliegen formulieren und der Politik vortragen können.

6. Lebensrisiko Pflege würdig gestalten

Wenn die Selbstständigkeit der Lebensführung im Alter und damit die Menschenwürde erhalten bleiben soll, müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass dies auch bei Krankheit und Pflegebedürftigkeit so bleibt. Menschenwürdige Pflege ist aber nicht nur ein Thema für die ältere Generation. In unserem Land ist die Zahl der Pflegebedürftigen zwischen fünfundsechzig und neunundsechzig Jahren genauso hoch wie die Zahl der unter zwanzigjährigen Betroffenen. Pflegebedürftigkeit kann jeden von uns plötzlich treffen, unabhängig vom Alter. Menschen müssen in den eigenen vier Wänden leben können, wenn sie dieses wollen. Ambulante Pflegedienste leisten dazu einen zentralen Beitrag. Dazu gehört aber auch die Sicherstellung von entsprechenden Hilfe-, Betreuungs-, Infrastruktur- und Kommunikationseinrichtungen zur sozialen Integration.

Die Entwicklung neuer Pflegeformen und Wohnkonzepte, die Stärkung von betreutem Wohnen, Wohngemeinschaften und Servicehäusern sind weitere zukünftige Herausforderungen. Mit der neuen Gesundheitsreform ist die jahrzehntelange Forderung auf geriatrische Rehabilitation Realität geworden. Der noch von der ehemaligen SPD-Landesregierung in Auftrag gegebene Landespflegebericht wurde 2006 vorgelegt. Er zeigt aufgrund der demografischen Entwicklung für Niedersachsen dramatisch wachsende Bedarfe sowohl in der stationären als auch in der ambulanten Pflege und bei alternativen Wohnformen an. Dieses ist eine wichtige und zugleich große Herausforderung.

rung für die nächsten Jahre. Lösungsstrategien wurden durch die jetzige Landesregierung bisher nicht aufgezeigt.

Stattdessen hat die Landesregierung 2005 die gesamten Landesmittel für die stationäre Altenpflege gestrichen, angeblich zur Stärkung der ambulanten Pflege, real jedoch aus Gründen der Haushaltsersparnis. Als Ergebnis dieser Politik wurden mindestens 12.000 Pflegebedürftige zusätzlich in die Sozialhilfe gedrängt und in einigen Landkreisen Pflegebedürftige aus Kostengründen in Mehrbettzimmern untergebracht. Einen Lebensabend ohne Privat- und Intimsphäre lehnen wir entschieden ab.

Bedarfsgerechte Altenpflegeausbildung

Im Bereich der Altenpflegeausbildung fehlen Praxisplätze, die ambulanten Pflegedienste bilden weitgehend gar nicht aus. Noch zehren die Einrichtungen von Pflegefachkräften aus den Krankenhäusern, aber dieses ist keine Dauerlösung. Schon 2004 hatte der Niedersächsische Pflegerat festgestellt, dass es zwar ausreichend Interessenten für die Altenpflegeberufe gibt, jedoch nicht mehr ausreichend Praxisplätze vorhanden sind. Vorhandene Schulplätze können dadurch nicht besetzt werden. Ausweislich des aktuellen Landespflegeberichts muss Niedersachsen mit einem Anstieg der Zahl pflegebedürftiger Personen von gegenwärtig rund 220.000 auf über 263.000 im Jahre 2020 rechnen. Ohne eine entsprechende Zahl ausgebildeter Pflegefachkräfte droht ein Pflegegenotstand. Darüber hinaus führt die jetzige Situation für ausbildende Betriebe zu einem Wettbewerbsnachteil.

Hilfe im Pflegefall

Beim plötzlichen Eintritt eines Pflegebedarfs stehen Betroffene und Angehörige häufig hilflos der eingetretenen Situation gegenüber. Ohne professionelle Hilfe gelingt es meistens nicht, das für sie sinnvollste Hilfeangebot zu finden. Häufig müssen sie ihre Entscheidungen unter Zeitdruck treffen. Die wettbewerbsorientierte Trägervielfalt und interessenbezogene Beratung nach dem Zufallsprinzip sind Verfahrensweisen, die Angehörige und Betroffene überfordern und für derart weitreichende Entscheidungen in keiner Weise angemessen sind.

Expertinnen und Experten sind sich einig darüber, dass im Bereich der Forschung, Früherkennung, Behandlung sowie Pflege von Demenzerkrankungen noch erheblicher Handlungsbedarf besteht, der angesichts der wachsenden Zahl hochbetagter Menschen in Deutschland eine große Herausforderung darstellt. Der aktuelle Bundespflegebericht stellt bedauerlicherweise fest, dass Niedersachsen bundesweites Schlusslicht in der Altenpflege ist. Das ist wahrlich kein Ruhmesblatt für die CDU-Landesregierung. Qualifizierte Pflege kostet Geld und sie benötigt ausreichend und gut ausgebildete sowie anständig bezahlte Kräfte. Der Marsch in die Billigpflege muss gestoppt werden.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- unmittelbar nach der Regierungsübernahme eine externe Fachkommission einsetzen, um ein Handlungskonzept auf der Basis des vorgelegten Landespflegeberichtes zu erarbeiten, um so einen Pflegegenotstand in Niedersachsen zu verhindern.

- in einem „Niedersächsischen Landespflegegesetzbuch“ alle Landesregelungen im Zusammenhang mit Pflege und alternativen Wohnformen zusammenfassen. Dieses umfasst die Nachfolgeregelung zum bisherigen Heimgesetz genauso wie die Nachfolgeregelungen zum bisherigen Landespflegegesetz. Darin enthalten sind auch die Stärkung der Angebotsvielfalt und Strukturen im Bereich Pflege einschließlich neuer Wohnformen. Darüber hinaus werden wir die Vorschriften zur Altenpflegeausbildung integrieren. Diese Zusammenführung schafft auch die Möglichkeit zur Straffung der Vorschriften und kann so einen wichtigen Beitrag zum Bürokratieabbau in der Pflege leisten, soweit dieses in den Zuständigkeitsbereich des Landes fällt.
- mit Nachdruck für eine Verbesserung der Altenpflege auf Bundesebene eintreten. Im eigenen Zuständigkeitsbereich werden wir die Umlagefinanzierung wieder einführen.
- in unterschiedlich strukturierten kommunalen Gebietskörperschaften im Rahmen eines Modellprojektes eine trägerunabhängige Beratung in der Altenpflege erproben, weil wir eine solche Beratung für unerlässlich halten.
- darauf hinwirken, dass bei der Ausbildung von medizinischem und pflegerischem Fachpersonal die Kenntnis über Demenzerkrankungen einen größeren Raum einnimmt und die Forschung zum Thema Demenz an niedersächsischen Hochschulen intensiviert wird.
- die Chance der Föderalismusreform nutzen, mit der das Heimrecht auf die Länder übertragen worden ist. Wir werden das Heimrecht vom einseitigen ordnungsrechtlich geprägten Fürsorgeansatz hin zu mehr Selbstbestimmungsteilnahme und Verbraucherschutz weiterentwickeln. Dabei geht es vor allem um die Regelung des Anspruches auf eine Pflegeberatung, den im Bundesgesetz vorgesehenen Aufbau von Pflegestützpunkten, die Stärkung des Verbraucherschutzes zugunsten von Pflegebedürftigen und Angehörigen, die Entbürokratisierung der Regelung zur Heimaufsicht und die Lösung vom herkömmlichen Heimbegriff unter Einbezug neuer Wohnformen.
- in einer Bundesratsinitiative dafür eintreten, dass die längst überfällige Novellierung der Pflegeversicherung nach dem in Berlin gefundenen Minimalkompromiss weiterentwickelt wird. Dieses bedeutet für uns keine Privatisierung des Pflegefallrisikos mit Kopfpauschalen, sondern die Beibehaltung des im deutschen Sozialversicherungssystem bewährten Versicherungsprinzips und ein Ausgleich zwischen gesetzlicher und privater Versicherung. Unser Vorschlag ist hier die solidarische Bürgerversicherung. Gleichzeitig müssen die Leistungen so angepasst werden, dass die ursprüngliche Zielsetzung der Pflegeversicherung, Menschen im Pflegefall nicht in die Sozialhilfe zu drücken, wieder in den Vordergrund rückt. In der Pflege ist menschliche Zuwendung mindestens genauso wichtig wie reine Pflegeleistung. Ausdrücklich unterstützen wir die Einführung von Pflegezeiten für pflegende Angehörige. Dabei geht es nicht nur um die Entlastung pflegender Angehöriger, sondern auch um die gesellschaftliche Anerkennung dieses persönlichen Einsatzes zum weitaus größten Teil von Frauen.

7. Wohnungsbau und Stadtsanierung

Auf Initiative der ehemaligen SPD-Landesregierung hat die Niedersächsische Landestreuhandstelle gemeinsam mit dem Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung seit 1996 ein Wohnungsmarktbeobachtungssystem für Niedersachsen erstellt. Ausgangspunkt war die Erfahrung, dass der jahrelange wohnungspolitische Stillstand in den 80er Jahren zu einer plötzlichen Wohnungsnot führte. Dieser konnte nur mit erheblichem finanziellen Kraftaufwand beseitigt werden.

Heute droht wieder eine ähnliche Entwicklung. Fachleute bestätigen, dass es in Niedersachsen keinen einheitlichen Wohnungsmarkt mehr gibt, sondern eine Vielzahl von regionalen und lokalen Wohnungsmärkten. Landesweit wird die Nachfrage nach Wohnraum bis zum Jahre 2015 um rund 33.000 Wohnungen steigen. Dabei gibt es jedoch starke regionale Unterschiede. So ist im Westen und Norden noch eine leichte bis kräftige Zunahme der Nachfrage festzustellen, während in Südniedersachsen die Nachfrage rückläufig ist. Eine zukünftige verantwortlich handelnde Landesregierung wird daher ihre Wohnungsbaupolitik stärker auf diese regionalen Unterschiede ausrichten müssen.

Die Stadtsanierung, das Bauprogramm „Soziale Stadt“ und das Bauprogramm „Stadtumbau West“ müssen also dringend genutzt werden, um unsere Städte und Kommunen bedarfsgerecht weiterzuentwickeln. Darüber hinaus sind sie ein wichtiger Jobmotor für die niedersächsische Bauwirtschaft. Staatliche Investitionen in diesem Bereich führen zu einem achtfachen Investitionsvolumen.

Die CDU/FDP-Landesregierung betrachtet den Bausektor allerdings als Steinbruch für Sparmaßnahmen. So wurde die Städtebauförderung im Jahre 2005 komplett ausgesetzt, im Jahre 2006 dann das Wohnungsbauprogramm. Die Mittel für das Bundesprogramm „Stadtumbau West“ verfallen komplett, da sie Niedersachsen zu keinem Zeitpunkt abgerufen hat. Allein mit den sieben Millionen Euro Landesmitteln für den „Stadtumbau West“ würde jährlich ein Investitionsprogramm von 168 Millionen Euro zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen freigesetzt. Durch die Nichtinanspruchnahme der Bundesmittel wurden also allein in den vergangenen drei Jahren über eine halbe Milliarde Euro an Investitionsmitteln verschenkt.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- alle Mittel aus den zur Verfügung stehenden Programmen abrufen und nutzen. Dies gilt auch für die Mittel der im Zuge der Föderalismusreform erfolgten Übertragung der Wohnraumförderung des Bundes von rund 40 Millionen Euro in den nächsten Jahren. Die Eigenanteile des Landes zur Aktivierung der Programme werden bereitgestellt.
- diese Mittel nicht nach dem Grundsatz „Wer zuerst kommt, malt zuerst“ einsetzen, sondern gezielt auf der Grundlage eines eigenständigen Landesgesetzes.
- die Mittel vor allem für die Schaffung altersgerechter und alternativer Wohnformen für ältere Menschen, z. B. Servicehäuser oder Wohngemeinschaften, und für die Förderung von Wohnraum für – vor allem einkommensschwache – Familien mit Kindern bzw. Alleinerziehende mit Kindern einsetzen.

- angesichts der drohenden Zersiedelung und teilweisen Verödung mancher Regionen Maßnahmen vor allem zur Modernisierung und Sanierung vorhandenen Wohnraumes einsetzen. Dies umfasst sowohl die Herstellung der Barrierefreiheit als auch energetische Maßnahmen.
- nicht zuletzt die niedersächsische Bauordnung entsprechend dem dringenden Wunsch unserer Feuerwehren so ändern, dass Rauchmelder in Wohnungen eingebaut werden müssen. Damit folgen wir dem Beispiel etlicher anderer Bundesländer und leisten einen wirksamen Beitrag zur Rettung von Menschenleben.

8. Die Gleichberechtigung von Frauen wieder ernst nehmen

Gleichstellung der Geschlechter ist eine Querschnittsaufgabe über alle Politikfelder hinweg. Sie kann nur gelingen, wenn bei allen politischen Entscheidungen das Prinzip des „Gender-Mainstreaming“ konsequent angewendet wird. Nur so können die strukturellen gesellschaftlichen Ursachen für die Benachteiligung der Frauen aufgrund ihres Geschlechts beseitigt werden. Die daraus erwachsenden unterschiedlichen Start- und Rahmenbedingungen können auch nur über strukturelle Veränderungen, durch eine aktive Gleichstellungspolitik und Frauenförderung kompensiert werden. Die Einlösung aller Partizipationsrechte auch für Frauen in unserer Gesellschaft muss die Leitlinie von Politik sein.

Die Politik der jetzigen Landesregierung ist ein Rückschritt für die Gleichberechtigung der Frauen. Ihr hinterlegt ist eine konservative Vorstellung von der Rolle der Frau in Familie und Gesellschaft, die sich immer wieder, insbesondere in den Vorstellungen über die Kinder-, die Familien- und die Arbeitsmarktpolitik niederschlägt. Der Charakter der Initiativen für das Familien- und Erziehungsgeld, die Vorstellungen von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, das komplette Streichen von Frauenförderplänen und das Reduzieren hauptamtlicher Frauenbeauftragten auf ein Minimum spiegeln dies wider.

Die SPD wird diese Entwicklung stoppen und wieder umkehren.

Wir werden die Erwerbsmöglichkeiten von Frauen gezielt verbessern und dabei auf Qualifizierungsprogramme, auf Teilzeitausbildung und Führungskräfte-Training, aber auch auf Beratung setzen. Das Ziel, mehr Frauen in Führungspositionen zu bringen, werden wir konsequent verfolgen.

Wir werden die Bedingungen für die Vereinbarung von Familie und Beruf auch für Frauen gezielt herstellen. Die Entscheidung für eine Familie darf die beruflichen Chancen von Frauen genauso wenig einschränken wie von Männern. Dabei ist uns klar: Kinder sind in unserer Gesellschaft vor allem für Frauen ein Armutsrisiko. Das trifft insbesondere für alleinerziehende Frauen zu und führt nicht selten zu geringen eigenen Rentenansprüchen und damit zu Altersarmut.

Noch immer sind in unserer Gesellschaft vor allem Frauen das Ziel von häuslicher und öffentlicher Gewalt. Ziel einer nachhaltigen Politik für die Gleichberechtigung von Frauen muss deshalb auch die Überwindung und die Ächtung der Gewalt gegen Mädchen und Frauen sein. Durch Unterstützung und Beratung der Betroffenen sowie durch Sensibilisierung der Öffentlichkeit werden wir dagegensteuern.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- wie im Abschnitt B. beschrieben, vor allem bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und gebührenfreie Betreuung und Bildung für alle Kinder ab dem ersten Lebensjahr schaffen und ein verlässliches Ganztagsangebot für Kinder aller Altersstufen ausbauen.

- das Modellprojekt Familienhebammen flächendeckend ausbauen.
- alles unternehmen, um Frauen in gleichwertige Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Sie wird daneben aber auch für die Umsetzung des Rechtsanspruches auf Teilzeitarbeit und Teilzeitausbildung eintreten.
- nicht nur in der öffentlichen Verwaltung die Voraussetzungen für die Gleichstellung der Geschlechter im Beruf schaffen. Im Dialog mit Unternehmen werden wir für die Gleichstellung der Geschlechter in der Privatwirtschaft zukunftsweisende Vereinbarungen erarbeiten. Wichtige Weichenstellungen dabei sind Quotenregelungen in Wirtschaft, Wissenschaft, aber auch in Verbänden und Parteien.
- ganz gezielt Mädchen unterstützen, damit sie in zukunftssträchtigen Berufen ihre Chancen nutzen können.
- durch Mentoringprogramme die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass sich mehr Frauen für ein politisches Mandat interessieren.
- Beratungseinrichtungen für Frauen und Mädchen, die von häuslicher Gewalt betroffen sind, nachhaltig unterstützen. Hierzu zählen die Beratungs- und Interventionsstellen (BISS). Frauen, die Opfer häuslicher Gewalt geworden sind, finden hier kurzfristige Hilfe zur Umsetzung der Rechte aus dem Gewaltschutzgesetz, nach dem zum Beispiel Gewalttäter aus der Wohnung verwiesen werden können. Die BISS-Stellen bieten ein spezielles Angebot für misshandelte Frauen und ihre Kinder, arbeiten eng mit der Polizei zusammen und können Frauen vor allem im Hinblick auf zivilrechtliche Schutzanordnungen beraten.
- unmittelbar nach der Regierungsübernahme weitere Förderkonzepte für Mädchen- und Frauenwohnungen sowie Mädchen- und Frauenhäuser erarbeiten.

9. Homosexuelle, gleichgeschlechtliche Lebensgemeinschaften, Bisexuelle und Transgender

Für die SPD in Niedersachsen ist gesellschaftliche Realität, dass Menschen sich zu ihrer sexuellen Identität bekennen. Homosexuelle, Bisexuelle und Transgender gehören zur gesellschaftlichen Gemeinschaft in Niedersachsen. Trotz der Errungenschaften während der rot-grünen Bundesregierung wird die individuelle sexuelle Identität noch immer nicht vorurteilsfrei anerkannt. Unaufgeschlossenheit, Unaufgeklärtheit, sowie bewusst und unbewusst geschürte Vorurteile in der Familie, im Freundeskreis, in Schule und Ausbildung und am Arbeitsplatz führen immer noch zu Ausgrenzung, Diskriminierung und Isolation bis hin zu menschenverachtenden Reaktionen und Gewalt in allen Lebensbereichen.

Die Würde dieser Menschen zu respektieren und zu tolerieren und diese Menschen vor Ausgrenzung, Diskriminierung, Isolation und Gewalt zu schützen, ist Aufgabe und Herausforderung einer SPD-Landesregierung.

Vor allem die Schule ist Bildungs- und Erziehungsraum für Schülerinnen und für Schüler auch in Fragen der individuellen sexuellen Emanzipation. Nicht nur die sexuelle Aufklärung gehört hier zum Auftrag an die Schule, sondern auch die gesellschaftliche

Erziehung zu Respekt und Toleranz gegenüber unterschiedlichen sexuellen Individualitäten.

Die SPD in Niedersachsen wird auch weiterhin lesbisch-schwule Kultureinrichtungen und Erwachsenenbildungseinrichtungen unterstützen. Nach dem Motto „Aufklärung durch Kulturarbeit“ soll dies in Niedersachsen zu einer größeren Akzeptanz von Lesben und Schwulen führen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die Antidiskriminierungsgesetze wirkungsvoll durchsetzen.
- die von der SPD Niedersachsen begonnene Förderung der Schwulen- und Lesbenarbeit fortsetzen und ausbauen.
- die Rolle des „Beauftragten für den Abbau der Diskriminierung Homo- und Transsexueller“ mit ressortübergreifenden Querschnittsaufgaben im Niedersächsischen Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit stärken.
- auf die Sozialversicherungsträger einwirken, damit eine Anpassung bei Rente, Krankenversicherung und Pflegeversicherung erreicht wird.
- Diversity-Richtlinien für den öffentlichen Dienst entwickeln und das Beamtenrecht bei den Beihilferegelungen entsprechend anpassen.
- auf Bundesebene im Rahmen einer Bundesratsinitiative dafür eintreten, dass eingetragene Lebenspartnerschaften die steuerliche Gleichstellung bekommen und dass eingetragene Lebenspartnerschaften eine rechtliche Angleichung bei Heirat, beim Adoptionsrecht und der elterlichen Sorge haben.
- die gesetzliche Gleichstellung von Regenbogenfamilien umsetzen und die Akzeptanz von Kindern aus diesen Familien in Kindertagesstätten und Schulen stärken.
- Organisationen und Einrichtungen, die zur Aufklärung in der Gesellschaft mit Coming-Out- und Kulturprojekten beitragen, unterstützen.
- gesetzliche Grundlagen schaffen, damit es in Schulen, bei Arbeitgebern und Behörden entsprechende Ansprechpartner gibt.
- die Aufklärung bei Pflegeberufen und Ärzten fördern.
- auf die verschiedenen Migrationsgruppen zum Thema Homosexualität einwirken, um eine Sensibilisierung zu erreichen.
- Beratungsstellen und die Aufklärung über HIV/Aids und alle anderen sexuell übertragbaren Krankheiten in der Gesellschaft fördern.
- die Aufklärung in Schulen und allen öffentlichen Bildungseinrichtungen fördern und dazu die Bildungs- und Unterrichtsrichtlinien zum Thema Homosexualität entsprechend anpassen sowie die Zusammenarbeit und Vernetzung zwischen Schulen, Universitäten, Bildungsorganisationen, Jugendhilfeeinrichtungen und Eltern fördern. Dazu gehören auch Weiterbildungsmaßnahmen für qualifizierte Ansprechpersonen zur Sensibilisierung für das Thema Homosexualität an allen öffentlichen Schulen und Bildungseinrichtungen und das Erstellen von Unterrichtsmaterialien.
- Qualifizierungen für pädagogische Fachkräfte während des Studiums zum Thema Homosexualität einführen und das Thema als Querschnittsaufgabe im gesamten Ausbildungsweg verankern.

- eine entsprechende gesetzliche Spiegelung der bestehenden Pflegegesetze vornehmen und auch homosexuelle Seniorinnen und Senioren entsprechend berücksichtigen, das Altersdiskriminierungsgesetz entsprechend anpassen und alternative und altersgerechte Wohnformen (z. B. lesbisch/schwule Wohnprojekte, Mehrgenerationenprojekte, Hospize) fördern.
- die Abschiebungen von Flüchtlingen in Länder stoppen, in denen Menschen aufgrund ihrer sexuellen Identität verfolgt werden.
- die lesbische und schwule Geschichte in Niedersachsen in der NS-Zeit und danach entsprechend aufarbeiten.

10. Gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderungen

Behinderte Menschen sind Expertinnen und Experten in eigener Sache. Sie brauchen weder Bevormundung noch Mitleid, sondern gesellschaftliche und politische Rahmenbedingungen, die ihnen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen. Voraussetzung für die gleichberechtigte Teilnahme in allen gesellschaftlichen Bereichen ist die Barrierefreiheit in allen Lebensfeldern, vor allem im Bildungswesen, im öffentlichen Personenverkehr und in den Bereichen Bauen und Wohnen. Das Diskriminierungsverbot des Grundgesetzes muss endlich umgesetzt werden.

Die zentrale gesetzliche Grundlage dafür ist ein Niedersächsisches Gleichstellungsgesetz für Menschen mit Behinderungen. Fünf Jahre hat die CDU/FDP-Landesregierung die Vorlage eines umfassenden Behindertengleichstellungsgesetzes blockiert. Unter dem Druck der anstehenden Landtagswahl wurden zunächst lediglich Regelungen für einige Landesbedienstete vorgelegt. Erst nach erneuten massiven Protesten aus den Behindertenverbänden wurde halbherzig nachgebessert. Dieses ist eine sozialpolitische Bankrotterklärung gegenüber den Belangen der Menschen mit Behinderungen und macht die Unglaubwürdigkeit der Landesregierung bei diesen Themen deutlich. In der Behindertenhilfe steht das Land vor der Bewältigung neuer Herausforderungen. Schon seit geraumer Zeit steht fest, dass es einen stetig steigenden Bedarf an Ausbildungs- und Förderangeboten gibt. Dieses gilt sowohl für die individuelle Förderung als auch für den Wohn- und Arbeitsbereich. Das gegenwärtige Leistungs- und Vergütungssystem ist nicht mehr in der Lage, den neuen Herausforderungen gerecht zu werden. Gleichzeitig hat die CDU/FDP-Landesregierung vier Jahre hintereinander den Einrichtungen der Behindertenhilfe die Übernahme der jährlichen Tarif- und Sachkostensteigerungen verweigert. Das entspricht einer faktischen Kürzung von mehr als 40 Millionen Euro. Die Folgen sind Personalabbau, Qualitätsverlust, Flucht aus Tarifverträgen und vor allem weniger Zeit und Zuwendung, gerade auch für Schwerst- und Mehrfachbehinderte. Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass die Landesregierung sich bei der Behindertenhilfe zurückziehen und die ganze Verantwortung den Kommunen übertragen will. Damit wäre eine einheitliche Behindertenhilfe im Land nicht mehr gewährleistet, sondern abhängig von der Kassenlage vor Ort. Eine Kommunalisierung der Behindertenhilfe wird von uns daher abgelehnt.

Blindengeld als Versuchsballon

Bei dem Versuch der CDU/FDP-Landesregierung, als erstes Bundesland blinden Menschen das Landesblindengeld zu streichen, haben wir uns solidarisch und unterstützend mit vielen anderen Institutionen und Verbänden der Landesinitiative des Landesblindendenverbands angeschlossen. Dadurch konnte verhindert werden, blinde Menschen auf Dauer wieder zu Almosenempfängern und staatlichen Bittstellern zu degradieren. In Zukunft wird es darum gehen, bundesweit ein Blindengeld auf der Basis der Pflegestufe zwei, also des aktuellen Bundesdurchschnitts zu erreichen. Unter Beachtung des Gleichheitsgrundsatzes wird es ein zentrales sozialpolitisches Ziel sein, einen Nachteilsausgleich in Form eines Teilhabegeldes für alle Behinderten einzuführen. Im Bereich der Frühförderung sind trotz bundesrechtlicher Vorgaben kaum interdisziplinäre Frühförderstellen vorhanden, weil die Vertragspartner keinen Zwang zu einvernehmlichen Lösungen haben. Dieses geht zulasten der betroffenen Kinder, erschwert deren Entwicklungsmöglichkeiten und belastet die Familien zusätzlich. Für uns ist dieser Zustand nicht akzeptabel.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel starten, im Bereich der Frühförderung ein Schiedsstellenverfahren einzurichten, das jahrelange, ergebnislose Verhandlungen zulasten betroffener Kinder verhindert.
- über den öffentlichen Gesundheitsdienst mit dem Programm: „Kinder schützen – Kinder fördern“ flächendeckende Vorsorgeuntersuchungen anbieten, die dazu dienen, Handicaps und Entwicklungsrückstände bei Kindern rechtzeitig zu erkennen und gezielte Frühförderung zu ermöglichen.
- bei allen notwendigen Anstrengungen, behinderte Kinder und Jugendliche in Regleinrichtungen zu integrieren, auf die Landesbildungszentren auf absehbare Zeit, auch unter Beachtung des Elternwillens, nicht verzichten.
- die Integration und Barrierefreiheit überall in Niedersachsen schrittweise umsetzen, die Verbandsklage durchsetzen, die Berufung von Behindertenbeauftragten und Behindertenbeiräten vor Ort ermöglichen, die besonderen Belange behinderter Frauen berücksichtigen und die Beweislast zugunsten Behinderter umkehren.
- sofern in Niedersachsen nicht aus wahltaktischen Gründen noch im letzten Moment ein Gleichstellungsgesetz für Behinderte vorgelegt wird, dieses in den ersten hundert Tagen unserer Regierungsübernahme tun. Arbeitsgrundlage ist dabei der vom Landesbehindertenbeauftragten vorgelegte Gesetzesentwurf. Ein mit heißer Nadel erstelltes und kurzfristig vorgelegtes Gesetz werden wir unverzüglich gemeinsam mit den Behindertenverbänden auf seine Ernsthaftigkeit und Nachhaltigkeit überprüfen und bedarfsorientiert nachbessern.
- unmittelbar nach der Regierungsübernahme eine Expertenkommission berufen, die Lösungsmöglichkeiten und Handlungsschritte für die dringendsten Probleme bei der Behindertenhilfe erarbeitet. Dies gilt vor allem für Beschäftigungsangebote, Werkstattplätze, Wohnheimplätze, alternative Wohnformen, Frühförderung, flächendeckende Umsetzung des persönlichen Budgets und bedarfsgerechte Ausbildung von Fachkräften in der Behindertenhilfe.

- die Einwände der Betroffenen ernst nehmen und die Behindertenhilfe nicht kommunalisieren.
- mit einer Bundesratsinitiative die Debatte um das Teilhabegeld auf der Bundesebene erneut anstoßen.

11. Gesundheit ist das höchste Gut

Die Gesundheitsfürsorge für alle in gleicher Weise sicherzustellen, ist Aufgabe eines sozialen Gesundheitswesens. Grundlage dafür bleibt die paritätisch finanzierte Krankenversicherung. Wir werden uns auf Bundesebene auch zukünftig für einen einheitlichen Leistungskatalog, stabile Krankenversicherungsbeiträge und eine enge Verzahnung zwischen ambulanter und stationärer Versorgung einsetzen. Leistungsausgrenzung und Rationierung von Leistungen lehnen wir ab. Unser Ziel bleibt die Einführung einer Bürgerversicherung im Gesundheitswesen, die alle Bürgerinnen und Bürger entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit absichert.

Im eigenen Zuständigkeitsbereich wollen wir mit einer zielorientierten Krankenhausplanung die Qualität und Leistungsfähigkeit unserer regionalen Krankenhäuser sichern. Gerade in ländlichen Regionen kann die Krankenhausversorgung nur durch Schwerpunktbildungen, regionale Kooperationen und auch Fusionen sichergestellt werden.

Gemeindenaher Psychiatrie sichern

Die CDU-Landesregierung hat gegen den Widerstand der Fachleute und der SPD die niedersächsischen Landeskrankenhäuser privatisiert. Diese rein politisch begründete Privatisierung wurde selbst trotz erheblicher verfassungsrechtlicher Bedenken – sogar aus der Landesregierung selbst – durchgezogen. Die SPD hat auf Landesebene gegen die Übertragung des Maßregelvollzuges und der Zwangsunterbringung von psychisch Kranken Verfassungsbeschwerde beim Staatsgerichtshof eingelegt. Das Ergebnis des Verfahrens bleibt abzuwarten.

Ungeachtet dessen brauchen wir auf Landesebene dringend eine Fortschreibung des Psychatriekonzeptes einschließlich der Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Gerade im Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie gibt es einen deutlich wachsenden Bedarf. Dem veränderten Selbstverständnis der Betroffenen und ihrer Angehörigen ist dabei ebenso Rechnung zu tragen wie den Möglichkeiten der modernen Behandlung, Rehabilitation und Wiedereingliederung. Außerdem gilt es verstärkt, neue Wohnformen und Arbeitsmöglichkeiten zu etablieren. Noch immer ist die volle Gleichstellung von psychisch Kranken mit körperlich Kranken nicht erreicht.

Öffentlichen Gesundheitsdienst reaktivieren

Der öffentliche Gesundheitsdienst ist in den letzten Jahrzehnten immer weiter zurückgefahren worden. Gerade in dem Bereich der sich deutlich verschlechternden Kindergesundheit rächt sich diese Entwicklung. Die SPD wird mit ihrem Programm: „Kinder schützen – Kinder fördern“ eine Reaktivierung des öffentlichen Gesundheitsdienstes

vorantreiben. Über dieses Instrument werden wir zielgerichtete Vorsorgeuntersuchungen in Kindertagesstätten und Schulen anbieten. Gleiches gilt für die dringend notwendige Erhöhung von Impfungen im Sinne der Weltgesundheitsorganisation. Außerdem ist ein funktionierender öffentlicher Gesundheitsdienst die Grundlage für eine in Niedersachsen vollständig vernachlässigte, aber dringend notwendige Sozialberichterstattung. Diese ist Grundlage für die Vorlage eines regelmäßigen Gesundheitsberichtes vor allem im Bereich der Kinder- und Jugendgesundheit.

Selbsthilfegruppen stärken

Selbsthilfegruppen spielen auch in Niedersachsen eine immer größere werdende Rolle im Gesundheitswesen. Hier nehmen betroffene Bürgerinnen und Bürger ihre Interessen wahr. Selbsthilfegruppen sind elementarer Bestandteil einer lebendigen Demokratie. Auf der Bundesebene ist ihre Förderung durch die Krankenkassen mit der Gesundheitsreform abgesichert worden.

Organtransplantation

Das 1997 verabschiedete Transplantationsgesetz regelt zahlreiche Aspekte der Organspende und der Transplantation. Allerdings fehlt es nach wie vor an der Bereitschaft zur Organspende und somit an lebensrettenden Spenderorganen. Zur Verbesserung der Situation haben viele Bundesländer ergänzende landesrechtliche Regelungen geschaffen. Trotz eines einstimmigen Landtagsbeschlusses hat die CDU/FDP-Landesregierung die Vorlage eines entsprechenden Gesetzes bisher verweigert.

Sucht ist gesellschaftliche Realität

Der Gebrauch von illegalen und legalen Drogen ist ein häufig ignoriertes Teil gesellschaftlicher Realität. Neben der notwendigen Aufklärung über gesundheitliche Folgen muss für die Betroffenen der Grundsatz „Hilfe vor Strafe“ gelten. Entsprechend muss das Gesamtkonzept zur präventiven Drogen- und Suchtbekämpfung den aktuellen Entwicklungen angepasst werden.

Einen Schwerpunkt legen wir dabei insbesondere auf die aktuelle Entwicklung bei Jugendlichen hinsichtlich des Konsums von Cannabis und Alkohol. Die von der heutigen Bundesfamilienministerin massiv bekämpfte Einführung der Alkopopsteuer hat nachweislich zu einem deutlichen Konsumrückgang bei Jugendlichen geführt. Gleichzeitig haben aber die schweren Alkoholvergiftungen bei den 13- bis 15-Jährigen deutlich zugenommen.

Nach jahrelangen, vergeblichen Bemühungen konnte auch im Nichtraucherschutz in Deutschland ein Durchbruch erzielt und der Anschluss an europäische Standards gefunden werden. Diese Entwicklung muss konsequent weitergetrieben werden. Ziel muss es dabei sein, Bürgerinnen und Bürger nachhaltig vor den Folgen des unfreiwilligen Passivrauchens zu schützen. Das gilt uneingeschränkt für alle öffentlichen Bereiche sowie am Arbeitsplatz. Besonderes Augenmerk legen wir auch hier auf den Schutz von Kindern und Jugendlichen sowie auf die konsequente Einhaltung der Jugendschutzvorschriften.

Aidsgefahr ernst nehmen

Nach einer deutlichen Senkung der HIV-Erstdiagnosen in den 90er Jahren stagniert die Zahl in den letzten Jahren und nimmt auch in Deutschland regional unterschiedlich wieder zu. Anscheinend ist die Gefährlichkeit von Aids aus dem Bewusstsein vieler Menschen gewichen. Dieses trifft insbesondere für junge Menschen hinsichtlich ihres Sexualverhaltens und Bevölkerungsgruppen mit höherem Ansteckungsrisiko zu. Die engagierte und flächendeckende Arbeit der Aidshilfen in Niedersachsen wird von uns weiterhin unterstützt werden.

Palliativ- und Hospizangebote ausbauen

In Deutschland gibt es jährlich ca. 350.000 onkologische Neuerkrankungen. Davon sind 200.000 Krebsneuerkrankungen nicht heilbar und benötigen eine schmerztherapeutische Behandlung. Mit der letzten Gesundheitsreform wurde erstmals ein Rechtsanspruch auf palliativmedizinische Betreuung in den Leistungskatalog der Krankenversicherung aufgenommen. Gleiches gilt auch für ein flächendeckendes Netz von Hospizangeboten. Mit der aktuellen Gesundheitsreform sind Hospize stärker in den Leistungskatalog der Krankenversicherung eingebunden worden. Mit Unterstützung der früheren SPD-Landesregierung konnte das erste niedersächsische Kinderhospiz in Syke errichtet werden. Dieses Engagement werden wir fortführen.

Der Niedersächsische Landtag hat vor einigen Monaten einvernehmlich zwischen allen Parteien erneut eine Expertenanhörung zu den Ursachen der vermehrt auftretenden Leukämieerkrankungen in der Elbmarsch durchgeführt. Diesen neuen Hinweisen gehen wir gezielt und in Abstimmung mit den Bundesländern Schleswig-Holstein und Hamburg nach.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die durch die Gesundheitsreform geschaffene Möglichkeit, Krankenhäuser verstärkt in die ambulante Behandlung einzubinden und im Interesse der Patientinnen und Patienten zu medizinischen Versorgungszentren auszubauen, unterstützen und fördern. Das gilt auch für die Weiterentwicklung integrativer Versorgungsmodelle.
- zur Unterstützung von Patientinnen und Patienten die Einrichtung eines Patientenschutzbeauftragten auf Landesebene anstreben.
- das Psychiatriekonzept fortschreiben und dabei wohnortnahe Versorgungsnetze stabilisieren sowie fehlende sozialpsychiatrische Verbünde aufbauen.
- Selbsthilfegruppen von Erkrankten auf Landesebene auch weiterhin finanziell unterstützen.
- auf Landesebene ein Transplantationsgesetz vorlegen.
- die Förderung der Suchtberatungsstellen dem wachsenden Handlungsbedarf anpassen.
- dafür sorgen, dass die vorhandenen Instrumente des Jugendschutzes gegen den Alkoholmissbrauch konsequent eingesetzt und, wenn nötig, ausgebaut werden.
- die Wirkung des Landesgesetzes zum Nichtraucherschutz überprüfen und das Gesetz nötigenfalls, vor allem in der Umsetzung, nachbessern.
- die Mittel für die Aidsberatung erhöhen und die Aufklärungsarbeit in Schulen und Hochschulen verstärken sowie ein Präventionsprogramm für Risikogruppen in niedersächsischen Haftanstalten entwickeln.

- die Ergebnisse des von der früheren SPD-Landesregierung in Auftrag gegebenen Gutachtens „Palliativversorgung in Niedersachsen“ umsetzen und ein flächendeckendes Versorgungsnetz ausbauen.
- eine flächendeckende pflegerische Versorgung schwerstkranker Kinder in Niedersachsen sichern.

E. Umweltpolitik – Innovation und Gerechtigkeit

1. Arbeit und Lebensqualität in Niedersachsen

Umweltpolitik ist ein zentrales Politikfeld unserer Zukunft. Fortschritt ohne das Leitprinzip der Nachhaltigkeit und ohne einen effizienten Umweltschutz wird es nicht mehr geben. Dies erfordert Innovation, Forschung und Entwicklung. Die Wachstumsmärkte von morgen liegen im Umweltschutz. Arbeitsplätze und Lebensqualität werden hierdurch garantiert. Es wird zwingend erforderlich sein, die Balance zwischen Ökonomie und Ökologie zu halten. Das Prinzip der Nachhaltigkeit verbindet die ökonomische Innovationskraft mit sozialer Gerechtigkeit.

Die natürlichen Ressourcen und die biologische Vielfalt sind die Grundlagen für Lebensqualität und Wohlstand in unserem Lande. Die SPD steht zur Verpflichtung des Grundgesetzes, Artikel 20a: „Der Staat schützt auch in Verantwortung für die zukünftigen Generationen die natürlichen Lebensgrundlagen ...“. Die SPD wird eine Umweltverwaltung für eine kooperative und in die Zukunft gerichtete Umweltpolitik formen. Dazu gehört auch eine interdisziplinär ausgestattete „Umweltzentrale“.

Unser Klima verändert sich zunehmend. Eine Schlüsselrolle kommt hierbei dem Thema „Energie“ zu. Die Energiegewinnung beansprucht übermäßig endliche Ressourcen wie z. B. Öl und Gas. Durch ihre Verbrennung werden 2/3 der Treibhausgase erzeugt. Diese verändern dauerhaft das globale Klima. Schwere Umweltkatastrophen sind die Folge. Die finanzielle Belastung durch Umwelt- und Klimaschäden wird steigen und den sozialen Frieden gefährden. Für die SPD gilt es, jetzt den Energiestrukturwandel als wichtigste Maßnahme für den Klimaschutz einzuleiten. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Energieeffizienz haben dabei Priorität. Klimaschutzpolitik ist für die SPD in Niedersachsen das zentrale Handlungsfeld des 21. Jahrhunderts.

2. Ausstieg aus der Atomenergie

Wir stehen zu dem konsequenten Ausstieg aus der Nutzung der Atomenergie, der durch die SPD-Bundesregierung im Jahr 2000 nach langen Verhandlungen mit den E-

nergieversorgern vereinbart wurde. Diese Technologie ist für uns mit dem Energiestrukturwandel nicht vereinbar. Sie bleibt eine Risikotechnologie. Auch sie ist von endlichen Uranvorräten abhängig und nukleare Abfälle stellen eine dauerhafte Gefahr für Mensch und Umwelt dar. Niedersachsen ist davon besonders betroffen. Die Asse II, vor wenigen Jahren als sicher begutachtet, „säuft“ ab, es droht eine atomare Verseuchung des Grundwassers. Die SPD wird einer weiteren Erkundung von Gorleben nicht zustimmen. Wir fordern ein offenes Standortsuchverfahren, das internationalen Standards von Wissenschaft und Technik entspricht. Mit der SPD wird es keine „Billiglösungen“ zulasten Niedersachsens in der Asse und Gorleben geben.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- dafür eintreten, dass es keine Aufweichung der Regelung über die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke geben wird.
- dafür eintreten, dass für alle Atommülllager das Atomrecht gilt.
- einer weiteren Erkundung von Gorleben nicht zustimmen, solange nicht auch andere Standorte in das Verfahren einbezogen werden. Mit uns wird es kein „Atom-Klo“ Niedersachsen geben.

3. Neue Energien und Energieeffizienz für Niedersachsen

Wir werden Niedersachsen bei der Nutzung Erneuerbarer Energien und bei der Energieeffizienz in eine Spitzenposition bringen und fit für die Zukunft machen. Wir stehen für einen umfassenden Energiestrukturwandel. Bei entsprechenden Voraussetzungen, die von der Bundesregierung zu schaffen sind, lauten unsere Ziele für das Jahr 2020:

- 50 % Steigerung der Erneuerbaren Energien
- 40 % Absenkung der CO₂-Emissionen
- 30 % Erhöhung der Energieeffizienz
- 15 % Steigerung der Erneuerbaren Energien im Wärmesektor

Die SPD versteht es auch als soziale Verpflichtung, Erneuerbare Energien zu fördern und die Energieeffizienz zu steigern. Nur regenerative Energien sind für die Menschen und die Wirtschaft zukünftig dauerhaft verfügbar. Zusammen mit einer optimalen Energieeffizienz werden sie dazu beitragen, die Energieversorgung für die Verbraucher gerecht und bezahlbar zu halten.

Mit neuen Energien und neuer Energieeffizienz wird für Niedersachsen die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen wie Öl oder Gas überwunden. Hierdurch erreichen wir Preisstabilität und Versorgungssicherheit. Der Energiestrukturwandel ist deshalb Umweltpolitik, Sozialpolitik und Wirtschaftspolitik zugleich.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- den erfolgreichen Ausbau der Erneuerbaren Energien unterstützen und mit geeigneten Maßnahmen flankieren. Wir werden Industrie und Wirtschaft auf dem Sektor

der Erneuerbaren Energien so fördern, dass das Land bundesweit auf allen Gebieten zur Nr. 1 wird.

- die Windenergie in Niedersachsen ausbauen, um bis 2020 den Anteil der Erneuerbaren Energien bei der Energiegewinnung auf 50 Prozent zu steigern. Wir werden Standorte effektiver nutzen, Repowering fördern und umweltverträgliche Offshore-Windparks weiterentwickeln.
- die Technologie der „Kraft-Wärme-Kopplung“ ausbauen. In der Förderung der erneuerbaren Energien im Wärmesektor liegen große Potenziale, die es erlauben, kostengünstig CO₂-Emissionen sowie den Öl- und Gasverbrauch zu reduzieren. Unser Ziel ist es, bis 2020 mindestens 15 % der Wärme durch Erneuerbare Energien zu erzeugen. Hierzu werden wir starken Einfluss auf die inhaltliche Ausgestaltung des zukünftigen Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz ausüben.
- Niedersachsen zum Energieforschungsstandort Nr. 1 entwickeln. Forschung und Entwicklung sind für Energie- und Umwelttechnologien unabdingbar. Niedersachsen hat die Potenziale hier Spitzenreiter zu werden. Mit einer Forschungsoffensive „Neue Energien“ werden wir die Voraussetzungen für eine CO₂-arme Energieversorgung weiter verbessern. Alle „Neuen Energien“ sind hierbei einzubeziehen, z. B. Solarenergie, Geothermie, Wasserkraft und Gezeitenkraftwerke.
- die Maßnahmen zur Energieeinsparung mit einer „Effizienz-Initiative“ vorantreiben. Energieeffizienz wird ein wesentlicher Schwerpunkt sein; Kraftwerkstechnik, Speichertechnik und Haustechnik, aber auch dezentrale Versorgungsstrukturen gilt es weiterzuentwickeln.
- die Kraftwerkparks in Niedersachsen zeitnah erneuern. Ziel ist es, klimaschonende und effiziente Kraftwerke, insbesondere mit Kraft-Wärme-Kopplung, aufzubauen. Alte Kraftwerke sollen erneuert werden. Neue Kraftwerke werden nur noch nach Klimaschutzkriterien zugelassen.
- mehr Wettbewerb auf dem Markt der Energieerzeugung sicherstellen. Gerade die ortsnahe Versorgung bietet gleichzeitig große Effizienzpotenziale, Preisstabilität und wirtschaftliche Chancen für mehr Wettbewerb auf dem Strom- und Wärmemarkt. Den Stadtwerken kommt als Garant der Daseinsvorsorge eine herausragende Rolle zu. Die SPD wird die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen und für eine eigene Landesregulierung Sorge tragen.
- mit einer „Sonne-auf's-Dach“-Initiative“ eine effiziente Dächervermittlung organisieren, die mit den Instrumenten der Marktwirtschaft die Potenziale der Sonnenenergie besser erschließt und die Integration solarer Energien in die Haus- und Gebäudetechnik optimiert.
- die Energieverbrauchswerte von Neubauten und bei grundlegenden Sanierungen um 30 % senken. Hierfür sollen im Verbund mit Bauträgern, dem Handwerk und Beratungseinrichtungen Maßnahmenpakete entwickelt werden. Der derzeitige Passivhausstandard wird Maßstab sein.
- zusammen mit den Wohnbaugesellschaften ein Programm „Energetischer Wohnungsumbau in Niedersachsen“ erarbeiten, um die energetische Sanierung von Mietwohnungen voranzubringen, damit auch Mieter in den Genuss von Einsparungen und steigender Wohnqualität kommen.

4. Klimaschutzpakt Niedersachsen – wir können mehr

Die SPD wird zur Förderung des Klimaschutzes den Klimaschutzpakt Niedersachsen initiieren.

Die EU schlägt eine Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von 20 oder 30 Prozent bis zum Jahr 2020 vor. Bis zum Jahr 2050 soll eine Reduzierung von 60 bis 80 Prozent erreicht werden. Wenn die Bundesregierung dafür die Rahmenbedingungen schafft, kann Niedersachsen mit seinen natürlichen Energiepotenzialen und bei einer intensiven Technologieentwicklung deutlich mehr.

Mit Bündnispartnern aus Industrie, Mittelstand, Forschung und Entwicklung, Gewerkschaften, Kommunen und NGO werden wir gezielt ein Maßnahmenpaket für einen Klimaschutzpakt umsetzen. Auch jeder Einzelne kann mithelfen, durch sein Mobilitätsverhalten oder durch bewusstes Energiesparen einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Dafür wird die SPD Niedersachsen eine Initiative starten,

- um ökologische Industriepolitik als Motor für einen nachhaltigen Wandel und einen wirksamen Klimaschutz zu initiieren. Umweltpolitik wird zum Innovations- und Modernisierungstreiber für Wirtschaft und Gesellschaft. Er birgt ein immenses Potenzial zur Schaffung neuer zukunftsfähiger Arbeitsplätze.
- um ein ökologisches Kernprogramm für klein- und mittelständische Unternehmen einzusetzen, damit dort Arbeitsplätze gesichert werden und sie für den europäischen Wettbewerb fit gemacht werden. Die Bereiche Energieerzeugung und Verbrauch, Bauen, Wohnen und Verkehr erfordern ein hohes Maß an Effizienzsteigerungen. Qualifizierung und Technologiefortschritt werden mit uns vorangebracht.
- um unser Alltagsleben klimaschutzgerecht umzugestalten – nicht durch Verbote, sondern durch Anreize, Vorbildfunktionen des Landes, Energieberatung, Transparenz bei Produkten und Dienstleistungen.
- um marktwirtschaftliche Anreize zur Steigerung von effizienteren und erneuerbaren Energietechnologien im privaten, gewerblichen und industriellen Sektor zu schaffen.
- um einen tief greifenden Energiestrukturwandel zu vollziehen und den Ausbau der Erneuerbaren Energien mit aller Kraft voranzutreiben.

Eckpunkte eines Klimaschutzpaktes für Niedersachsen

1. „Niedersachsen Compact“. Die Verbindung von Ökologie und Ökonomie bietet für die Wirtschaft große Wachstumschancen und sichere Arbeitsplätze. Wir bilden ein Netzwerk aus Industrie, Wirtschaft und Wissenschaft zur Förderung und Umsetzung von Umweltprinzipien in Niedersachsen. Dabei werden wir gezielt ökologische Märkte, wie z. B. im Bereich der Erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, wassersparender Technologien, Recycling- und Abfallwirtschaft, Mobilität, Siedlungs- und Gebäudekonzepte fördern und stärker im europäischen und internationalen Wettbewerb aufstellen.

2. „Energieeffizienzfonds“ für den Mittelstand: Energieeffizienz ist ein Schlüsselfaktor für die Zukunft der kleinen und mittelständischen Unternehmen. Der Fonds wird sie bei der Durchführung von Effizienzmaßnahmen unterstützen und Anreize schaffen, die gesamte Bandbreite von Handwerk, Dienstleistung und Beratung an ökologischen Grundsätzen zu orientieren.
3. „Innovation durch Kooperation“. Gemeinsam mit Forschung, Industrie und Handwerk werden wir effizientere Herstellungsprozesse und Produkte mit geringer Energie- und CO₂-Bilanz fördern. Eine Produktkennzeichnung zur Herstellung der Transparenz für den Verbraucher wird Bestandteil des Programms sein.
4. „Landesinitiative Energieeffizienz“. Damit soll den Landesbehörden eine beispielgebende Rolle zugewiesen werden. Ziel ist es, durch Energiespar- und Energieeffizienztechniken den Strom- und Heizenergieverbrauch um 25 Prozent zu senken. Die eingesparten Mittel sollen in das „Kompetenzzentrum Neue Energie Niedersachsen“ des Landes fließen und das Beratungsangebot und die Öffentlichkeitsarbeit im Lande mitfinanzieren.
5. Das Programm „Solare Zukunft“. Damit werden wir das Bundesprogramm zur Wärmedämmung ergänzen. Neben den klassischen Sanierungsmaßnahmen im Gebäudebestand (Fenster, Heizungsanlagen, Dämmung) werden damit vor allem thermische Solaranlagen für die Erwärmung des Brauchwassers und für Wärmegewinnung bei Raumheizungen und Photovoltaik-Anlagen zur direkten Umwandlung von Sonnenenergie in Strom gefördert.
6. „Ökostrom-Initiative“. Die SPD-Landesregierung hatte bis 2003 bereits Ökostromverträge mit den Versorgern abgeschlossen. CDU/FDP haben diese aufgekündigt. Wir werden eine Wechselstimmung im Lande initiieren und vorbildlich vorgehen. Die Ökostrom-Initiative ist der Motor und Start für den Energiestrukturwechsel in Niedersachsen, an dem sich jeder Einzelne beteiligen soll.
7. Das Programm „Kraft-Wärme-Kopplung“. Damit werden wir eine Verdoppelung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) in Niedersachsen und eine spürbare Senkung der Energiepreise innerhalb der nächsten 5 Jahre anstreben und den CO₂-Ausstoß massiv reduzieren können. Gleichzeitig werden KWK-Standards bei neuen Kraftwerken und Biogasanlagen eingeführt und die Umrüstung alter Kraftwerke gefördert.
8. Das Programm „Bioenergie Niedersachsen“. Zur Förderung der Bioenergie wird in Kooperation mit Kommunen, Stadtwerken und der Landwirtschaft die Einrichtung von regionalen Wertschöpfungsketten unterstützt. Ziel ist es, die Möglichkeiten zu schaffen, Biogas in das Gasnetz einzuspeisen und so dessen Einsatz in der Kraft-Wärme-Kopplung voranzutreiben.
9. Im Autoland Niedersachsen gilt es, umweltfreundliche Mobilitätskonzepte zu entwickeln. Wir werden dafür gemeinsam mit der Automobilwirtschaft und den Gewerkschaften Modellvorhaben initiieren. Die SPD wird eine technologische Entwicklung unterstützen, damit Niedersachsen an der Spitze in der Entwicklung von innovativen Mobilitätslösungen, kombinierten Verkehren, effizienteren Motoren, leichteren Fahrzeugen und CO₂-reduzierten und ressourceneffizienten biologischen Treibstoffen steht.

10. Einrichtung des „Kompetenzzentrums Neue Energie Niedersachsen“. Hier werden die interministeriellen Arbeitsgruppen des Klimaschutzpaktes koordiniert und gesteuert. Ein weiterer Schwerpunkt wird die Öffentlichkeitsarbeit sein. Das Kompetenzzentrum wird Weiterbildung und Qualifizierungsoffensiven für Investoren, Industrie und Handwerk, für Schulen und für die breite Öffentlichkeit anbieten.
11. Die Kampagne „Niedersachsenklima“ soll alle gesellschaftlichen Gruppen und öffentlichen Einrichtungen für den Klimaschutz sensibilisieren und zum aktiven Mitmachen auffordern. Anhand eines Kriterienkataloges wird ein Wettbewerb ausgeschrieben, im Zweijahresturnus die Ergebnisse offengelegt und die besten Klimaschützer ausgezeichnet.
12. Der Klimarat Niedersachsen wird gemeinsam mit den Bündnispartnern einberufen. Sein Sitz ist das „Kompetenzzentrum Neue Energie Niedersachsen“. Seine Aufgaben werden es sein, das gesamte Klimaschutzpaket bei der Umsetzung zu begleiten. Er wird wissenschaftlich, technologisch, unternehmerisch und durch die NGO ausgerichtet sein. Nur im Dialog ist eine gleichgewichtete Interessenverteilung gesichert.

5. Mobilität und Lebensqualität – unterwegs in Niedersachsen

Unsere Gesellschaft in Niedersachsen ist ohne Mobilität nicht vorstellbar. Mobilität ist eine grundlegende Voraussetzung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unserer Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft. Im privaten Bereich steht Mobilität für Grundversorgung, Lebensqualität und Teilhabe. Gleichzeitig gehen vom Verkehr aber erhebliche Belastungen für die Umwelt und Gefahren für die menschliche Gesundheit aus. Neue Technologien, die Gesetzgebung und die Entwicklung des öffentlichen Nahverkehrs gerade in und um die Ballungszentren haben dazu geführt, dass z. B. die Emissionen an Stickoxiden und Dieselruß in den letzten Jahren deutlich reduziert werden konnten. Dennoch sind zur Erreichung „gesunder“ Luftqualitätsziele und für den Klimaschutz weitere Schritte erforderlich. Die SPD wird die Mobilität umweltverträglicher und bezahlbar gestalten.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- gemeinsam mit der Automobilwirtschaft und den Gewerkschaften Modellvorhaben entwickeln. Diese haben zum Ziel, im Autoland Niedersachsen umweltfreundlichere Mobilitätskonzepte, effizientere Antriebe und leichtere Fahrzeuge zu entwickeln, die rasch serienreif zur Verfügung stehen. Der Ausstoß klimaschädlicher Abgase im Durchschnitt aller neuen Fahrzeuge in Niedersachsen soll noch vor 2012 nur 120 g CO₂/km betragen.
- eine Biokraftstoff-Kampagne starten. Neue und ressourceneffiziente Biokraftstoffe der 2. Generation leisten einen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen. Bis zum Jahr 2020 wollen wir 20 Prozent der konventionellen Kraftstoffe durch Biokraftstoffe ersetzen. Maßstab dafür müssen die Umweltverträglichkeit und ihr Beitrag zur CO₂-Minderung sein. Deshalb soll ein auf Nachhaltigkeit beruhendes Zertifizie-

rungssystem entwickelt werden. Dabei ist für uns die Förderung der heimischen Biokraftstoffwirtschaft und -landwirtschaft ein wichtiger Teil der Umweltpolitik.

- einen Masterplan Güter- und Schwerlastverkehr erarbeiten. Niedersachsen als Transitland ist besonders von Emissionen aus diesem Bereich belastet. Der Masterplan soll die Potenziale für Effizienzsteigerungen und ökologische und ökonomische Perspektiven zur Entlastung der Straßen aufzeigen. Schienen- und Wasserstraßennetze werden mit einbezogen. Verstärkt werden die Möglichkeiten des kombinierten und vor allem des intermodalen Verkehrs gefördert, sodass Güter jeweils mit dem Verkehrsträger transportiert werden, der am effizientesten und umweltgerechtesten ist. Integrierte Logistikkonzepte sollen überflüssigen Leerverkehr vermeiden.
- dafür im Bundesrat eintreten, dass die Kraftfahrzeugsteuer künftig nach dem Schadstoff-Ausstoß bemessen wird. Die Umweltbelastung und nicht die Größe eines Pkw soll Maßstab für die zukünftige Kfz-Steuer sein.
- Bahn und Bus weiterhin mit öffentlichen Mitteln unterstützen und den öffentlichen Nahverkehr weiter ausbauen. Innovative Lösungen des ÖPNV werden auf den Weg gebracht, um die Grundversorgung gerade im ländlichen Raum zu gewährleisten und damit die Teilhabe aller Menschen in unserem Land sicherzustellen.

6. Schutz der biologischen Vielfalt – Verantwortung für künftige Generationen

Wir wollen unsere Natur schützen und bewahren. Dazu muss Naturschutz betrieben und der Flächenbrauch deutlich reduziert werden. Niedersachsen bietet Räume für Erholung und Muße. Die Bewahrung der Natur in ihrer einzigartigen Vielfalt und ihrem faszinierendem Artenreichtum ist unverzichtbar, um die Lebensgrundlagen für uns, unsere Kinder und Enkel dauerhaft zu bewahren. Für die SPD Niedersachsen gilt die Verpflichtung zum pfleglichen Umgang mit der Natur auch dort, wo kein unmittelbarer Nutzen für die Menschen daraus folgt.

Niedersachsen ist ein Land mit schönen Natur- und Kulturlandschaften. Vom Harz bis an die Nordsee, von der Elbe bis in das Weserbergland, von der Heide, den Grünlandgebieten bis zu den Moorniederungen finden wir Gebiete mit hohem Artenreichtum der Tier- und Pflanzenwelt. Doch Naturschutz ist mehr als Gestaltung von Oasen in einzelnen Schutzgebieten, wie ihn das FDP-Umweltressort betreibt. Naturschutz muss auf der gesamten Fläche des Landes Berücksichtigung finden und durch die Vernetzung wertvoller Schutzflächen ergänzt werden. Dies ermöglicht den umfassenden Schutz der biologischen Vielfalt und der natürlichen Ressourcen. Der ökonomische Wert einer intakten Natur ist unschätzbar.

Leistungsfähige Ökosysteme und kulturhistorische Landschaften haben eine herausragende Bedeutung für unsere Gesundheit und für viele Wirtschaftsbranchen wie z. B. den Tourismus. Eine naturverträgliche, nachhaltige Nutzung – insbesondere in der Land- und Forstwirtschaft und der Meeresgebiete – sichert Arbeitsplätze und schafft Wachstum und Wertschöpfung. Naturzerstörung und Ausbeutung verurteilen ganze Regionen zum Ausbluten der Besiedlung und der Infrastrukturen.

Die Naturelemente Wind, Sonne und Wasser sind unerschöpfliche Energiequellen. Der technologische Fortschritt ermöglicht eine umweltfreundliche Energiegewinnung. Konflikte mit dem Landschaftsbild oder dem Naturhaushalt müssen mit planerischen Instrumenten und Technologiefortschritt eliminiert werden. „Mutter Natur“ hält mit ihrer Vielfalt einen umfangreichen Genpool vor. Innovative Lösungen aus Biologie und Technik (Bionik) bringen praktischen Nutzen und Lösungen für uns. Die Aerodynamik in der Kfz-Branche, in der Architektur und Pharmaindustrie sind Beispiele, wie Natur für Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum sorgt. Dies werden wir fördern und ausbauen. Natur- und Landschaftsschutz helfen bei kluger politischer Ausrichtung auch viel Geld zu sparen. Eine naturverträgliche Flussbewirtschaftung kostet etwa ein Zehntel dessen, was für die Hochwasserschäden aufgewendet werden müsste. Gesunde Wälder und Auen können selbst Starkregen zwischenspeichern und Jahrhundertfluten die Spitze nehmen und so Umweltschäden an Sachgütern und Menschenleben vermeiden. Naturschutz ist auch Grund- und Trinkwasserschutz. Ein Hektar renaturierter Elbtalau reduziert die Stickstofffracht des Flusses z. B. um 200 Kilogramm, das ist ein Geldwert von etwa 580 Euro/Hektar. Naturnahe Wälder haben eine große Filterfunktion für unser Grundwasser.

Naturschutz ist Küstenschutz. Durch den Klimawandel sind unsere Küsten zunehmend Sturmfluten und Hochwasser ausgesetzt. Die Deichsicherheit hat für uns nach wie vor erste Priorität. Wir unterstützen dabei auch umweltverträgliche und vorsorgende Anpassungsmaßnahmen des Küstenschutzes an den Klimawandel sowie die Aufnahme des Schutzes von Bereichen des Wattenmeeres in eine Küstenschutzstrategie. Bei der Formulierung solcher Strategien werden wir alle betroffenen Regionen einbeziehen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- ein gestärktes Umweltressort mit dem Leitziel der nachhaltigen Entwicklung etablieren und Umwelt- und Naturschutz als Querschnittsaufgabe definieren.
- eine fachübergreifende professionelle Umweltverwaltung aufbauen. Diese wird die Kooperation mit anderen Fachdisziplinen und den Kommunen stärken und die ehrenamtlich Aktiven in die Umwelt- und Naturschutzanforderungen, wie z. B. die Betreuung von Schutzgebieten, einbeziehen.
- das bürgerschaftliche Engagement zum Erhalt der biologischen Vielfalt fördern. Es ist uns mehr wert als nur „Schulterklopfen“, Nadeln oder „Ehrenamtskarten“. Die freiwillig Aktiven in den Verbänden und Informationseinrichtungen in Schutzgebieten leisten einen hervorragenden Beitrag zur Umweltbildung unserer Gesellschaft und den praktischen Natur- und Umweltschutz. Sie verdienen eine finanzielle Grundsicherung. Wir werden dies mit geeigneten Instrumenten wieder einführen.
- die Richtlinien der EU nutzen sowie entsprechende Finanzmittel, z. B. über Agrarumweltmaßnahmen für die biologische Vielfalt einsetzen. Ziel ist es, diese zu erhalten, zu entwickeln und den ökonomischen Nutzen sowie die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen.
- den Aktionsplan „Biologische Vielfalt“ entwickeln. Die Natura-2000-Gebiete und die Naturschutzgebiete stellen die Kernbereiche dar. Die SPD wird diese Gebiete nach fachlichen Erfordernissen festlegen, als Grundstandard sichern und ein modernes Betreuungsmanagement aufbauen. Der Aktionsplan wird die niedersächsi-

schen speziellen Anforderungen, wie z. B. den Schwerpunkt Feuchtgrünland, berücksichtigen und den Biotopverbund mit einbeziehen.

- mit einem „Kooperationsprogramm Natürliche Ressourcen“ durch EU-Fördermittel gemeinsame Maßnahmen des Naturschutzes mit der Land-, Forst-, Fischerei- und Wasserwirtschaft ausarbeiten. Ziel ist es, Nutzungen zu etablieren, die einen wirksamen Beitrag zum Schutz der natürlichen Ressourcen in der Fläche gewährleisten.
- die internationalen Ansprüche akzeptieren und die Vereinbarung des trilateralen Wattenmeerplans der Niederlande, Deutschlands und Dänemarks umsetzen. Das Verfahren zur Anmeldung des Wattenmeers als UNESCO-Weltnaturerbe werden wir vorantreiben, damit sie als Qualitätssiegel zum Wirtschaftswachstum beitragen.
- die Nationalparke stärken, denn sie sind die Visitenkarten für einen zukunftsfähigen Naturschutz und die Grundlage für Wertschöpfung aus den Regionen wie z. B. die Entwicklung des Tourismus. Wir werden die Nationalparkverwaltungen und die Besuchereinrichtungen zeitgemäß ausrichten und finanziell besser ausstatten.
- für einen stärkeren Schutz der Meere eintreten. Wir unterstützen die Einrichtung wirksamer Meeresschutzgebiete, die konsequente Umsetzung von Natura 2000 in Flussmündungen und die Ausdehnung der marinen Meeresschutzstrategie-Richtlinie auf alle tidebeeinflussten Küstenbereiche.
- über Bundesratsinitiativen die Erarbeitung des Umweltgesetzbuches zu den oben ausgeführten Schwerpunkten und weiteren Themenfeldern maßgeblich mitgestalten. Das Naturschutzgesetz soll als wirksames und eigenständiges Fachrecht erhalten bleiben.

F. Politik für den ländlichen Raum

Die Entwicklung von Wertschöpfung und Infrastruktur im ländlichen Raum sowie die Sicherung der Lebensqualität stehen im Mittelpunkt einer guten Politik für die Menschen in den ländlichen Regionen. Die Mehrzahl arbeitet längst nicht mehr in der Landwirtschaft. Politik für den ländlichen Raum ist deshalb als integrierte Politik zu gestalten, die sich den Herausforderungen durch demografische Veränderungen, wirtschaftlichen Strukturwandel, veränderte Gesellschaftsbedingungen sowie dem ökologischen Wandel stellt und Antworten darauf findet. Dazu gehört dann auch eine gezielte Politik für die Landwirtschaft.

Eine SPD-Landesregierung wird mit ihrer Politik für den ländlichen Raum die wirtschaftliche Stärkung dieser Gebiete, die Erhaltung und Schaffung geeigneter Infrastruktur und die Bewahrung der Kulturlandschaft in den Mittelpunkt stellen. Die Menschen in den ländlichen Regionen haben ein Recht auf gleichwertige Lebensbedingungen. Auch abseits der Ballungsräume muss es eine bedarfsgerechte infrastrukturelle Versorgung, eine zukunftsorientierte Wirtschaftsstruktur und ein wohnortnahes Betreuungs- und Bildungsangebot für unsere Kinder geben.

1. Rechtzeitig auf den demografischen Wandel reagieren

Die demografische Veränderung in Deutschland ist der größte Katalysator für den Strukturwandel im ländlichen Raum, insbesondere in der Frage des Erhaltens und der Schaffung einer guten Infrastruktur. Diese Herausforderung muss in allen Politikbereichen angenommen und zu einer integrierten Politik für den ländlichen Raum weiterentwickelt werden. Die Veränderungen in der Bevölkerungsstruktur und der Bevölkerungsentwicklung müssen frühzeitig beachtet, regionale Anpassungs- und Handlungserfordernisse festgelegt werden. Die Auswirkungen des demografischen Wandels fallen in den einzelnen Regionen unterschiedlich aus und haben die regionalen Disparitäten gerade in den vergangenen Jahren verschärft. Es gibt strukturschwache Problemregionen wie auch prosperierende Gebiete.

Lebensqualität hängt entscheidend von funktionierenden Infrastrukturen ab. Medizinische Versorgung, Kindertagesstätten, Bildungsmöglichkeiten, kulturelle Angebote, Angebote von öffentlichen Verkehrsmitteln, Nahversorgung und die Verlässlichkeit dieser Angebote sind von zentraler Bedeutung für die Menschen im ländlichen Raum. Einen besonderen Stellenwert nimmt dabei die Teilhabe an Informations- und Telekommunikationsdiensten ein.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- dafür sorgen, dass für die einzelnen Regionen auf ihre Bedürfnisse zugeschnittene Handlungskonzepte entwickelt werden.
- Mindeststandards für die infrastrukturelle Ausstattung und ein Mindestangebot von Gütern und Dienstleistungen in unseren ländlichen Räumen mit unterschiedlichen Bevölkerungsdichten definieren.
- in Zusammenarbeit mit den Kommunen das grundgesetzlich verankerte Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse im ganzen Land wieder in den Fokus der Politik stellen und sichern. Dazu gehören die verstärkte Wahrnehmung der Aufgaben der Landesplanung und Landesentwicklung sowie die Nutzung von landesplanerischen Gestaltungs- und Steuerungsinstrumenten.

2. Chancen für Arbeit und Wertschöpfung nutzen

Die ländlichen Räume in unserem Land erleben seit Jahrzehnten strukturelle Veränderungen. Die Menschen müssen stärker als bisher ermutigt und in die Lage versetzt werden, auf der Basis ihrer eigenen Stärken eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Vor diesem Hintergrund kommt der Kooperation zwischen Kommunen und Privaten (Öffentlich-Private-Partnerschaften) eine besondere Bedeutung zu. Dies betrifft sowohl die Schaffung neuer und den Ausbau bestehender öffentlicher Infrastruktur als auch die Vorhaltung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Gütern.

Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte über mehrere Gemeindegrenzen hinweg stärken die interkommunale Zusammenarbeit. Aufbauend auf der Analyse vorhandener Standortqualitäten und Standortdefizite sollen vorhandene Potenziale ausgeschöpft und neue Entwicklungsmöglichkeiten definiert werden. Die Erarbeitung integrierter ländlicher Entwicklungskonzepte wird mit Mitteln der Europäischen Union gefördert.

Die Strukturförderung durch EU, Bund und Land muss in den ländlichen Regionen vorrangig auf die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen und die Aufrechterhaltung von moderner Infrastruktur und Dienstleistungsangeboten orientiert sein. Informations- und Kommunikationstechnologien gehören heute zu den wesentlichen Faktoren für wirtschaftliches Wachstum. Das Internet ist dabei eines der wichtigsten Elemente, da es die Möglichkeit bietet, Informationen mit hoher Geschwindigkeit und über verschiedene Plattformen zu übermitteln. Es ist außerdem ein wichtiger Ausgangspunkt für die Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen. Ein Hochgeschwindigkeits-Internetzugang ist deshalb gerade im ländlichen Raum von erheblicher Bedeutung. Der Zugang zu schnellen Breitband-Internetanschlüssen ist zu einem wichtigen Standortvorteil und Wirtschaftsfaktor geworden. Der Internetzugang gehört zur Infrastruktur in Stadt und Land.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die erforderlichen Mittel zur Umsetzung der interkommunal erarbeiteten Maßnahmen und Projekte bereitstellen. Dafür werden wir die Mittel zur Dorferneuerung umschichten und zur Förderung von zukunftsfähigen Projekten verwenden. Dies trägt zur Sicherung und Weiterentwicklung aller Dörfer bei.
- für eine flächendeckende Breitbandversorgung des ländlichen Raums sorgen und eine Breitband-Initiative starten, um eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur in allen Landesteilen Niedersachsens zu erreichen.

3. Landwirtschaft und Verbraucherschutz stärken

Der Landwirtschaft kommt in Niedersachsen eine große Bedeutung zu. Mit den vor- und nachgelagerten Bereichen bietet sie über 250.000 Menschen Arbeit. Land- und Ernährungswirtschaft sind zusammen – nach der Automobilwirtschaft – der zweitwichtigste Wirtschaftsbereich im Land. Die zukünftige Entwicklung ländlicher Räume wird davon abhängen, wie sich die landwirtschaftlichen Unternehmen auf die gesellschaftlichen Anforderungen einstellen. Landwirtschaftliche Betriebe müssen sich heute, vor allem im konventionellen Bereich, auf dem Weltmarkt behaupten. Das führt dazu, dass die Einheiten größer werden, die Zahl der Haupterwerbsbetriebe zurückgeht und der Tierbestand pro Einheit steigt. Die Belange der Verbraucher sowie des Umwelt- und Tierschutzes werden an Bedeutung gewinnen und agrarpolitische Entscheidungen beeinflussen.

Landwirtschaft kann in vielen Regionen auf Dauer nur erfolgreich betrieben werden, wenn zu den bisherigen Einkommen zusätzliche oder komplementäre Einkommens-

quellen erschlossen werden. Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Energiegewinnung und der Erzeugung von nachwachsenden Rohstoffen für die energetische und stoffliche Verwertung zu.

Auch die Umstellung auf ökologischen Landbau kann für viele landwirtschaftliche Betriebe einen Weg zu höherer Wertschöpfung darstellen. Der Bio-Markt boomt. Niedersachsen braucht umstellungswillige Betriebe, um die hohe Nachfrage nach ökologischen Rohstoffen bedienen zu können und die Wertschöpfung im Land zu erhalten. Eine SPD-Landesregierung wird alle Chancen nutzen, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Ökolandbaubetriebe zu stärken. Unser Ziel ist es, den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen auf 10 Prozent zu erhöhen.

Gentechnik ist für uns keine Alternative. Seit Jahren belegen Umfragen immer wieder, dass die große Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher keine gentechnisch veränderten Lebensmittel will. Fest steht, dass Gentechnik für eine gesunde Ernährung nicht notwendig ist. Im großen Einklang mit den Kirchen, den Verbrauchern, den landwirtschaftlichen Betrieben und vielen Interessenverbänden sprechen wir uns grundsätzlich gegen den Einsatz von grüner Gentechnik in der Nahrungsmittelerzeugung aus. Niedersachsen ist aufgrund seiner Flächenstruktur nicht für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen geeignet.

Aktive Verbraucherpolitik findet unter der jetzigen Landesregierung nicht statt. Doch Verbraucherschutz ist eine wichtige Querschnittsaufgabe und umfasst alle Politikbereiche. Leitbild ist der „mündige Verbraucher“, der umfassende Informationen, Beratung, Bildung und Transparenz benötigt, um gleichberechtigter Partner der Wirtschaft sein zu können. Ziel sozialdemokratischer Verbraucherpolitik ist, Chancengleichheit zwischen Verbraucher- und Anbieterinteressen herzustellen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- vor dem Hintergrund einer sich immer mehr entwickelnden Agrarindustrie die Belange des Tier- und Umweltschutzes stärker berücksichtigen.
- den Anbau nachwachsender Rohstoffe fördern, dabei aber die Belange von Landwirtschaft, Energiepolitik und Naturschutz zusammenführen.
- den ökologischen Landbau durch Förderung der Betriebsumstellung, den Ausbau von Verarbeitungsstrukturen, die Durchführung von Informationskampagnen und die Intensivierung von Forschung und Entwicklung stärken. Das von uns geschaffene Kompetenzzentrum Ökolandbau wird gestärkt.
- da, wo in großer Übereinstimmung mit der Bevölkerung und der Landwirtschaft gentechnikfreie Regionen gefordert werden, diesen Prozess positiv begleiten.
- den Schwerpunkt auf den vorsorgenden Verbraucherschutz legen. Dabei gilt die Durchsetzung des Verursacherprinzips. Verursacher müssen für Fehlentwicklungen haften und die Kosten tragen. Ein Höchstmaß an Transparenz und ein ungehinderter Zugang der Verbraucher zu allen Produktinformationen sind die Prioritäten.
- der Lebensmittelsicherheit einen hohen Stellenwert einräumen. Verbraucher und Verbraucherinnen müssen endlich mehr über Betriebskontrollen und deren Ergebnisse erfahren können. Wir werden daher eine umfassende Internetplatt-

form für den Verbraucherschutz einrichten und Verbraucherschutzrechte implementieren.

G. Leben in einer demokratischen Gesellschaft der Bürgerinnen und Bürger

1. Innenpolitik: Sicher leben in Niedersachsen

Wir sorgen für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger mit einer motivierten, gut ausgerüsteten und gut organisierten Polizei sowie einer funktionierenden Justiz. Wir wissen: Eine erfolgreiche Innen- und Sicherheitspolitik ist auf motivierte Polizeibeamtinnen und -beamte angewiesen.

Die Motivation der niedersächsischen Polizei hat in den letzten Jahren aber messbar nachgelassen. Verantwortlich dafür ist die CDU/FDP-Landesregierung. Es ist die Folge von erheblichen Gehaltseinbußen durch Streichungen bei Weihnachts- und Urlaubsgeld, aber auch von der Unzufriedenheit mit einer von oben verordneten Organisationsreform. Dies betrifft im Übrigen – über die Polizei hinaus – alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes. Viele Polizistinnen und Polizisten klagen zudem über unterbliebene Investitionen in die Ausrüstung und Ausstattung der Polizei und haben das Gefühl, dass die Verbrecher besser ausgerüstet sind als sie selbst. Wir brauchen daher dringend eine Modernisierung der Polizei. Polizei und Justiz müssen endlich wieder Rückendeckung durch die Politik bekommen.

Dafür stehen wir. Nach der Polizeireform der ehemaligen SPD-Landesregierung hatte sich die niedersächsische Polizei hervorragend entwickelt. Wir hatten eine „Bürgerpolizei“, die nach außen für die Anliegen der Menschen offen war, die aber auch in der Binnenstruktur demokratisch ausgerichtet war. CDU und FDP haben die Polizei jedoch aus der zivilen Vernetzung mit der übrigen Verwaltung herausgelöst und zudem die räumliche Einheit von Landkreisen und Polizeiinspektionen aufgegeben. An der Spitze der sieben organisatorisch abgeschotteten Polizeidirektionen stehen jetzt politische Beamte als Polizeipräsidenten, die jederzeit abberufen werden können. Aufgrund ihrer Abhängigkeit von der politischen Führung scheuen sie sich, dem Innenminister unangenehme Wahrheiten zu präsentieren. Das Ergebnis dieser Politik: Reformen werden schönge-redet, Probleme innerhalb der Polizei vertuscht.

Die CDU/FDP-Landesregierung hat die Polizei in den vergangenen Jahren stark zentralisiert. Das Resultat sind erhebliche Reibungsverluste: Einsatzbeamte vor Ort müssen häufig stundenlang auf spezialisierte Kräfte aus der Zentrale warten, um Sachverhalte zu bearbeiten, die vom Einsatz- und Streifendienst unter der ehemaligen SPD-Landesregierung mit ebenso großem Erfolg abgearbeitet worden sind.

Allein zwischen 1994 und 2002 konnte die Aufklärungsquote in Niedersachsen um 10 Prozentpunkte von 43,49 auf 53,7 Prozent gesteigert werden. Das war ein Erfolg sozialdemokratischer Innenpolitik, an den wir wieder anknüpfen werden. Wir stehen für

messbare Sicherheit. Die SPD in Niedersachsen hat die Polizeiarbeit und -ausbildung in den neunziger Jahren deutlich aufgewertet. Erfolgsgarant war die Fachhochschulausbildung der Polizei.

Mit Hilfspolizisten in Form von Bürgerstreifen wird von der Regierung Wulff Sicherheit vorgetäuscht. Wir meinen: Wo Polizei draufsteht, muss auch Polizei drin sein. Polizeiarbeit ist die Aufgabe von Profis, Hinschauen statt Wegsehen ist Aufgabe von uns allen.

Wir halten auch nichts davon, wie der jetzige Innenminister, durch Einmannstreifen Polizeipräsenz zu simulieren und dabei die Sicherheit der Polizeibeamtinnen und -beamten zu gefährden. Diese Entwicklung ist auch eine Folge der verfehlten Politik der CDU/FDP-Landesregierung, die auf Effekthascherei zielend zusätzliche Polizeibeamte eingestellt, gleichzeitig aber Angestellte entlassen hat: Die Folge: Vollzugsbeamte müssen zunehmend auch Verwaltungstätigkeiten erledigen und fehlen „auf der Straße“.

Die CDU/FDP-Landesregierung will die Leitstellen zentralisieren. Polizeiliche Notrufe werden nicht mehr bei der Dienststelle vor Ort, sondern bei einer weit entfernten anonymen Zentrale eingehen. Dies schafft Sicherheitsrisiken, weil wichtige Ortskenntnis in diesen anonymen Telefonzentralen nicht vorhanden ist. Ebenso problematisch ist, dass die Polizei vor Ort unter Umständen gar keine Kenntnis mehr von Notrufen aus ihrem Zuständigkeitsbereich hat. Bei Sachverhalten, in denen sich die Zentrale selbst für zuständig erklärt, erfährt die örtlich zuständige Polizei häufig nur noch aus der Zeitung am folgenden Tage von den Sachverhalten. Wir werden diesen unhaltbaren Zustand beenden und dafür sorgen, dass der Polizei die Ortskenntnis nicht abhanden kommt. Die Aufgabe des Staates, die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, gilt auch angesichts der Bedrohungen durch den internationalen Terrorismus. Auch in Deutschland sind wir Gefährdungssituationen ausgesetzt und in unserer inneren Sicherheit gefährdet. Die SPD wird darauf angemessen reagieren. Sie wird die bestehenden Instrumente der Gefahrenabwehr konsequent einsetzen und dort wo es nötig ist, diese weiterentwickeln, wie zum Beispiel bei der Überwachung von Mailing-Kommunikation. Bei aller Notwendigkeit, dieser neuen Bedrohung zu begegnen, haben für uns allerdings die staatsbürgerlichen Rechte unbescholtener Bürgerinnen und Bürger einen hohen Rang. Sie dürfen nicht ausgehöhlt werden.

Wir werden auch zu einer seriösen Sicherheitspolitik zurückkehren, die weniger auf vordergründige Effekte, sondern auf eine wirksame Kriminalitätsbekämpfung setzt. Die Bürgerinnen und Bürger müssen in Sicherheit leben können. Bloße Phrasen von „Law and Order“ nützen dabei nichts, wenn die Arbeit der Polizei gleichzeitig durch verfehlte Reformen behindert wird. Wir werden zu einer seriösen Sicherheitspolitik zurückkehren, die nicht auf Effekthascherei, sondern auf eine solide Kriminalitätsbekämpfung setzt. Dazu gehören dann auch wirksame Präventionsmaßnahmen, die Straftaten schon vor ihrem Entstehen entgegenwirken. Wir schützen vor Kriminalität und Gewalt von Anfang an.

Für uns sind dabei alle vor dem Gesetz gleich. „Die Kleinen werden gehängt, doch die Großen lässt man laufen“, dieser Eindruck ist spätestens nach dem Ackermann-Urteil mehr als nur ein diffuses Vorurteil. Wir werden einen Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität legen und durch eine angemessene personelle Aus-

stattung der Strafjustiz dafür sorgen, dass bei komplizierten Verfahren nicht mehr wegen Arbeitsüberlastung „gedeckt“ werden muss.

Genauso wie bei der Polizei nimmt die Unzufriedenheit über die Tarifpolitik und die Streichung des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes auch bei den übrigen Landesbediensteten weiter zu. Dies werden wir ändern. Angesichts der Regelungen für Angestellte und der allgemeinen Entwicklung im Tarifbereich darf diese Gruppe der Beschäftigten nicht von Verbesserungen des Einkommens ausgeschlossen werden.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- den Wiedereinstieg in die Sonderzahlungen (Weihnachts- und Urlaubsgeld) für **alle** Beamtinnen und Beamte vornehmen.
- die von CDU/FDP-Landesregierung durchgesetzten Reformmaßnahmen überall dort rückgängig machen, wo sie eine effektive Arbeit der Beamtinnen und Beamten behindern. Wir wollen eine moderne Bürgerpolizei mit einer demokratischen Führungsstruktur und einer hohen Präsenz in der Fläche.
- die Zuständigkeiten bei der Polizei mit dem Ziel überprüfen, die Polizei vor Ort zu stärken sowie besser und effizienter einzusetzen.
- die Ausbildung der Polizei auf hohem Niveau halten und durch regelmäßige Fortbildung dafür sorgen, dass die Qualität der Polizeiarbeit nicht leidet.
- die Einmannstreifen abschaffen und durch ausreichende Polizeistreifen ersetzen. Deshalb werden wir auch das Polizeivollzugspersonal von Verwaltungsarbeit entlasten und sicherstellen, dass die Verwaltungstätigkeit wieder von Verwaltungsangestellten erledigt wird.

2. Katastrophenschutz ist Ländersache

Niedersachsen muss sich stärker im Katastrophenschutz engagieren. Der Bund konzentriert sich im Zuge der Föderalismusreform auf seinen Zuständigkeitsbereich, den Bevölkerungs- und Zivilschutz. Dies bedeutet für das Land, dass es sich nicht länger auf die Finanzierung von Katastrophenschutzfahrzeugen durch den Bund verlassen kann. Die CDU/FDP-Landesregierung hat dies ignoriert. Zwischen 2003 und 2007 wurden die Ausgaben für Katastrophenschutz nahezu halbiert. Dies ist angesichts des Klimawandels und seiner Folgen, wie z. B. die Zunahme von Hochwasserkatastrophen, fahrlässig.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- den Katastrophenschutz auf die veränderten Rahmenbedingungen einstellen und durch eine angemessene Ausstattung dafür sorgen, dass der niedersächsische Katastrophenschutz leistungsfähig ist und attraktiv für ehrenamtliches Engagement bleibt.

3. Moderne Justizpolitik für die Bürgerinnen und Bürger

Für uns steht die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger an erster Stelle. Dazu gehört eine konsequente Verfolgung von Straftaten, eine schnelle Verurteilung und sichere Gefängnisse.

Das sicherste Gefängnis nützt aber nichts, wenn die Gefangenen nach ihrer Entlassung rückfällig werden. Deshalb legen wir auch Wert auf Resozialisierung im Strafvollzug, also auf Ermöglichung eines Lebens ohne Rückfälle nach der Entlassung aus dem Gefängnis. Das gilt auch für Sexualtäter. In den kommenden zwei Jahren wollen wir die Behandlungsplätze für Sexual- und Gewalttäter in der Sozialtherapie in den Gefängnissen erheblich ausbauen. So vermeiden wir das Rückfallrisiko und schützen zugleich unsere Bürgerinnen und Bürger vor Straftaten.

Die CDU/FDP-Landesregierung hingegen will Gefängnisse privaten Betreibern überlassen und ihnen sogar die Zuweisung einer bestimmten Zahl von Strafgefangenen garantieren, damit die privaten Investoren auf ihre Kosten kommen. 2007 hat sie beim Verkauf der Landeskrankenhäuser sogar den forensischen Strafvollzug für Sexualstraftäter privatisiert. Mit uns wird es eine solche Geschäftemacherei nicht geben, denn Privatisierung gefährdet die Sicherheit. Strafvollzug ist für uns eine hoheitliche Aufgabe, die nicht Privaten überlassen werden darf.

Bürgerinnen und Bürger sind wie die Wirtschaft auf eine leistungsfähige und zeitnahe Rechtsprechung angewiesen. Wir wissen: Ein Rechtsstaat braucht eine leistungsfähige Justiz. Darauf legen wir großen Wert. Eine Privatisierung von Teilen der Justiz lehnen wir genauso ab wie die Privatisierung der Gefängnisse.

Für uns gilt dabei aber auch: Jede Bürgerin und jeder Bürger muss sein Recht vor Gericht einklagen können. Deshalb werden wir dafür sorgen, dass es Rechtsschutz nicht nur für Reiche gibt. Wir werden daher effektiven und kostengünstigen Rechtsschutz gegen Verwaltungsentscheidungen schaffen und das unbürokratische Widerspruchsverfahren wieder einführen. Zusätzlich können dadurch auch die Gerichte entlastet werden.

Zu einem gerechten Verfahren gehören keine Kungelei und keine Korruption. Wir werden daher ein modernes Informationsfreiheitsgesetz schaffen und den Bürgerinnen und Bürgern endlich Einsicht in Verwaltungsakten gewähren.

Nicht jede gerichtliche Auseinandersetzung muss im Streit enden. Das Mediationsmodellprojekt in der niedersächsischen Justiz hat gezeigt, dass oft auch ohne aufwändige Prozesse und förmliche Urteile zwischen den Streitparteien vermittelt werden kann. Private und geschäftliche Beziehungen können fortgesetzt werden. Die Chancen der Streitschlichtung müssen deshalb endlich erkannt und genutzt werden.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- für Niedersachsen den modernsten Strafvollzug in Deutschland schaffen. Wir werden dazu das von CDU und FDP zu verantwortende rückständige niedersächsische Justizvollzugsgesetz modernisieren und dabei auch effektiven Resozialisierungsmaßnahmen wieder ein stärkeres Gewicht geben.
- ein eigenständiges Jugendstrafvollzugsgesetz schaffen.
- den Zugang zu den Gerichten auch für wirtschaftlich Schwächere offenhalten. Auch sie müssen sich Rechtsschutz durch staatliche Gerichte leisten können. Be-

strebungen zum weitgehenden Abbau der Prozesskostenhilfe werden wir daher entgentreten.

- für Transparenz und soziale Gerechtigkeit für alle Bürgerinnen und Bürger sorgen, die vor Gericht um ihr Recht kämpfen.
- für ein konsequentes Vorgehen gegen Zwangsprostitution eintreten. Die Beratungsstellen für Opfer von Zwangsprostitution und Menschenhandel werden wir finanziell absichern.

4. Lebenswerte Kommunen, starke Regionen, moderne Verwaltung

Die CDU/FDP-Landesregierung hat Schulden auf die Kommunen verlagert, um den Landeshaushalt zu entlasten. Seit 2005 wurden den Städten, Gemeinden und Landkreisen jedes Jahr 150 Millionen Euro, seit 2007 jährlich 75 Millionen Euro vorenthalten. Als Folge müssen die Städte und Gemeinden in Niedersachsen ihre kulturelle und soziale Infrastruktur immer stärker einschränken. Aus lebendigen und attraktiven Kommunen werden bloße Verwaltungseinheiten ohne Kreativität, Dynamik und Eigenverantwortung. Damit machen wir Schluss: Wir werden endlich wieder für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen vor Ort sorgen, denn es sind gerade die Städte und Gemeinden, die vor dem Hintergrund der Veränderungen im wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Leben unseres Landes vor immer neue Herausforderungen gestellt werden.

Wir wollen lebendige Kommunen, denn Kommunen sind Heimat. Deshalb werden wir die Innenstädte beleben und die Daseinsvorsorge sichern. Einkaufen ist vielerorts ohne Auto kaum noch möglich. Dies grenzt gerade ältere Menschen, sozial Schwächere und Behinderte aus, die nicht über einen eigenen Pkw verfügen. Wir wollen lebens- und liebenswürdige Innenstädte, die von allen erreichbar sind, mit inhabergeführten Fachgeschäften, die neben den Waren des täglichen Gebrauchs auch hochwertige Konsumgüter vorhalten. Wir sichern die Daseinsvorsorge auch angesichts der mit dem demografischen Wandel verbundenen Herausforderungen. Eine Privatisierung der Daseinsvorsorge findet mit uns nicht statt: Wir stehen für eine „nachhaltige“ Politik, die die Zukunft bedenkt und auf kommende Generationen Rücksicht nimmt.

Niedersachsen ist ein vielseitiges Land. Wir werden die regionalen Stärken besser fördern und stärken, als es die gegenwärtige Landesregierung tut. Gerade auch die in den verschiedenen Landesteilen höchst unterschiedlich verlaufende demografische Entwicklung erfordert differenzierte Antworten, damit die Garantie gleichwertiger Lebensverhältnisse nicht aus den Augen verloren wird. Grundvoraussetzung hierfür ist eine bessere regionale Verankerung der Landesverwaltung. Die CDU/FDP-Landesregierung hat die Verwaltung zentralisiert und in Hannover konzentriert. Vieles, was früher noch vor Ort entschieden wurde, beschäftigt heute die Ministerien oder sogar das Kabinett. Damit wird den regionalen Besonderheiten häufig nicht mehr hinreichend Rechnung getragen, weil ein kompetenter regionaler Ansprechpartner der Landesregierung vor Ort fehlt.

Wir wollen eine bürgerfreundliche Verwaltung. Deshalb werden wir die Belange der Bürgerinnen und Bürger, der Gewerbetreibenden und der Unternehmer wieder in den Mittelpunkt der Verwaltungsorganisation stellen und diese grundlegend modernisieren.

Wir wollen eine bürgernahe Verwaltung: Die Verwaltungsreform der derzeitigen Landesregierung hat eine unübersichtliche Behördenstruktur mit überlappenden Zuständigkeiten geschaffen. Wir werden die Verwaltung bürger- und ortsnahe ausrichten. Alles, was vor Ort besser beurteilt werden kann, muss wieder vor Ort entschieden werden. Durch eine gute Vernetzung von Kommunal- und Landesverwaltung werden wir die Rathäuser und Bürgerbüros zu zentralen Anlaufstellen für fast alle Fragen der Bürgerinnen und Bürger an die Verwaltung ausbauen.

Wir wollen eine transparentere Verwaltung: Jeder soll erkennen können, wer wofür verantwortlich ist. Es geht nicht, dass jeder Repräsentant sich mit dem Hinweis auf eine andere Verwaltungsebene aus der Verantwortung reden kann. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen in der Lage sein, zu überprüfen und zu erkennen, ob und wer welche Entscheidung zu verantworten hat. Wir halten deshalb den Weg der gegenwärtigen Landesregierung mit der ungeordneten interkommunalen Zusammenarbeit für falsch. Flankierend werden wir den elektronischen Zugang zu Verwaltungsdienstleistungen deutlich vereinfachen. Dabei legen wir auf größtmöglichen Datenschutz und Datensicherheit für Bürgerinnen, Bürger und die Wirtschaft großen Wert. Dazu gehört auch eine fälschungssichere digitale Signatur. IT-Sicherheit und Datenschutz sind für uns zwar die Fundamente eines sicheren, bürgerfreundlichen und effizienten elektronischen Verwaltungszugangs, wir wissen aber auch, dass derzeit nur eine Minderheit das Internet für eine Interaktion mit den Behörden nutzt. Deshalb müssen die Bürgerinnen und Bürger, die das Internet nicht nutzen wollen oder können, einen gleichwertigen Zugang zu qualifizierten Verwaltungsdienstleistungen erhalten.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- für solide Kommunalfinanzen durch eine angemessene Finanzausstattung der kommunalen Ebene sorgen.
- dafür eintreten, dass die Kommunen das Recht behalten, die Wasserversorgung, die Abwasserbehandlung, den Nahverkehr und die Entsorgung selber mit eigenen Unternehmen durchzuführen. Dies gilt ebenso für städtische Wohnungsunternehmen, Krankenhäuser und Altenheime sowie das öffentlich-rechtliche Sparkassenwesen. Nur so kann eine ortsnahe und für alle Bürgerinnen und Bürger bezahlbare Versorgung mit den grundlegenden Gütern des täglichen Lebens erhalten bleiben.
- durch eine modernisierte und ortsnahe Verwaltungsstruktur dafür sorgen, dass für Bürgerinnen, Bürger und die Wirtschaft kompetente Ansprechpartner in den Regionen und Kommunen zur Verfügung stehen.
- Anreize schaffen, um die regional orientierte, strukturierte Zusammenarbeit der kommunalen Gebietskörperschaften zu unterstützen.

5. Ehrenamtliches Engagement – Kitt der Gesellschaft

Der Staat kann und muss für vieles Sorge tragen. So für die Sicherheit seiner Bürger und Bürgerinnen, für die Sicherung der Daseinsvorsorge, für Einrichtungen des öffentlichen Nahverkehrs, für ausreichende soziale Absicherungen, für unverschuldet in Not geratene Menschen, für die Jugendarbeit, für das Gesundheitssystem, für den Umweltschutz und für vieles mehr. Dies alles ist notwendig und schafft den Rahmen für ein solidarisches und demokratisches Miteinander der Menschen in der Gesellschaft.

Alles dies muss jedoch ergänzt werden durch das ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger. Viele Bereiche unserer Gesellschaft, in denen der Staat für die notwendigen Rahmenbedingungen sorgt, „leben“ erst durch die ehrenamtliche Mitarbeit.

Ehrenamtliche Arbeit in Sport- und Jugendverbänden, im Umweltschutz, in der Altenarbeit, in der Feuerwehr und in sozialen Einrichtungen – um nur einige Bereiche beispielhaft zu nennen – ist der „Kitt unserer Gesellschaft“. Ohne ihn würde es in vielen Bereichen des Zusammenlebens der Menschen kälter. Die SPD Niedersachsen ist sich dessen bewusst. Für uns sind bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt wichtige Voraussetzungen für eine demokratische und soziale Gesellschaft.

Für uns ist aber auch klar: Politik darf das Engagement dieser Menschen nicht als willkommene Möglichkeit missbrauchen, um die staatliche Verantwortung in vielen Bereichen zurückzuschrauben. Er hat die Pflicht, auch weiterhin für ausreichende und finanziell abgesicherte Rahmenbedingungen zu sorgen. Das gilt auch dort, wo Ehrenamtliche unbequem werden.

Die CDU-Landesregierung ist in den vergangenen Jahren so verfahren. Sie hat die Mittel für ehrenamtliches Engagement in vielen Feldern zurückgeschraubt, vor allem da, wo es ihnen unbequem wurde – so zum Beispiel im Umweltschutz. Dies ist für die SPD der falsche Weg.

Wir treten dafür ein, das bürgerschaftliche Engagement und Ehrenamt zu stärken. Wir wollen, dass Bürgerinnen und Bürger bei ihrem Engagement mehr Anerkennung und eine bessere Absicherung erhalten.

Welche Wege wir einschlagen, das findet sich in der Beschreibung unserer Ziele und der von uns für Niedersachsen geplanten Arbeit wieder.

6. Sportland Niedersachsen

Die SPD in Niedersachsen wird die Arbeit der Sportvereine fördern und das Ehrenamt stärken. Wir bekennen uns uneingeschränkt zur Förderung des Spitzensports, werden aber auch den Breitensport und den Behindertensport nicht vernachlässigen. Gerade der Breitensport hat eine große Bedeutung für die Gesundheit der Menschen und mit seiner Vereinsarbeit und dem Erleben solidarischen Zusammenlebens auch für die Integration von sozial am Rande der Gesellschaft stehenden Menschen.

Niedersachsen ist Sportland Nummer eins, in keinem anderen Land gibt es so viele ehrenamtlich Aktive in Sportvereinen. Dies muss erhalten bleiben. Die Pflege des Ehrenamtes und die Verankerung der Vereine im Bereich der Nachwuchswerbung werden

deshalb von uns unterstützt. Gleichzeitig werden wir die Sportvereine von überflüssiger Bürokratie entlasten.

Wir wollen einen sauberen Sport. Doping hat bei uns keine Chance. Der Kampf gegen das Doping ist angesichts des gegenwärtigen Vertrauensverlustes in sportliche Höchstleistungen von existenzieller Bedeutung für den Sport. Bis 2003 war Niedersachsen bundesweit Vorreiter in der Dopingbekämpfung und Taktgeber in der Sportministerkonferenz. Die CDU/FDP-Landesregierung hat diese Spitzenposition abgegeben. Die SPD in Niedersachsen steht jedoch für eine „Null-Toleranz-Politik“ im Kampf gegen Doping, nicht nur im Interesse des Ansehens des Sports, sondern zuvorderst im Eigeninteresse der Sportlerinnen und Sportler.

Eine wichtige Voraussetzung zum Sporttreiben sind ausreichende und geeignete Sportstätten. Nach aktuellen Erkenntnissen ist ein steigender Sanierungsbedarf das größte Problem der Sportstättenentwicklung. Mindestens 40 Prozent der Sportanlagen in den alten Bundesländern sind sanierungsbedürftig, der Sanierungsbedarf der bundesdeutschen Sportstätten wird auf insgesamt 42 Milliarden Euro geschätzt. Wir werden Niedersachsens Sportstätten wieder auf Vordermann bringen.

Nach jüngsten Schätzungen fließen aus Mitteln der Lotto- und Totogesellschaften jährlich insgesamt etwa 500 Millionen Euro in die Förderung des Sports. Die SPD Niedersachsen bekennt sich uneingeschränkt zu dieser Förderung. Die Zukunft dieser Einnahmen ist jedoch in großer Gefahr, weil das staatliche Monopol aufgrund von Urteilen des Europäischen Gerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichtes ins Wanken gekommen ist. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die Erträge für die gemeinnützigen Empfänger auch in Zukunft erhalten bleiben.

Sportvereine und Sportverbände bieten Bürgerinnen und Bürgern ein vielfältiges Angebot für sportliches Engagement und Aktivitäten. Trotzdem bleiben viele Bürgerinnen und Bürger vom Sport ausgeschlossen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dem Ideal „Sport für alle“ nahezukommen. Häufig ist aber das Mittun in Sportvereinen noch durch ein soziales Gefälle geprägt: Je geringer das Einkommen und je niedriger das Bildungsniveau ist, desto weniger häufig ist die Mitgliedschaft in einem Sportverein. Dem werden wir entgegenwirken.

Schulsport ist ein wichtiger Bestandteil ganzheitlicher Erziehung. Er ist die eigentliche Basis für einen „Sport für alle“. Viele Kinder haben bei der Einschulung bereits Übergewicht. Angesichts des wichtigen Beitrages des Schulsports zur ganzheitlichen und gesundheitlichen Erziehung von Kindern und Jugendlichen muss dieser ausgeweitet werden und die Bewegungserziehung bereits im Vorschulalter beginnen.

Sport ist auch für ältere Menschen von großer Bedeutung. Deshalb unterstützen wir Sportvereine, die sich verstärkt für ältere Menschen öffnen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- sofort mit den Verbänden und Institutionen Gespräche aufnehmen, um die Fragen einer auf Planungssicherheit abgestellten Förderung des Breiten- und Spitzensports, die Ausgestaltung der Sportstätteninfrastruktur und der Struktur der sportmedizinischen Forschung und Lehre zu erarbeiten. Dazu gehört für uns auch die Festschreibung der Ergebnisse in einem Sportgesetz.

- die Übungsleiterpauschale erhalten und durch Erweiterung der Übungsleiterausbildung deren soziale Kompetenzen fördern.
- die Vernetzung von Sportvereinen und Schulen verstärken und die Sportvereine und Kreissportbünde dabei unterstützen, sich z. B. mit der Jugendsozialarbeit zu vernetzen.
- die Sportförderung an die Einhaltung eines strikten Anti-Doping-Programms koppeln.
- ein 100-Millionen-Euro-Sportstättenanierungsprogramm auflegen.
- mit einem Aktionsplan „Sport für alle“ dafür sorgen, dass die sozialen Hürden für die Mitgliedschaft in einem Sportverein weiter abgesenkt werden.
- langfristig die dritte Sportstunde für alle Altersstufen in den Allgemeinbildenden Schulen wieder einführen. Dazu wird die Stärkung des Schwimmunterrichtes kommen. Gleichzeitig werden wir Bewegungserziehung zum Bestandteil der Erzieherinnen- und Erzieherausbildung und damit zum festen Bestandteil der Arbeit in den Kindertagesstätten machen.
- an der gymnasialen Oberstufe sowohl die Einbringungsverpflichtung für das Fach Sport als auch die Möglichkeit, das Fach als schriftliches oder mündliches Prüfungsfach zu wählen, erhalten.“

H. Rechtsextremismus konsequent bekämpfen

Alle bisher vorliegenden Untersuchungen zeigen: Rechtsextremistische Gruppen und Parteien haben keine eigene, aus sich selbst entstehende Attraktivität. Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, die immer breiter werdende soziale Verunsicherung und das durch eine besonders pointierte öffentliche Diskussion über Verfehlungen von Mandatsträgerinnen und -träger lädierte Ansehen der Vertreterinnen und Vertreter unserer parlamentarischen Demokratie produzieren erst ihre Anziehungskraft. Sie ist also das Ergebnis der Auseinandersetzung der Menschen mit ihrer sozialen Realität und der gleichzeitigen Begegnung mit rechtsextremistischen Erklärungsmustern für die Ursachen und die Möglichkeiten für die Verbesserung dieser Realität.

Die Gründe für die konstant hohe Zustimmung zu rechtsextremistischen Orientierungsmustern liegen also nicht in den rechtsextremistischen Gruppen selbst, sie liegen im Zentrum unserer Gesellschaft. Angesichts der sozialen Entwicklung in Deutschland ist es deshalb auch nicht verwunderlich, dass die Attraktivität dieser Erklärungsmuster und damit der Gruppierungen nicht nachlässt. Das macht auch plausibel, dass Rechtsextremismus kein Jugendproblem ist. Die Erhebungen über rechtsextremistische Einstellungsmuster belegen: Rechtsextremistische Einstellungen sind in allen Altersgruppen und in allen sozialen Gruppen unserer Gesellschaft zu finden.

Für die SPD in Niedersachsen ist deshalb klar: Die konsequente Bekämpfung des Rechtsextremismus muss in allen Altersgruppen, auf allen gesellschaftlichen Politikfeldern und mit allen demokratischen Mitteln erfolgen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- zuallererst durch eine aktive Beschäftigungspolitik dafür sorgen, dass die Ursachen für soziale Verunsicherung der Menschen beseitigt werden. Dazu gehört im Jugendbereich auch unser Programm „Recht auf Ausbildung“.
- durch eine Verbesserung der Bildungs- und damit der Zukunftschancen für alle Kinder und Jugendlichen die Ursachen für materielle Zukunftsängste angehen und gleichzeitig die Persönlichkeit der jungen Menschen stärken.
- einen zentralen Ansprechpartner im Innenministerium zur Beratung von Bürgern und Kommunen etablieren, damit alle rechtlichen Möglichkeiten zur Verhinderung von öffentlichen Auftritten rechtsextremistischer Gruppierungen ausgeschöpft werden.
- das NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht wieder nachdrücklich vorantreiben.
- die internationale Jugendarbeit sowie die Gedenkstättenarbeit intensivieren.
- eine Nachfolgeeinrichtung für die von der CDU/FDP-Landesregierung aufgelöste Landeszentrale für politische Bildung schaffen, welche zentral und allgemein zugängliche Informationen, Bildungsmaterialien und Veranstaltungen zu den Ursachen und Gefahren des Rechtsextremismus anbietet.
- Fanprojekte und Vereine in ihrem Kampf gegen rechtsextreme Gewalt und gegen Diskriminierung auf den Tribünen und auf niedersächsischen Sportplätzen unterstützen und Projekte zur Sensibilisierung Jugendlicher etablieren. Und Strategien gegen rechts in Zusammenarbeit mit den „Kompetenzzentren gegen Rechtsextremismus und Gewalt“ unterstützen.
- alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, um die Verbreitung von Gewalt verherrlichenden und Gewalt fördernden Medien zu verhindern.
- dafür eintreten, dass sich alle demokratischen Parteien und Mandatsträger konsequent von rechtsextremistischen Tendenzen und Gruppierungen distanzieren.

I. Integration ist keine Einbahnstraße

In Niedersachsen leben seit vielen Jahren zahlreiche Familien mit Migrationshintergrund. Sie sind als Arbeitsmigrantinnen und -migranten, nachgezogene Familienangehörige, anerkannte Asylbewerber, geduldete Flüchtlinge oder als Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler zu uns gekommen. Sie sind unsere Nachbarn, Kollegen und Freunde geworden. Sie sind zum großen Teil integriert, haben hier in zweiter und dritter Generation Kinder bekommen, die das ehemalige Heimatland ihrer Eltern und Großeltern „nur vom Hörensagen“ oder als Urlaubsland kennen und Deutschland als ihre Heimat begreifen. Diese Menschen werden zum größten Teil auf Dauer in Niedersachsen bleiben.

Eine nachhaltige Integrationspolitik ist daher sowohl im Interesse der deutschen Mehrheitsgesellschaft als auch der Migrantinnen und Migranten. Die SPD Niedersachsen versteht dabei Integration als aktive Einbeziehung in unsere Demokratie und Rechtsordnung und nicht als Assimilation, also Aufgabe der eigenen Identität. Unsere

Gesellschaft verträgt und braucht die Vielfalt. Vielfalt bereichert auch die Mehrheitsgesellschaft. Wir verstehen dabei Deutschland und auch Niedersachsen als ein Einwanderungsland.

Deswegen setzen wir auf den Dialog der Kulturen und auf das Mitwirken der Migrantinnen und Migranten in unseren gesellschaftlichen Organisationen. Wir wollen keine Parallelgesellschaften, sondern ein friedliches Miteinander. Fremdenfeindlichkeit und Ausgrenzung sind Ursachen für die Probleme der Zukunft und die Gefährdung des sozialen Friedens. Wir setzen auf Bildung, auf Toleranz, auf demokratische Mitspracherechte, auf gegenseitiges Kennenlernen und den Abbau von Vorurteilen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- Integration zur „Chefsache“ machen und eine entsprechende Stabsstelle in der Staatskanzlei einrichten. Integration ist eine ressortübergreifende Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Es erhöht die Effektivität der Maßnahmen und die Akzeptanz, wenn die Koordination beim Ministerpräsidenten selbst gebündelt wird. Das Innenministerium als „oberste Ausländerbehörde“, das im Einzelfall über ausländerrechtliche Fragen von notwendigen Abschiebungen, Bleiberechtsregelungen oder Einbürgerungen entscheidet, kann diese Aufgabe nicht wahrnehmen.
- die Initiative des Landes Rheinland-Pfalz für ein kommunales Wahlrecht für Nicht-EU-Bürgerinnen und Bürger unterstützen. Integration kann durch wirksame politische Mitbestimmungsrechte im unmittelbaren Umfeld gefördert werden.
- alle Betroffenen am Integrationsprozess beteiligen. Wir werden deshalb anregen und fördern, dass in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Integrationsausschüsse gebildet werden, die als Netzwerke vor Ort den Dialog und die Umsetzung der konkreten Schritte gestalten.
- die „Ausländerkommission“ des Landtages unter Einbeziehung der Gruppe der Spätaussiedlerinnen und -aussiedler in eine „Kommission für Integrationsfragen“ umwandeln. Darüber hinaus werden wir das landesweite „Netzwerk Integration“ mit allen am Prozess Beteiligten weiterentwickeln.
- die landesweiten Verbände der Migrantinnen und Migranten (Niedersächsischer Integrationsrat – Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Ausländervertretungen, den Niedersächsischen Flüchtlingsrat, Arbeitsgemeinschaft der Migranten und Flüchtlinge Niedersachsen und den Verband binationaler Partnerschaften) wieder angemessen fördern, damit sie ihre Aufgaben als Sprachrohr der Betroffenen wieder erkennen und so ihre Funktion für den gesellschaftlichen Dialog wahrnehmen können.
- in einem intensiven Dialog mit den Verbänden der Migrantinnen und Migranten die Möglichkeiten ausloten, auf welchem Weg und mit welchen Mitteln die Bildungsbeteiligung und der Bildungserfolg der Kinder mit Migrationshintergrund verbessert werden können.

J. Niedersachsen in der Mitte Europas

Niedersachsen ist eine weltoffene europäische Region. Spätestens seit der EU-Osterweiterung im Jahr 2004 ist Niedersachsen in die Mitte Europas gerückt. Es profitiert von der europäischen Einigung, ökonomisch und finanziell, aber auch kulturell und menschlich. Niedersachsen wird nur mit – und nicht gegen Europa erfolgreich sein.

Das Land Niedersachsen ist an den Unternehmen Volkswagen AG, der Messe AG, dem Flughafen Hannover-Langenhagen, der Salzgitter AG, der NordLB und dem Forschungsflughafen Braunschweig beteiligt, die in hohem Maße in das internationale Marktgeschehen eingebunden sind. Die N-Bank spielt im europäischen Kontext eine wichtige Rolle in der Wirtschaftsförderung des Landes.

Niedersachsens Wirtschaftsstruktur wird entscheidend von Branchen geprägt, die sich zunehmend auf globalen Marktplätzen behaupten müssen. Globales Wirtschaften darf keine Einbahnstraße sein. Deshalb muss sich das Land offensiver als bisher zu internationalen Aktivitäten bekennen. Auf die wachsenden Herausforderungen hat die CDU-Landesregierung keine Antworten gefunden. Die europäische Idee der Landesregierung ist mutlos, rückwärtsgewandt und bürokratisch. CDU und FDP wollen die soziale Dimension Europas nicht zur Kenntnis nehmen. Für sie ist die EU nur wenig mehr als ein großer gemeinsamer Markt. Unter dem Deckmantel des Subsidiaritätsprinzips sollen alle anderen Lebensbereiche direkt vor Ort geregelt und damit dem Wettbewerb überlassen werden.

Europa ist aber eine demokratische und soziale Wertegemeinschaft. Die bisherige Erfolgsgeschichte der EU kann nur fortgesetzt werden, wenn die Bürgerinnen und Bürger den europäischen Einigungsprozess akzeptieren und unterstützen.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- Initiativen auf dem Weg zur weiteren sozialen Integration entwickeln. Wir brauchen einen Stopp der Abwärtsspirale bei den sozialen Rechten und Löhnen. Die notwendigen Richtlinien müssen endlich auf den Weg gebracht werden: Arbeitszeit-Richtlinien, Schutz der Leiharbeiter, Möglichkeit der grenzüberschreitenden Tarifverträge.
- mithelfen, die Entsenderichtlinien weiterzuentwickeln und die Einhaltung bei uns stärker zu kontrollieren. Ein neues umfassendes niedersächsisches Tariftrugesetz zur Vergabe öffentlicher Aufträge ist die notwendige Ergänzung.
- sich für eine Reform der Euro-Betriebsräteregelelungen einsetzen, um die Einrichtungsanforderungen deutlich zu erweitern, die frühzeitigen Informationsrechte zu stärken und verbesserte Mitbestimmungspflichten zu verankern.
- für eine effektive Verlagerungskontrolle in der EU eintreten, damit reine Betriebsverlagerungen nicht auch noch subventioniert werden.
- die konsequente Nutzung möglicher Synergien aus den weltweit bedeutenden Leitmesse in Hannover, die attraktiven Profile der Metropolregionen und die bereits vorhandenen Auslandsdependancen niedersächsischer Unternehmen fördern.

In künftige Aktivitäten sollen Partner der Wirtschaft eingebunden werden. Dafür wollen wir die Landesbeteiligungen stärker als bisher aktiv nutzen. In dem Projekt „Niedersachsen international“ wird eine SPD-geführte Landesregierung Kontakte ausbauen und vorausschauend Aktivitäten des Landes, der Wirtschaft und Wissenschaft bündeln, um unser Bundesland und seine Regionen international als attraktiven Standort im Zentrum Europas zu stärken und zu vermarkten.

- die direkte Anbindung des Flughafens Hannover-Langenhagen an internationale Bestimmungsorte – insbesondere in Nordamerika und Asien – beschleunigt ausbauen. Denn sie ist unverzichtbare Voraussetzung für die verstärkte internationale Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Niedersachsen und seine Vernetzung mit anderen Wirtschaftsregionen.
- die EU-Strukturförderung optimieren zur Entwicklung von Arbeitsplätzen, zur Steigerung der Innovationskraft und zur Qualifizierung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Dazu bedarf es eines integrierten Konzeptes. Innovation, Qualifizierung, nachhaltige Infrastrukturpolitik und die Eröffnung neuer Chancen für alle stehen dabei im Vordergrund.
- für den Erhalt und für bessere Gestaltungsmöglichkeiten der öffentlich verantwortlichen Daseinsvorsorge eintreten, wie z. B. dem ÖPNV, der Sparkassen und der Stadtwerke. Hier bedarf es Rechtssicherheit und einer Stärkung kommunaler Selbstverantwortung.
- die Kompetenz und Erfahrung Niedersachsens im Umwelt- und Energiebereich in den europäischen Gesetzgebungsprozess einfließen lassen (z. B. Förderung regenerativer Energien, Emissionsrecht, Handel, Chemikalienpolitik, Bodenschutz).
- Initiativen und innovative Strategien in den für das Land zentralen Bereichen auf der europäischen Ebene einbringen. Dazu gehören u. a. die Weiterentwicklung der europäischen Automobilindustrie, die Zukunft des maritimen Sektors, die Förderung ressourceneffizienten Wirtschaftens sowie die Stärkung der Umwelttechnik.
- mit Partnern darauf hinwirken, den Steuerwettbewerb nach unten zu durchbrechen. So brauchen wir abgestimmte Körperschaftssteuern in der EU mit Mindestsätzen und angeglichenen Bemessungsgrundlagen für die Erhebung der unternehmensbezogenen Steuern.
- die Landesvertretung Niedersachsens in der EU so aufstellen, dass sie die niedersächsischen Interessen adäquat vertreten kann.
- das von einer sozialdemokratischen Landesregierung aufgebaute Europäische Informations-Zentrum (EIZ) weiterführen und weiterentwickeln. Es wird eine interministerielle, gemeinsame Internetplattform aller EU-Beratungseinrichtungen etabliert. Die Zielgruppenorientierung der EU-Beratung und Kommunikation wird verstärkt. Eine ausreichende Beratungsstruktur wird etabliert und ein monatlicher, auf Niedersachsen zugespitzter EU-Newsletter eingeführt.

Solidarität mit Menschen außerhalb der EU

Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik. Partnerschaftliche Zusammenarbeit, Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen, entwicklungspolitische Informations- und Bil-

dungsarbeit tragen dazu bei, den globalen Herausforderungen zu begegnen. Die Industrienationen haben sich dazu verpflichtet, als Millenniumsziel bis zum Jahr 2015 die Armut in den Entwicklungsländern zu halbieren und dazu u. a. 0,7 % ihres Bruttonationaleinkommens zur Verfügung zu stellen.

Eine moderne und nachhaltige Entwicklungspolitik muss heute die gerechte Gestaltung der Globalisierung und den Schutz der Umwelt gleichermaßen umfassen. Deshalb sind Armutsbekämpfung und Klimaschutz enger miteinander zu verknüpfen. Die Versorgung mit Energie ist eine unerlässliche Voraussetzung für die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer. Dabei dürfen die Fehler der Industriestaaten in Fragen der Energieversorgung nicht wiederholt werden. Den Entwicklungs- und Schwellenländern muss frühzeitig über einen effektiven und bezahlbaren Technologietransfer der Weg zur Nutzung Erneuerbarer Energien geebnet werden, um damit einen Teil ihres steigenden Energiebedarfs decken zu können.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb:

- die entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit des Landes stärken.
- die niedersächsische Wirtschaft und alle entwicklungspolitisch tätigen Akteure (z. B. Kirchen, Gewerkschaften, Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und sonstige Initiativen) in ein politisches Rahmenkonzept einbinden sowie die Vernetzung der Akteure fördern.
- Entwicklungspolitik als Querschnittsaufgabe der Landesministerien etablieren.
- dafür eintreten, dass niedersächsische Unternehmen verstärkt für Public-Private-Partnership-Projekte in den Regionen, in denen Niedersachsen Entwicklungszusammenarbeit und technische Zusammenarbeit durchführt, gewonnen werden.

K. Finanzpolitik: Konsolidieren und Investieren

Für die SPD sind der notwendige Abbau des Schuldenberges und Investitionen in Wirtschaft und Infrastruktur, in Bildung und Ausbildung, aber auch in unsere sozialen Systeme kein Widerspruch. Nur beides zusammen macht unser Land stark und sichert die Zukunft der Menschen. Wir wollen zukünftigen Generationen keinen Schuldenstaat hinterlassen – aber wollen die Zukunft auch nicht „kaputtsparen“. Deshalb werden wir nach einer Regierungsübernahme beide Aufgaben angehen.

Ohne ausreichende Einnahmen keine Ausgaben

In den Jahren 2000 bis 2002 musste das Land Einbrüche bei den Steuereinnahmen von jährlich rund 2 Mrd. Euro hinnehmen. Die damalige SPD-Landesregierung konnte diese gewaltigen Einbrüche trotz großer Sparbemühungen nur durch eine kurzfristige Erhöhung der Kreditaufnahme ausgleichen.

Nachdem die CDU den Landtagswahlkampf noch mit finanziellen Versprechungen bestritten hatte, sah sie nach der Regierungsübernahme 2003 zum Ausgleich des Landeshaushalts keinen anderen Ausweg, als

- neue Schulden aufzunehmen. Bis heute hat sie dabei 8,86 Mrd. Euro aufgehäuft. Hinzu kommen noch Schulden von 2,44 Mrd. Euro in sogenannten „Schattenhaushalten“, also Schulden, die nicht offen im Landeshaushalt ausgewiesen werden. Zusammen sind das 11,30 Mrd. Euro.
- zusätzlich zur Haushaltsdeckung Landesvermögen zu verkaufen. Seit 2003 wurden dadurch noch weitere 1,80 Mrd. Euro für den Ausgleich des Haushalts aktiviert.
- gleichzeitig massive Einschnitte im Landeshaushalt vorzunehmen. Getroffen wurden dabei vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie sozial in Not geratene Menschen.

Dies alles setzte sie durch, obwohl die Landesregierung gleichzeitig im Verlauf der Legislaturperiode aufgrund der sinkenden Schuldzinsen um ca. 1,2 Mrd. Euro entlastet wurde.

Erst durch die Kombination dieser Maßnahmen wurde es möglich, die Aufnahme neuer Schulden jedes Jahr um 350 Mio. Euro zu senken, im Jahr 2007 – durch die wieder steigenden Steuereinnahmen – sogar um zusätzliche 500 Mio. Euro.

Die Behauptung von CDU und FDP, die SPD-Landesregierung sei der größte Schuldemacher gewesen, ist also nicht haltbar. In ihrer Regierungszeit von 1998 bis 2003 hat die SPD nur 9,6 Mrd. Euro neue Schulden aufgenommen. Und dies, obwohl in diesem Zeitraum 1,481 Mrd. Euro weniger Steuereinnahmen zur Verfügung standen als der CDU-Landesregierung in der jetzigen Wahlperiode.

Die SPD-Landtagsfraktion hat seit 2003 darauf hingewiesen, dass eine Absenkung der Schulden nur bei gleichzeitigem Steigen der Einnahmen sinnvoll sei, weil eine Senkung der Kreditaufnahme in Zeiten sinkender Einnahmen nur mit Einschnitten in den Haushalt und Vermögensverkäufen möglich ist. Dies schadet langfristig dem Land und den Menschen.

Trotzdem hat die Wulff-Regierung 2003 in der Debatte um den Subventionsabbau die Gesetzesvorlage der damaligen Bundesregierung aus parteipolitischen Gründen im Bundesrat zusammen mit den anderen CDU-Ländern gestoppt. Dem Land gingen so von 2005 und 2008 ca. 1,22 Mrd. Euro Einnahmen verloren.

Die Folgen: Massive Kürzungen im Sozialetat, bei der Wirtschaftsförderung, der Bildung, dem kommunalen Finanzausgleich und ein Absinken der Investitionsquote auf 7 Prozent.

Steigende Einnahmen

Die SPD sagt: Ein Abbau der Neuverschuldung ist nötig. Allerdings darf die Zukunft des Landes dabei nicht aufs Spiel gesetzt werden. Eine verantwortliche Regierung muss auch in Wirtschaft und Infrastruktur, in Bildung und in die sozialen Sicherungssysteme

investieren. Nur beides zusammen macht das Land stärker und sichert die Zukunft der Menschen – wir wollen keinen „Schuldenstaat“, aber auch nicht die Zukunft des Landes „kaputtsparen“.

Seit 2005 steigen die Steuereinnahmen wieder. Im Jahr 2007 ist gegenüber 2003 aufgrund der anspringenden Konjunktur – ein Ergebnis der moderaten Tarifpolitik der Gewerkschaften und der Politik der rot-grünen Regierungskoalition im Bund – wieder eine Mehreinnahme von 2,56 Mrd. Euro zu verbuchen. Diese Einnahmen sind so hoch wie nie zuvor in den vergangenen zwanzig Jahren. Sie eröffnen der Landesregierung neue Spielräume für eine gestaltende Politik.

Diese positive Entwicklung setzt sich in den Steuerschätzungen der nächsten Jahre fort. Falls es nicht wieder zu solchen massiven Einbrüchen wie in der Vergangenheit kommt, werden wir dies nutzen und ab 2008 konsolidieren und investieren.

Konsolidierung des Landeshaushaltes

Zum Abbau der Neuverschuldung gibt es keine Alternative, wenn wir Niedersachsen stark machen wollen. Wir dürfen den kommenden Generationen keinen wachsenden Schuldenberg hinterlassen. Die jetzt zur Verfügung stehenden höheren Einnahmen müssen zu einem Teil dafür genutzt werden. Gleichzeitig müssen wir kreativ nach Möglichkeiten suchen, um die festen Ausgaben des Landes zu senken, ohne dabei unsere Grundsätze aufzugeben.

Dies ist auch notwendig, weil sich in der Diskussion um die Föderalismusreform II ein Umdenken bei allen Bundesländern abzeichnet. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt: Eine ungebremste Schuldenaufnahme – wie noch in den Jahren des Wachstumsglaubens und der Hochkonjunktur – darf es nicht mehr geben. Länder, die zukünftig in die Schuldenfalle laufen, können nicht mehr auf die Solidarität der anderen oder der Bundesregierung bauen. Unser Land muss deshalb fit gemacht werden, um den Menschen im Vergleich zu den anderen Bundesländern auch zukünftig gleiche Lebens-, Bildungs- und Wirtschaftsbedingungen sichern zu können.

Investitionen in die Zukunft des Landes

Gleichzeitig werden wir aber einen erheblichen Teil der zur Verfügung stehenden Mittel einsetzen, um die Landespolitik nach unseren Grundsätzen umzugestalten und die in unserem Wahlprogramm beschriebenen Ziele zu finanzieren.

- Dazu gehört eine höhere und für Unternehmen und Regionen maßgeschneiderte Wirtschaftsförderung genauso wie Investitionen in die Infrastruktur des Landes und seiner Kommunen. Nur eine wachsende und konkurrenzfähige Wirtschaft garantiert Arbeit für alle.
- Dazu gehören die Verbesserung der Bildungschancen, aber auch die Gesundheitsvorsorge und der Schutz unserer Kinder. „Kinder fördern – Kinder schützen“, dies ist für uns eine der wichtigsten Aufgaben als Regierungspartei. Dies ist zuallererst im Interesse unserer Kinder; es berührt aber auch die Interessen einer auf qualifizierte Fachkräfte angewiesenen Wirtschaft.
- Dazu gehört die Garantie für ein solidarisches und soziales Niedersachsen. Niemand, der unverschuldet in Not gerät, wird von uns allein gelassen. Wir verstehen

diese Politik nicht als Vergabe von Almosen, sondern als Anrecht der aus den verschiedensten Gründen hilfsbedürftigen Menschen.

Nicht alle angestrebten Ziele werden wir sofort umsetzen können, dazu reichen auch die höheren Einnahmen nicht aus. Wenn der positive Konjunkturverlauf anhält, werden wir aber ab 2008 und im Laufe der nächsten Legislaturperioden vieles davon erreichen können.

Eine SPD-Landesregierung wird deshalb als Sofortmaßnahmen:

- die Haushaltskonsolidierung durch Absenkung der Nettokreditaufnahme um 350 Mio. Euro weiterführen.
- den kommunalen Finanzausgleich um 100,5 Mio. Euro auf die ursprüngliche Summe aufstocken.
- den Wirtschaftsförderfonds für die Innovationsförderung und einen Klimaschutzpakt für Anreize für regionale Zusammenarbeit, für Anhebung der Mittel für die Infrastruktur und zur Sanierung von Landesimmobilien aufstocken. Damit investieren wir in fünf Jahren 350 Mio. Euro in unsere Wirtschaft.
- die landesseitige Gegenfinanzierung der Programme „Stadtumbau West“ und „Soziale Stadt“ in Höhe von 6,5 Mio. Euro ermöglichen.
- die Mittel für die Sportstättenanierung um 5 Mio. Euro aufstocken. Wir investieren so in fünf Jahren 50 Mio. Euro in diesem Bereich.
- die Mittel für die Hochschulen als Ersatz für die Abschaffung der Studiengebühren in Höhe von ca. 80 bis 85 Mio. Euro erhöhen.
- weitere 20 Mio. Euro für die Hochschulen, für die Förderung von Forschung und Lehre und als Anreiz für den Technologietransfer zur Verfügung stellen.
- die Lernmittelfreiheit wieder einführen und die Mittel für die Hausaufgabenhilfe und für die Sprachförderung an Kindertagesstätten in Höhe auf die alte Höhe aufstocken.
- Mittel in Höhe von 12 Mio. Euro für den Ausbau eines echten Ganztagschulbetriebs an den bestehenden Ganztagschulen bereitstellen.
- das Errichtungsverbot von Gesamtschulen aufheben.
- einen Fonds in Höhe von 5 Mio. Euro zur Förderung von Schülerinnen und Schülern aus einkommensschwachen Familien (Fahrkosten u. Mittagstisch) einrichten.
- ein Programm „Recht auf Ausbildung“ durch Umschichtung der Mittel, die als Synergieeffekte an den Berufsbildenden Schulen durch Wegfall der schulischen „Warteschleifen“ entfallen, finanzieren.
- wieder in die Sonderzahlungen für Beamtinnen und Beamte einsteigen. Die Höhe wird im Lichte der Höhe der Steuerschätzungen festgelegt.
- rund 30 Mio. Euro für Maßnahmen im Sozialbereich in den Haushalt einstellen. Über 21 Mio. Euro entfallen davon auf das Programm „Kinder fördern – Kinder schützen“. Der Rest verteilt sich u. a. auf die Familienarbeit, die Hilfe gefährdeter Jugendlicher und Jugendverbände und auf Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit. Ein großer Teil dieser Mittel kann durch Umschichtungen aus dem 25-Mio.-Euro-Programm der jetzigen Landesregierung gedeckt werden.
- zur Abwehr des drohenden Pflegenotstands auf der Basis des Landespflegeberichts unverzüglich ein wirksames Handlungskonzept erarbeiten.

- einen aufwachsenden Pensionsfonds für neu eingestellte Beamte in Höhe von 40 Mio. Euro im ersten Jahr einrichten, wodurch mittel- und langfristig für das Land Vorsorge für zukünftige Pensionsansprüche getroffen wird.
 - gemäß des geplanten Bundesprogramms das Angebot von Krippenplätzen für 35 % der unter Dreijährigen ausbauen.
 - die Zahl der Betriebsprüfer und Steuerfahnder deutlich aufstocken, um die Steuergerechtigkeit und die Einnahmen der öffentlichen Hand nachhaltig zu stärken.
- Diese Punkte werden wir mit unserem Haushaltsantrag für 2008 und nach der Verabschiedung des Landeswahlprogrammes in einem „100-Tage-Programm“ präzisieren.

Im Laufe der Legislaturperiode werden wir:

- die weitere Förderung von Forschung und Lehre und Anreize für die Umsetzung von Innovationen und Technologietransfer ausbauen.
- die Gebührenfreiheit für alle drei Kindertagesstättenjahre einführen. Dafür werden bis 2008 über die schon etatisierten 120 Mio. Euro weitere ca. 200 Mio. Euro nötig sein.
- eine Unterrichtsversorgung von echten 100 Prozent und die Abschaffung großer Klassen in sozialen Brennpunkten gewährleisten. Dabei werden wir die Effekte des demografischen Wandels und der damit sinkenden Schülerzahlen nutzen.
- die Behindertenhilfe auf ein gleichberechtigtes, selbstbestimmtes Leben der Behinderten ausrichten.

In der Legislaturperiode und darüber hinaus werden wir:

- die Einführung der „Flexiblen Eingangsstufe“ an den Grundschulen, den weiteren Ausbau der bestehenden Ganztagschulen zu einem flächendeckenden Netz von Ganztagschulen mit Nachmittagsunterricht und die Einführung von „Gemeinsamen Schulen“ vorantreiben.

Die Programmkommission 2007 der SPD-Niedersachsen

Vorsitz:

Wolfgang Jüttner, MdL

Mitglieder:

Garrelt Duin, MdB

Ingrid Eckel, MdL

Petra Emmerich-Kopatsch, MdL

Ulf-Birger Franz

Ulla Groskurt, MdL

Hans-Dieter Haase, MdL

Dr. Michael Hamann

Swantje Hartmann, MdL

Lars Klingbeil

Daniela Krause-Behrens, MdL

Volker Mewes

Dieter Möhrmann, MdL

Dr. Manfred Pühl

Dr. Cornelius Schley

Uwe Schwarz, MdL

Wiard Siebels

Detlef Tanke

Elke Tonne-Jork

Dr. Frank Wilhelmy

Bernd Wölbern

Alfons Wobbeler

Wolfgang Wulf, MdL